

Stenographisches Protokoll

36. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 30. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 19. Januar 2012

Inhalt

Fragestunde (S. 4111)

Tagesordnung (S. 4125)

1. Ldtgs.Zl. 8-3/30:

Wahl eines Landesrates und seines Ersatzmitgliedes gemäß Art. 49 Abs. 3 und 5 K-LVG (S. 4125)

2. Ldtgs.Zl. 9-4/30:

Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes gemäß Art. 50 Abs. 1 K-LVG (S. 4126)

3. Ldtgs.Zl. 5-6/30:

Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates gem. Art. 35 Abs. 1 und 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) (S. 4127)

4. Ldtgs.Zl. 174-5/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Generationen, Senioren, Arbeitnehmer betreffend barrierefrei in den Kärntner Landtag

Berichterstatterin: Warmuth (S. 4127)

Redner: Obex-Mischitz (S. 4128), Lobnig (S. 4128), Dr. Lesjak (S. 4130), Adlassnig (S. 4130)

Zur Geschäftsordnung: Ing. Scheuch (S. 4130), Ing. Rohr (S. 4131)

Einstimmige Annahme (S. 4131)

Zusatzantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs (S. 4131)

Einstimmige Annahme (S. 4132)

5. Ldtgs.Zl. 88-4/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Generationen, Senioren, Arbeitnehmer zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner

Landarbeitsordnung 1995 geändert wird
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatterin: Obex-Mischitz (S. 4132)

Redner: Trettenbrein (S. 4132)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 4133)

6. Ldtgs.Zl. 64-11/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten betreffend Vorteilsannahme durch Landesrätin Dr. Prettnner

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Gallo (S. 4134, S. 4147)

Redner: Ing. Rohr (S. 4134), Holub (S. 4136), Tauschitz (S. 4136), Mag. Darmann (S. 4137), Köchl (S. 4140), Schober (S. 4141), Ing. Scheuch (S. 4143), Mag. Cernic (S. 4145), Suntinger (S. 4146)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Ing. Rohr (S. 4144)

Mehrheitliche Annahme (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: nein) (S. 4147)

Zur Geschäftsordnung: Ing. Rohr (S. 4148)

7. Ldtgs.Zl. 197-2/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Bestattungsgesetz geändert wird

Berichterstatter: Ing. Rohr (S. 4148)

Redner: Dipl.-Ing. Gallo (S. 4149), Holub (S. 4150), Mag. Dr. Kaiser (S. 4151), Tauschitz (S. 4152), Zwanziger (S. 4153)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 4154)

8. Ldtgs.Zl. 215-1/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Mag. Darmann (S. 4155)

Rednerin: Rossmann (S. 4155)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 4156)

9. Ldtgs.Zl. 64-5/30:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Ragger zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak betreffend Putzmittelwerbung des Landesrates für Soziales auf Briefpapier des Landes Kärnten

Verlegung des TOP auf die nächste Sitzung (S. 4156)

10. Ldtgs.Zl. 125-8/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Dienstanweisung (S. 4156)

11. Ldtgs.Zl. 117-11/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dobernig zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr betreffend adäquate Entlohnung von Hebammen im Vertragsbedienstetengesetz (S.4156)

12. Ldtgs.Zl. 104-5/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Tiertransporte

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 4157)

Einstimmige Annahme (S. 4157)

13. Ldtgs.Zl. 117-12/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr betreffend Entlohnungen von Hebammen laut Vertragsbedienstetengesetz (S. 4157)

14. Ldtgs.Zl. 125-9/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Zellot betreffend EU-Aktivitäten des zuständigen Referenten Dr. Martinz (S. 4157)

Mitteilung des Einlaufes (S. 4158)

A) Dringlichkeitsantrag (S. 4158):

Ldtgs.Zl. 75-4/30:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärntner Landesholding – sofortige Nachbesetzung des Aufsichtsrates und Neuwahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 4158)

Zur Dringlichkeit: Ing. Scheuch (S. 4159), Tauschitz (S. 4160)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Ing. Rohr (S. 4161), Tauschitz (S. 4161)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: nein, Grüne: ja) (S. 4161)

Zuweisung: Ausschuss für Budget, Landeshaushalt und Finanzen

B) Anträge von Abgeordneten (S. 4161)

C) Resolution (S. 4162)

Beginn: Donnerstag, 19.12.2012, 10.07 Uhr

Ende: Donnerstag, 19.12.2012, 14.19 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo**

Anwesend: 33 Abgeordnete

Entschuldigt: **Anton, Zellot, Stark**

Bundesräte: **Mitterer, Petritz, Blatnik, Pirolt**

Mitglieder der Landesregierung:
Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Kaiser**, Landesrat **Mag. Dobernig**, Landesrat **Mag. Rumpold** ab seiner Wahl, Landesrätin **Dr. Prettnner**

Entschuldigt: Landeshauptmann **Dörfler**, Landesrat **Mag. Ragger**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 36. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Es ist die erste Sitzung in diesem Jahr 2012. Somit darf ich allen Damen und Herren Abgeordneten heute von dieser Stelle aus noch alles Gute für das Jahr 2012 wünschen und vor allem alles Gute für eine erfolgreiche Arbeit für die Kärntnerinnen und Kärntner in diesem Hohen Hause! Ich begrüße die Regierungsmitglieder, allen voran Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Uwe Scheuch, Herrn Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser, Frau Landesrätin Dr. Beate Prettnner sowie Herrn Landesrat Mag.

Harald Dobernig. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmann Gerhard Dörfler sowie Herr Landesrat Mag. Christian Ragger. Ich begrüße natürlich auch die Gäste auf der Zuhörertribüne sowie die Vertreter der Medien und auch alle Damen und Herren der Internetbenutzer. Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet heute eine verlangte Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO haben die Antragsteller die Neuwahl eines Mitgliedes der Kärntner Landesregierung angekündigt. Ich darf zu dieser Sitzung auch noch die hohe Fachbeamtenschaft begrüßen, allen voran Herrn Landesamtsdirektor Dr. Dieter Platzer, seinen Stellvertreter Dr. Matschek, den Leiter des Rechnungshofes, Dr. Reithofer, sowie den Leiter des Verfassungsdienstes Herrn Dr. Glantschnig und heute auch die Bundesräte Herrn Peter Mitterer, Herrn Petritz von der Reihenfolge aus, und Frau Bundesrätin Ana Blatnik! Ein herzliches Willkommen allen Damen und Herren!

Die Sitzung wurde fristgerecht einberufen. Somit kommen wir zu Beginn dieser Sitzung nach Verkündigung der Geburtstage, die vom Herrn Abgeordneten Hannes Anton, der Frau Abgeordneten Jutta Arzmann, der Frau Abgeordneten Mares Rossmann und vom Herrn Abgeordneten Ing. Ebner gefeiert wurden, denen ich herzlich gratulieren möchte, viel Gesundheit, Glück und Freude wünschen möchte, (*Beifall im Hause.*) noch zu den Entschuldigungen. Und zwar haben sich Herr Abgeordneter Hannes Anton, Herr Abgeordneter Roland Zellot und Herr Abgeordneter Stark für die heutige Sitzung entschuldigt. Somit sind wir bei der 1. Anfrage:

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 226/M/30:

Anfrage des Abgeordneten Astner an Landeshauptmann Dörfler

Diese Anfrage kann nicht aufgerufen werden. Ich frage daher: Wünscht der Abgeordnete, diese Frage schriftlich oder mündlich beantwortet zu

wissen? (*Abg. Astner: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung, daher kommen wir zur Anfrage 2:

2. Ldtgs.Zl. 233/M/30:

Anfrage der Abgeordneten Rossmann

Lobnig**an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Scheuch**

Ich ersuche nun die Frau Abgeordnete, die Frage zu stellen, bitte!

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Dame und Herren auf der Regierungsbank! Diese Frage bezieht sich auf eine unglaubliche Erfolgsstory, die eng mit unserem Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Uwe Scheuch verbunden ist. Man sieht, dass die Fragen nicht immer aktuell hier ins Hohe Haus kommen. Es ist mir aber trotzdem eine große Freude zu fragen und einfach die Ausführungen von dieser Erfolgsstory zu hören. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage Sie:

Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand am Goldeck?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind am Wort!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Werte Regierungskolleginnen und -kollegen! Meine geschätzten Damen und Herren! Als erstes, Frau Kollegin Prettnner, ich finde es schade, wenn Sie die Frau Rossmann nachäffen, wenn sie „unglaublich“ sagt und Sie so halblaut „unglaublich“ nachsagen. Das ist Frauen gegenüber nicht fair, da sollte man hier sehr sensibel und vorsichtig sein. Gerade Sie als Frauenreferentin – Sie brauchen gar nicht so ungläubig schauen, ich habe es gesehen und gehört. Es ist einfach schade, das sollte man nicht machen!

Frau Abgeordnete Rossmann, ich glaube aber, dass die Diskussion um das Goldeck spannender denn je ist, spannender und auch aktueller denn je, weil wir es in Wirklichkeit gerade jetzt geschafft haben, dieses Projekt über die Ziellinie zu bringen. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich möchte die Geschichte um diesen Berg gar nicht bei mir parken. In Wirklichkeit, und das ist das

Schöne, der Erfolg hat immer viele Väter. Nur die Niederlage ist ein Stiefkind, wie ein altes Sprichwort sagt und hier ist es ein Erfolg. Da möchte ich mich nicht nur bei allen Regierungskolleginnen und -kollegen bedanken, die diesen Weg mit begleitet haben. Da war der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Rohr damals aktiv als Gemeindereferent mit dabei. Da war der Herr Dr. Martinz mit dabei. Da waren meine Regierungspartner, auch Jörg Haider damals, noch maßgeblich mit dabei. Ich möchte diesen Dank auch auf die Bürgermeister der Region ausweiten. Es hat sich nämlich gezeigt, dass es nur dann, wenn eine gesamte Region an etwas glaubt, funktionieren kann. Das Goldeck ist ein ähnliches Beispiel wie der Talschaftsvertrag. Dort ist es über parteipolitische Grenzen hinweg mit den betroffenen Bürgermeistern vom unteren Drautal bis hinauf ins Mölltal, bis nach Mühlendorf, von den ganzen Regionen, die rundherum betroffen waren, gelungen, die Gemeinen mit an Bord zu holen, die Gemeinden als Partner zu gewinnen, den Gemeinden auch zu zeigen, dass eine gemeinsame Initiative das Unrealisierbare realisierbar macht. Von der Bezirkshauptstadt Spittal bis hin zu den kleinen Gemeinden haben sich alle beteiligt, haben alle daran teilgenommen, und man sieht, wenn in diesem Land die Parteipolitik in die zweite Reihe rückt und man gemeinsam ein Interesse hat, etwas umzusetzen, dann ist das auch erfolgreich, meine geschätzten Damen und Herren, deswegen auch mein Dank an alle betroffenen Bürgermeister! (*Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Der Berg als solches und die Entwicklung wird übermorgen am Samstag seinen Höhepunkt haben. Ich nehme an, es werden viele von euch mit dabei sein, wenn wir das Ganze auch offiziell der Bestimmung übergeben. Ich habe mir letzte Woche einmal zwei Stunden die Zeit genommen und ich habe mir davon ein Bild gemacht. Ich habe meine Schi angeschnallt und bin hinaufgefahren und habe mir das hier angesehen. Es ist wirklich schön zu sehen, dass man hier diesen Relaunch geschafft hat, dass es in Wirklichkeit gelungen ist, mit den Investitionen hier im Zentrum von Oberkärnten einen Sport-, Erlebnis- und Schiberg wiederzubeleben, der mehrere Funktionen erfüllt, der einerseits natürlich als Familienschiegebiet einen hohen Stellenwert hat, der aber auch für die Schulstadt Spittal ganz, ganz wichtig ist, weil dort die jungen Leute auch

Dipl.-Ing. Scheuch

Schifahren gehen können. Es ist zum Beispiel, wenn ich das nennen darf, geplant – wir haben das gerade unlängst mit den Kollegen der ÖVP diskutiert und hier gemeinsame Strategien entwickelt – dass es uns gelingen muss, die Aktivitäten der Sporthauptschule hier mit einzubauen, dass es uns gelingt, diesen Berg mit jungen Sportlern zu beleben, dass es eine Eliteschmiede auch wieder für den Spitzensport wird. Es wird uns dort gelingen, dass wir Aktionen für die Belebung der Gesamtregion setzen. Das Goldeck hat deswegen so einen spannenden Ort, weil wir am Millstätter See viele 100, wenn nicht 1.000 Hotelbetten haben, die man jetzt aktivieren, wintersicher machen kann und damit Ganzjahrestourismus pflegen kann. Wenn ich hier in diesen Dank mit einbauen möchte, ist der Herr Dr. Haselsteiner, der sich auch aus privatem Interesse bereit erklärt hat, hier mit dabei zu sein, der sich hier maßgeblich an der Finanzierung beteiligt hat. Sie wissen, es gibt eine Drittelfinanzierung: Ein Drittel die Kommunen, ein Drittel das Land und ein Drittel die STRABAG. Wir haben per Stand heute über 30 Millionen Euro bei diesem Berg investiert. Wir haben die Aufstiegshilfen modernisiert. Es sind die Beschneiungsanlagen aktiviert worden. Es ist komplett ein Relaunch gemacht worden. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier wirklich ein Potential für die Region nützen können, das seinesgleichen suchen darf.

Ich darf vielleicht noch ein paar Zahlen nennen für die, die es interessiert. Wir haben, wie gesagt, von Baldramsdorf eine komplett neue Aufstiegshilfe mit einer Achterbahn gemacht. Der Bärenbiss ist mit einer Sechserbahn komplett neu gemacht worden. Die Gipfelbahn ist komplett neu gemacht worden, die Beschneigung ist verändert und erweitert worden.

Es sind die Pisten verbreitert worden. Wir sind gerade dabei, uns zu bemühen, dass es uns gemeinsam gelingt, auch Infrastruktur am Berg zu entwickeln, von den Hütteninfrastrukturen bis hin zur Gastronomie und anderen Bereichen. Ich bin wie gesagt, um das abzuschließen, wirklich stolz darauf, dass es ein Projekt von uns allen ist. Es ist ein Projekt der Kärntnerinnen und Kärntner, es ist ein Projekt der Kärntner Landesregierung. Dass ich es sein durfte als Oberkärntner Regierungsmitglied (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) hier dementsprechend eine koordinierende Funktion zu übernehmen, macht mich als Vertreter der Region natürlich

stolz, aber es ist eines jener Projekte – das noch einmal schließend – wo man sieht, gemeinsame Kraftanstrengungen können auch dazu führen, dass die Inanspruchnahme von öffentlichem Geld auf breite Erfolgsgeschichten stößt und dass alle davon profitieren können. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Frau Abgeordnete, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Ja, ich möchte die Zusatzfrage stellen:

Wie schaut die Zukunft des Goldecks weiterhin aus, vor allem, wie wird sich die Rückseite des Goldecks entwickeln?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage zu beantworten!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch** (F):

Frau Abgeordnete, das ist jetzt eine durchaus schwierigere Frage in dieser Situation. Sie haben das sicher auch medial mitverfolgt, wir haben ja die Situation, was prinzipiell in diesem Ausbauplan auch mit den Kommunen abgestimmt ist, es ist ganz, ganz wichtig, auch das Seetal zu erneuern, auch da mit einer neuen Lifanlage die Erschließung für die Region des unteren Drautales zu optimieren, schwerpunktmäßig die Gemeinde Stockenboi. Wir haben allerdings die Situation, dass wir dort jetzt sehr viel Engagement investiert haben und auch die Kommunen schon Geld in ein Hotelprojekt investiert haben, das momentan aufgrund der Pleite oder des Konkurses des Financiers auf Eis gelegt ist. Da sind wir sehr intensiv darum bemüht, einen anderen Investor zu bekommen. Einen Betreiber zu bekommen, ist immer sehr einfach, der Investor ist das Problem, der hier auch dementsprechend das Geld in

Dipl.-Ing. Scheuch

die Hand nimmt, deswegen werden wir auch laut über Alternativen nachdenken müssen. Wir haben schon viele Gespräche geführt, sowohl mit den Goldeck-Bahnen als auch mit der Gemeinde Stockenboi. Wir haben jetzt einmal eine Interimslösung gemacht, dass es einen Shuttleverkehr zwischen der Gemeinde Stockenboi und der neuen Talbahn in Baldramsdorf gibt. Was uns dort allerdings langfristig vorschwebt – und auch dort wird es wieder erforderlich sein, dass alle mit an Bord sind – ist, ob wir uns nicht überlegen, wenn das Hotelprojekt im Seetal nicht in absehbarer Zeit kommt, ob man nicht den Weg wählt und vielleicht die Rückseite dieses Sportberges für alternative Sportmethoden attraktiviert. Ich denke jetzt einmal laut: Vielleicht wäre es doch spannend, dass man sagt, dass man das Schitourengehen von hinten auf den Berg hinauf entsprechend mobilisiert. Wir alle wissen, das Schitourengehen ist die einzige Wintersportart mit zweistelligen Zuwachsraten. Das heißt, eine Variante, wo die Leute hinten Touren hinaufgehen können, dann trotzdem um einen geringeren Betrag die Infrastruktur nutzen können, dass wir uns überlegen, dass wir im Seetal zum Beispiel – das wäre ganz spannend aufgrund der Höhenlage – ein hochalpines oder zumindest alpines Langlaufzentrum dementsprechend Platz greifen lassen. Dort ist immer Schnee, es ist eine eindrucksvolle Landschaft, die Leute würden sozusagen die Goldeckstraße bis ins Seetal nutzen. Wenn man dann dort mit diesen alternativen Wintersportmöglichkeiten vom Langlaufen, über das Schneeschuhwandern, über das Schitourengehen die Rückseite des Berges attraktiviert und damit vielleicht auch die Synergie für den gesamten Berg steigern kann, würde es uns gelingen, die gesamte Region auch dementsprechend zum Leben zu erwecken. Als Zusatzidee gibt es eine Variante, dass man durchaus auch darüber nachdenken sollte, auch den Sommersportberg zu attraktivieren, neben der Erschließung von Spittal herauf, auch dort die Rückseite zu nutzen und eventuell, um ganz visionär zu sein, vielleicht auch einen Moment lang aus dieser momentanen Einbahnstraße des Seetals, die sozusagen in einer Sackgasse endet, eine Gesamterschließung Richtung Drautal zu schaffen. Da würden die Bürgermeister von Berg, über Greifenburg bis nach Steinfeld herunter profitieren, wenn man hier analog der Nockalmstraße oder analog der Großglockner Hochalpenstraße auch einen Sommertourismus attraktivieren könnte,

wenn man es damit schaffen würde, dass die Leute hier durchfahren, dass es zu einem Austausch zwischen den beiden Drautälern kommen würde, unteres Drautal – oberes Drautal, dass man dort vielleicht den Naturpark Weissensee mit einbauen könnte. Also hier gibt es eine ganze Reihe von Ideen, weil ich glaube, die Perspektive muss darin liegen, moderner, technisch gut erschlossener Sportberg auf der einen Seite und vielleicht am gleichen Berg auf der anderen Seite sanfter Tourismus, Wandern, Radfahren, Mountainbiken. All diese Bereiche können ein Gesamtkonzept sein, das erfolgreich sein wird. Da liegt noch viel Arbeit vor uns und gleich heute meine Einladung an alle Beteiligten, ähnlich wie bei der Finanzierung für den Wintersport auch hier gemeinsam zu marschieren, gemeinsam zu gehen und damit dem oberen Drautal auch eine Perspektive zu geben, dass das obere Drautal zum Goldeck dazu kommt, denn wir alle wissen, wir kämpfen seit Jahren auch um eine Idee rund um die Emberger Alm. Das wird auch nicht gerade leicht werden und vielleicht kann auch das ein Plan B sein für die Emberger Alm, dass zumindest einmal das obere Drautal von Sachsenburg, Steinfeld, Greifenburg, Berg, Dellach eine Erschließung zu einem Sportberg bekommt, wenn wir diese Lücke schließen können und damit für die Region oben auch eine zusätzliche Perspektive entsteht. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit kommen wir zur Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 234/M/30:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Darmann an Landesrätin Dr. Prettnner

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Bekanntermaßen ist ja der „Atomenergie-Oldtimer“ Krško samt dem dazugehörigen Atommüllendlager nach wie vor in Betrieb, geschätzte Damen und Herren.

Mag. Darmann

Das, obwohl es weltweit immer wieder Initiativen gegeben hat bzw. politische Diskussionen, bis zu einer gewissen Zeit auch medial begleitete Diskussionen, die Atomenergie zurückzudrängen. Geschätzte Damen und Herren, die Europäische Union hat die Entwicklung genommen und den Weg eingeschlagen, in den letzten Monaten auch unter maßgeblicher Unterstützung der Europäischen Sozialdemokratie, die Atomenergie im EU-Raum auszubauen. Für uns Freiheitliche erschütternd, wir haben das von Anfang an kritisiert und auch von Seiten des Landes Kärnten entsprechend offiziell dazu Stellung bezogen, wenn der Landeshauptmann über die Landesgrenzen hinaus mit unseren Nachbarn in Slowenien Kontakt aufgenommen hat, um hier schlussendlich eine Schließung des Atomkraftwerkes Krško in die Wege zu leiten. Es liegt aber nicht nur am Landeshauptmann, über die Landesgrenzen hinaus politisch aktiv zu sein, sondern auch an der zuständigen Energiereferentin des Landes Kärnten, hier Zeichen zu setzen und auch Kontakte mit dem Ausland zu pflegen, um endlich Bewegung in das ganze verfahrenere System der Atomenergie in Slowenien zu bringen. Frau Kollegin, Landesrätin Dr. Prettnner, daher die Hauptfrage zu diesem Punkt 3 der Fragestunde:

Welche offiziellen Gespräche wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode durch das Energiereferat des Landes Kärnten in Person des jeweiligen – ich betone, des jeweiligen! – Energiereferenten mit dem Atomenergiebeauftragten der Republik Slowenien geführt?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Frau Landesrätin, bitte Sie sind am Wort!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Herr Darmann versucht, mir das Leben wie immer wieder einmal sehr schwer zu machen. Es ist sehr schwierig gewesen, in seiner Formulierung der Frage herauszufinden, welche Person er als Atomenergiebeauftragten der Republik Slowenien gemeint haben könnte. Ich habe sehr intensiv recherchiert, habe auch versucht, im World Wide Web nachzuschauen. Unter „Atomener-

giebeauftragter der Republik Slowenien“ scheint ausschließlich der Eintrag dieser Fragestellung im Kärntner Landtag auf, aber ich vermute, dass Sie mit diesem „Atomenergiebeauftragten der Republik Slowenien“ den Direktor der Behörde für Kernkraftsicherheit der Republik Slowenien gemeint haben. Ich gehe von dieser Annahme aus und kann den Namen dieses Herrn auch bezeichnen, es ist der Herr Dr. Andrej Stritar. Und wenn ich daran denke, dass wir heute den 19.1.2012 haben, so kann ich sagen, dass ich Herrn Dr. Andrej Stritar genau vor einem Jahr, nämlich am 19.1.2011, bei meinem ersten Besuch meines Amtskollegen in Slowenien, nämlich Roko Žarnić, getroffen habe, wo es vor allem um die Interessen Kärntens in umweltpolitischer Sicht gegangen ist, wo ich damals vor allem auch das Verfahren um die Umweltverträglichkeitsprüfung des Kohlekraftwerkes Sostar zur Sprache gebracht und auch für uns die Beteiligung an diesem Verfahren eingefordert habe. Das war einerseits ein Gesprächspunkt und ein ganz wichtiger Gesprächspunkt war, nachdem wir uns hier wirklich sehr, sehr wesentlich von Slowenien unterscheiden, nachdem Österreich sich ja dazu entschlossen hat, keine Atomenergie zu erzeugen, dass ich im Gespräch auch die Bedenken, die berechtigten Bedenken, Sorgen und Ängste der Kärntner Bevölkerung dargelegt habe und das auch mit Herrn Dr. Andrej Stritar unterstrichen habe. Wir haben mit Dr. Andrej Stritar auch ein zweites Zusammentreffen gehabt in einer Angelegenheit, wo es darum gegangen ist, dass Slowenien ein Energieprogramm für die Jahre bis 2030 vorzulegen hat. Sie haben eine Planung vorgenommen, wo wir uns als Nachbarland Österreich auch beteiligen konnten an dieser strategischen Umweltprüfung, wo wir als österreichischer Staat gemeinsam mit Vertretern des Umweltministeriums teilgenommen haben und wo ich als Umweltlandesrätin der Nachbarregion persönlich daran teilgenommen habe. Nach meinem Wissen ist es so, dass andere Nachbarländer diese Möglichkeit der Vorsprache in Slowenien nicht genutzt haben, aber ich habe es als Umweltlandesrätin persönlich genutzt, um unsere Bedenken bezüglich des neuen Energieprogrammes, wo Atomenergie allemal und allenfalls immer als Energiequelle vorkommt, zu äußern. Ich habe auch in der Regierung versucht, einen gemeinsamen Beschluss zu erreichen, um gegen Atomkraftwerke in Slowenien aufzutreten. Damals hat sich Dipl.-Ing.

Dr. Prettnner

Scheuch gegen diesen Beschluss gewehrt. Wir wollten wirklich eindeutig zeigen, dass wir gegen eine weitere Nutzung der Atomenergie in Slowenien sind, respektive auch gegen einen zusätzlichen Ausbau der Atomenergie. Ich habe den Beamten in Wien diese Bekräftigung des Kärntner Standpunktes dargelegt, auch dem Bundesministerium wurde das als Unterlage für weitere Gespräche bezüglich des Energieprogrammes Sloweniens bis 2030 übermittelt. Die Unterschrift des Herrn Scheuch hat damals gefehlt. Wir haben bei der Sitzung, die im November, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) am 11. November 2011, gewesen ist, persönlich unseren Unmut darüber geäußert und ich glaube, es war erstmalig und die einzige Aktion in dieser Vehemenz, dass ich die Unterschriften, die in Kärnten gesammelt wurden – und das waren über 50.000 Unterschriften – den Vertretern der Regierung in Slowenien überreicht habe. Ich kann mich an derartige Aktionen des Herrn Landeshauptmannes nicht erinnern, aber ich habe vehement gezeigt, dass Kärntnerinnen und Kärntner die Atomenergie ablehnen und auch (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) das Energieprogramm Sloweniens ablehnen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Herr Abgeordneter, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Ich muss mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen, dass die Energiereferentin und auch ihr Vorgänger als Energiereferent, Herr Klubobmann Rohr, seit der Wahl im Frühjahr 2009 ein einziges offizielles Gespräch mit dem offiziellen Atomenergiebeauftragten der Republik Slowenien geführt haben. Das ist erschütternd in diesem Bereich, gerade in einer Materie, wo ein zwischenstaatlicher Austausch wirklich vehement notwendig ist. Aus diesem Grund verzichte ich auf eine weitere Frage. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit kommen wir zu den Anfragen 4 und 5, die nicht aufgerufen werden können, weil das zu befragende Mitglied der Landesregierung nicht anwesend ist. Ich frage daher die Frau Abgeordnete Arzmann, ob sie die Frage mündlich bei der nächsten Sitzung oder schriftlich haben möchte? (*Abg. Arzmann: Mündlich!*) Mündlich! Und Herr Abgeordneter Trettenbrein, die Frage mündlich oder schriftlich? (*Abg. Trettenbrein: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung! Dann kommen wir zur Anfrage 6:

6. Ldtgs.Zl. 239/M/30:**Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landesrätin Dr. Prettnner**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Das Thema Feinstaub ist ein hochsensibles und bedeutet insbesondere in Städten ein sehr starkes gesundheitliches Risiko. Als Abgeordnete des Bezirkes St. Veit frage ich daher die Frau Landesrätin Prettnner:

Wie lautet das detaillierte Ergebnis der Feinstaubuntersuchung in der Stadtgemeinde St. Veit?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, Sie sind am Wort!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! In den Monaten Jänner und Februar 2011 wurden an der Messstelle St. Veit an der Glan/Hauptbahnhof 21 Überschreitungen des Tagesmittelwertes von 50 µg festgestellt. Nach Ersuchen des Herrn Bürgermeisters der Bezirksstadt St. Veit wurde eine detaillierte Untersuchung gefordert, um herauszufinden, ob diese 21 Überschreitungstage auf außergewöhnliche Vorkommnisse zurückzuführen sind. Diesbezüglich wurde von Spezialanaly-

Dr. Prettner

sen an der TU Wien – diese wurden von der TU Wien durchgeführt.

Die TU Wien wurde beauftragt, eine Spezialanalyse für den Raum St. Veit und für gerade diese Messstelle durchzuführen. Die üblichen Emissionsquellen für Feinstaub sind ja hinlänglich bekannt. Die Hauptverursacher sind der Hausbrand, der Verkehr und die Industrie. Mir liegt diese Detailanalyse vor. Diese Detailanalyse, die Messungen vom 2. bis 4. Februar letzten Jahres durchgeführt hat und die mit speziellen Methoden an der TU Wien durchgeführt wurde, hat ergeben, dass es emissionsseitig keine Auffälligkeiten gegeben hat und dass auch für diese Vorkommnisse in St. Veit – wie üblich – die Verursacher Hausbrand und Verkehr in Betracht gezogen werden müssen. Letztendlich hat die sehr, sehr ungünstige meteorologische Situation des Jahres 2011, also Januar und Februar, eindeutig auf die hohen Feinstaubwerte in dieser Region Einfluss gehabt, aber sie hat nachweislich nach genauesten Analysen keine Auffälligkeiten oder keine anderen Emissionsquellen ergeben. Somit kann ich Ihnen diesen Bericht, wenn Sie wollen, schriftlich zukommen lassen, aber er hat bei der Untersuchung nichts anderes gezeigt, als dass diese zwei Hauptverursacher die Ursache sind.

Hier sind wir schon bei einem sehr spezifischen Problem, was das Bundesland Kärnten in zwei Regionen betrifft, die als Sanierungsregionen ausgewiesen sind. Das ist das Klagenfurter Becken aufgrund seiner meteorologischen Situation, wo es in den Wintermonaten immer wieder zur Situation kommen kann, dass Inversionswetterlage herrscht und dass sich warme Luft in den oberen Schichten ansammelt und die kalte Luft am Talboden vorzufinden ist und dadurch der Austausch der Luft nicht in dem Maße gegeben ist, dass die Feinstaubbelastung reduziert wird. Wir haben auch ein zweites Problem geografischer Natur, das ist das Lavanttal, das sich als eines der wenigen Täler in den Alpen als Nord-süd-Tal erstreckt, (*Abg. Trettenbrein: Das einzige, nicht eines der wenigen!*) was immer wieder zum Aufprall von Winden führt, die vor allem von West nach Ost wehen und aufgrund der Stagnation der Luft hier wenig Luftaustausch vorliegt. Diese spezielle Situation habe ich mit dem zuständigen EU-Kommissar in Brüssel besprochen, das ist der Herr Kommissar Potočnik, dem diese Situation auch nicht ganz unbekannt ist, denn er kommt aus einem Gebiet, das

ähnliche Betroffenheit hat, nämlich aus dem Raum Laibach. Auch hier ist die Situation ähnlich. Wir haben aus diesem Grund gemeinsam mit Slowenien ein Interreg-Projekt eingeleitet, um Untersuchungen durchzuführen, wie können wir die Situation in diesen Regionen besser analysieren. Hier geht es um die Regionen Klagenfurt, um Maribor und um Graz. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Graz hat ja mit ganz, ganz besonderen Bedingungen zu kämpfen. Graz hat enorm hohe Feinstaubwerte, die wir zum Glück in Kärnten in diesem Ausmaß nicht haben. Wir versuchen dieses Problem im Rahmen eines Interreg-Projektes zu analysieren, um dann in der Bekämpfung ursächlich vorzugehen, um vor allem die Gesundheit der Kärntnerinnen und Kärntner, die in meiner Verantwortung sind, die Situation für Kärnten deutlich zu verbessern. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Leikam!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich hätte zu dieser Thematik eine Zusatzfrage, und zwar folgende:

Gibt es in der derzeitigen Situation Untersuchungen, wie die Feinstaubbelastung in der Stadt St. Veit derzeit aussieht!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, Sie sind am Wort!

Landesrätin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Leikam! Ich möchte an dieser Stelle – ich habe es auch schon mehrmals hier im Landtag getan – darauf hinweisen, dass wir Halbstundenwerte an 16 Messstellen in ganz Kärnten analysieren. Unter anderem ist auch St. Veit mit dabei. Ich mache alle Abgeordneten darauf aufmerksam, dass diese Halbstundenwerte wirklich promptest im Internet abrufbar sind. Ich gebe Ihnen die Internetad-

Dr. Prettnner

resse diesbezüglich bekannt: www.umwelt.ktn.gv.at. Diese Messdaten werden sehr, sehr transparent geführt, können immer wieder begutachtet werden. Was mich in diesem Jahr natürlich gefühlsmäßig mit besonderer Freude ausstattet, ist, dass wir für den Raum St. Veit bis zum heutigen Tag laut diesen Aufzeichnungen keinen einzigen Überschreitungstag gehabt haben. Das ist wirklich respektabel, weil wir wissen, dass der Silvester ein Tag ist, der dann meist noch in den 1. Jänner hineinreicht, wo wir regelmäßig Überschreitungen haben. Ich kann auch sagen, dass dieser Silvester heuer viel, viel geordneter abgelaufen ist als letztes Jahr. Der Bürgermeister Scheider aus Klagenfurt hat nach meinem Drängen und nach meinen Hinweisen darauf eine Verordnung für die Stadt Klagenfurt geändert, nämlich dahingehend geändert, dass das Schießen von Silvesterknallkörpern und Feuerwerkskörpern eingeschränkt wurde, wirklich massivst eingeschränkt wurde, auf wenige Stunden reduziert wurde und dass dies zum Beispiel in der Stadt Klagenfurt dazu geführt hat, dass wir praktisch nur mehr am 1. Jänner eine Überschreitung gehabt haben, die nachweislich auf Silvester zurückzuführen ist. Ich erinnere daran, dass gerade im letzten Jahr, als diese Inversionswetterlage in Kärnten vorgeherrscht hat, dieses Silvesterschießen in Klagenfurt nachweislich acht Überschreitungstage verursacht hat, dadurch also eine unnötige Belastung der Kärntner Bevölkerung herbeigeführt wurde und dass durch meine Initiative die Bürgermeister auch noch Ausnahmeverordnungen des Pyrotechnikgesetzes vorgenommen haben. Das sage ich jetzt auch noch einmal zur allgemeinen Kenntnis: Laut Pyrotechnikgesetz ist das Abschießen von Feuerwerkskörpern im Ortsgebiet prinzipiell verboten. Bürgermeister können dieses Verbot durch Verordnung aufheben. Durch meine Initiative, das auch in das Bewusstsein der Bürgermeister und der Bevölkerung zu bringen, dass es sich hier um Schadstoffe handelt, die wir in die Luft schießen, die schwermetallgeladen sind und die natürlich gesundheitliche Auswirkungen haben können, überhaupt durch die verlängerte Erhöhung der Feinstaubwerte ist es gelungen, dass viele zur Vernunft gekommen sind. Wir haben heuer den Silvester im Vergleich zu den anderen Jahren sehr gut über die Bühne gebracht. Es ist mir aber auch ein großes Anliegen, im Gespräch mit den Gemeinden, die in den letzten Jahren Überschrei-

tungstage gehabt haben, in sehr, sehr engem Kontakt zu sein. Ich habe die Umweltausschüsse dieser Gemeinden, dieser Städte besucht. Ich bin in intensivsten Gesprächen mit diesen Umweltausschüssen, um Verbesserungen hervorzubringen, eine Initiative, die von mir bei einem Gespräch im Umweltausschuss der Stadt Klagenfurt stattgefunden hat. Ich habe hier angeregt, endlich wieder die Park & Ride-Systeme, die sie ja schon vor Ort haben, wieder zu aktivieren, vor allem in den Wintermonaten zu aktivieren – das ist ein Gebot der Stunde für die Stadt Klagenfurt – bzw. auch den öffentlichen Verkehr in der Stadt Klagenfurt attraktiver zu machen, auch die Ampelregelung in der Stadt Klagenfurt wieder in ein flüssiges System überzuführen, um hier zu vermeiden, dass es durch unnötige Staus zu Feinstaubproduktion kommt. Auch das wurde in den Umweltausschüssen besprochen. Es kommt auch schön langsam dort an, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) wo es ankommen soll. Ich konnte nämlich schon lesen, dass sich Herr Landeshauptmann Dörfler diesbezüglich endlich aktiv zeigt und endlich auch Park & Ride-Systeme wieder attraktiv machen möchte (*Zwischenruf von Abg. Astner.*) und dass er endlich – aber man muss ihn auch öfter anstupsen – in seiner Verantwortung sein Referat dementsprechend führt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Bitte, Frau Abgeordnete, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Danke, keine Zusatzfrage!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gut, dann kommen wir zur nächsten Anfrage 7, die nicht aufgerufen werden kann, weil der Herr Landeshauptmann nicht anwesend ist. Frau Abgeordnete Dr. Lesjak, soll die Frage mündlich oder schriftlich beantwortet werden? (*Abg. Dr. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung. So kommen wir zur Anfrage 8:

Lobnig**8. Ldtgs.Zl. 242/M/30:
Anfrage des Abgeordneten Köchl an
Landesrätin Dr. Prettnner**

Ich ersuche, die Frage zu stellen, bitte!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte eine Frage stellen. Nachdem ich weiß, dass beim Budget 2011 und jetzt auch beim Budget 2012 für die Frau Landesrätin nahezu kein Geld zur Verfügung gestellt worden ist, möchte ich fragen:

Welche Initiativen setzen Sie als Wasserwirtschaftsreferentin, um der Kärntner Bevölkerung die Bedeutung der Ressource Wasser ins Bewusstsein zu rufen?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, die Frage zu beantworten!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Inserate schalten auf Steuerkosten!) Sehr geehrter Herr Abgeordneter Köchl! Es ist in der Tat so, dass meine Referate finanziell ja nicht besonders ausgestattet werden. Ich vermute, dass das auch einen politischen Hintergrund hat. Aber was mich betrifft, ich bin eine sehr bescheidene Person. *(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, bei den Aussagen! – Dies wird humorvoll vorgetragen. – Abg. Ing. Scheuch: Sehr bescheiden! Das passt! – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)* Ich weiß auch mit wenig Ressourcen sehr, sehr effektiv umzugehen. Das ist auch mein Motto, dass wir öffentliche Mittel, öffentliche Gelder immer effizient einsetzen, im Sinne der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit einsetzen, deshalb agiere ich auch so. Das fällt einem wahrscheinlich als Frau auch leichter, weil wir die moralische Integrität hier höher ansetzen als gewisse Politiker anderer Fraktionen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Verhaltener Applaus der SPÖ!)* Es gelingt mit wenig Ressourcen vor allem unsere Ressource Wasser auch dementsprechend in den

Blickpunkt und in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Unser Wasser, das Kärntner Wasser, ist das „Gold Kärntens.“ Dieses „Gold Kärntens“ müssen wir verantwortungsvoll verwalten. Das tue ich auch, das versuche ich auch immer wieder darzustellen. Ich erinnere allein daran, dass wir mit Maßnahmen im Schutzwasserbau, im Versorgungsbereich, was die Wasserver- und entsorgung betrifft, mit Co-Finanzierungen des Bundes, der Gemeinden und des Landes ein Investitionsvolumen von insgesamt 70 Millionen Euro investieren, um die hohe Qualität des Wassers in diesem Lande dementsprechend zu erhalten. So ist es natürlich ein Gebot der Stunde, dass wir dieses Thema immer wieder publik machen. Es ergeben sich hier Anknüpfungspunkte an den UN-Wassertag, der jedes Jahr am 22. März stattfindet, um hier darauf aufmerksam zu machen, in welcher bevorzugten Region wir uns befinden. Ich darf darauf hinweisen, dass es oft schon, wenn wir wenige Kilometer über die Grenze fahren, nicht selbstverständlich ist, dass man Wasser, Trinkwasser, aus dem Wasserhahn genießen kann! Das heißt, wir haben hier auch international gesehen einen wirklich hohen Stellenwert. Das kann ich nicht oft genug herausstreichen, dass wir uns wirklich bemühen und dass in der Verantwortung von meinem Vorgänger Reinhart Rohr hier sehr, sehr verantwortungsvoll agiert wurde! Ich darf darauf hinweisen, dass es ein Landesrat Frühbauer war, der vor vielen, vielen Jahren den Grundstein dazu gelegt hat, dass diese Infrastruktur Wasser immer mit hoher Priorität behandelt wurde. So gibt es auch eine Initiative meinerseits, die sich „Lebensraum Wasser“ nennt, wo wir mittlerweile in ganz Kärnten „Lebensraum Wasser“-Zeichen an ganz besondere Plätze verabreichen, die hervorgehoben werden sollen. Sie erstrecken sich von der Möll bis zur Lavant. Wie gesagt, das sind 122 verschiedenste Projekte, die die Qualität und die Chancen, die uns das Wasser bietet, auch hervorheben sollen, das heißt, das Wasser als Naturschutzgebiet, das Wasser als Rückzugsgebiet für gewisse Fischarten, das Wasser zur Beobachtung von Naturschutzgebieten, wie das zum Beispiel in der Drauschleife bei Wernberg der Fall ist. Oder das Wasser, wo es als Trinkwasserressource beobachtet werden kann, wo es öffentlich zugänglich ist, dass man mit der Bevölkerung, mit den Schulklassen zum Beispiel in Frantschach, St. Gertraud, nachschauen und zuschauen kann, wo kommt das

Dr. Prettnner

Wasser aus der Quelle, wie gelangt es in die Leitungen, wie wird das aufbereitet in den Wasserbehältern, wie gelangt es in die Haushalte, um auch hier Bewusstsein zu schaffen, wie funktioniert dieses Wassersystem in Kärnten. Wir haben hier (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Energieschauplätze, wo wir an der Kolnbreinsperre immer wieder zeigen, dass wir auch aus der Ressource Wasser Energie erzeugen können. Wir haben Rastplätze geschaffen, um das Wasser auch als Erholungsgebiet, als Kraftquelle für die Kärntnerinnen und Kärntner darzustellen. Und eine Priorität haben alle diese Projekte: Sie müssen öffentlich zugänglich bleiben, sie müssen im Eigentum der Öffentlichkeit sein, im Eigentum der Bevölkerung, denn wir wollen eines nicht, dass diese Plätze, diese Wasserplätze (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) in Privateigentum übergehen und wir wollen diese Qualität und dieses öffentliche Wassergut wirklich schützen und bewahren. In diesem Sinne Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Herr Abgeordneter, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordneter **Köch** (SPÖ):

Keine Zusatzfrage!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Keine Zusatzfrage! Dann kommen wir zur nächsten Anfrage:

9. Ldtgs.Zl. 243/M/30:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Landesrätin Dr. Prettnner**

Bitte, Herr Abgeordneter, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

(*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt kommt der Richtige!*) Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem ja die Frauen in der Gesellschaft einen Anteil von über 50 Prozent repräsentieren, frage ich Sie, Frau Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettnner:

Wie beurteilen Sie als Frauenreferentin das Instrumentarium einer verpflichtenden Quotenregelung, um mehr Frauen in Führungsetagen repräsentiert zu wissen?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, Sie sind am Wort!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie stellen hier eine Frage, die mich als Frauenreferentin natürlich ganz besonders emotionalisiert, die auch in Kärnten relativ schwach ausgeprägt gelebt wird. Wir haben in Kärnten – und da möge jetzt vielleicht eine aktuelle Situation darüber hinwegtäuschen – sehr, sehr wenige Frauen, die in Führungsetagen tätig sind. Ich kann eine erwähnen, die aufgrund ihrer Tätigkeit im Gesundheitsbereich als Frau tätig und immer wieder in den Schlagzeilen ist. Es ist eine aufgrund der aktuellen Lage, die jetzt ab 1. Jänner erfreulicherweise zur ORF-Intendantin bestellt wurde und hier in eine Führungssituation gekommen ist. Das heißt, es mag diese Situation darüber hinwegtäuschen, dass wir in diesem Bereich eigentlich sehr schlecht vertreten sind. Allein die Situation in der Regierung zeigt ja schon, wie die Verhältnisse sind. Ich bin als einziges von sieben Regierungsmitgliedern als Fraktion der weiblichen Bevölkerung vertreten und die weibliche Bevölkerung stellt immerhin 51 Prozent der Bevölkerung dar. Also hier spiegelt sich in Wahrheit die wahre Situation, dass Frauen in Führungsetagen sehr selten und sehr gering vorkommen, obwohl es Studien gibt, dass wir wissen, dass Frauen, wenn sie in Führungsetagen sind, vermehrt Augenmerk darauf legen, dass Frauenthemen immer mehr Gewicht bekommen, dass sich das auch auf die Qualität der Unternehmen auswirkt, dass sich das auf die Produktivität der Firmen auswirkt, vor allem auch auf

Dr. Prettnner

das Betriebsklima in den betroffenen Betrieben sehr wesentliche, positive Einflüsse hat. Die Tatsache, dass wir seit 1997 laut allen europäischen Mitgliedsstaaten verpflichtend dafür sorgen müssen, dass mehr Frauen in Führungsetagen kommen, hat aber beim „Gender Gap“, das ist ein internationaler Vergleich, wie Geschlechter in den verschiedensten Staaten behandelt werden, für uns gerade auf dieser Ebene, weil wir zu wenig Frauen in Führungsetagen haben, weil wir Frauen haben, die viel zu wenig verdienen, dazu geführt, dass wir in diesem internationalen Ranking von Platz 26 auf Platz 42 abgerutscht sind. Meine Damen und Herren, das ist ein klarer Handlungsauftrag, wir müssen hier Frauen stärken, um in Führungspositionen zu kommen, um auch ihre Karrierechancen zu nutzen, denn immerhin wissen wir, dass Frauen mittlerweile viel besser ausgebildet sind als Männer. Ich darf darauf hinweisen, dass 63 Prozent der Studenten und Studentinnen an der Universität Klagenfurt weiblich sind (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: 100 Prozent der Studentinnen sind sicher weiblich! Hoffentlich!*) dass auch die Mehrzahl der Abgänger der Universität Klagenfurt weiblich ist, dass wir bei den MaturantInnen mehr Frauen als Männer haben und das gilt als Auftrag, dass wir dieses hohe Bildungspotential in unserem Lande wahren und den Frauen die Chance geben, dieses Potential, das sie bereits haben, auch in diesem Lande zu nutzen! Denn es gibt ja eine Studie, die uns belegt, dass genau diese gut ausgebildeten Frauen, die wir hier bestens ausbilden, dieses Land verlassen. (*Abg. Rossmann: Bei der Frauenreferentin ist das kein Wunder!*) Das ist eine Zukunftschance, die wir uns rauben und deshalb müssen wir alle Maßnahmen treffen, alle Maßnahmen setzen, hier sind alle aufgefordert, mitzutun, um diesen Frauen die Chance auf gute, qualifizierte Arbeitsplätze zu bieten. Und hier kommen wir immer wieder auf das gleiche Thema zurück, auf das Thema der Kinderbetreuung. Das ist das Schlüsselthema, das hier vor allem einen wichtigen Mosaikstein darstellt, um Frauen diese Chancen zu gewähren, dass sie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch leben. Hier sind natürlich (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) andere Regierungsmitglieder höchst gefordert, endlich Maßnahmen zu setzen, um dieses Kinderbetreuungsangebot zu erweitern, vor allem zu erweitern, was die Tagesöffnungszeiten betrifft und vor allem zu erweitern, was

die Sommerkinderbetreuung betrifft, weil das genau die Themen sind, die immer wieder Stolpersteine für Frauen (*Abg. Rossmann: Und wer denkt dabei ans Kind?*) sind, um in Führungspositionen zu kommen, um in verantwortungsvollere Situationen zu kommen. Das heißt, hier gilt es, dass die zuständigen Regierungsmitglieder endlich aktiv werden. Ich nenne hier den Kinderbetreuungsreferenten Dörfler (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) und auch den Arbeitsmarktreferenten Uwe Scheuch, die hier Maßnahmen setzen müssen. Es gibt auch einen Antrag, den wir im Landtag bereits eingebracht haben, um das auch an Frauenförderung zu koppeln. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall. Von der ÖVP? – Auch nicht. Bitte, Herr Klubobmann, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landesrätin, danke vorerst einmal für die Beantwortung meiner Frage, aber ich denke, die Politik hat ja durchaus, auch wenn sie derzeit in öffentlicher Diskussion nicht wirklich ein positives Bild abgibt, trotzdem mit Beispielcharakter voranzugehen.

Was tun Sie, um den Anteil der Frauen in der Politik auch entsprechend zu unterstützen und zu fördern?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

(*Zwischenrufe von 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo und Abg. Rossmann. – Vorsitzender: Bitte am Wort ist die Frau Landesrätin! Bitte die Frage zu beantworten!*) Bitte können Sie für Ruhe sorgen und dieses Gegackere abstellen! Okay! Herr Klubobmann Rohr mein Bemühen ist es natürlich, Frauen Mut zu machen, in politische Füh-

Dr. Prettner

rungspositionen zu gehen. Ich halte das für einen ganz, ganz wichtigen Weg, um hier als Beispiel voranzugehen, um mutig zu sein, Entscheidungen zu treffen und ich motiviere Frauen immer wieder, diese Entscheidungspositionen auch einzunehmen. Hier sind wir im Vergleich, wenn wir Gemeindefrakturen hernehmen, wirklich sehr gering besetzt. Wir haben derzeit eine Quote von 22 Prozent, was Gemeinderätinnen, was Stadträtinnen und Bürgermeisterinnen betrifft, also wir sind hier sehr weit im unteren Ranking, noch weit entfernt von halbe-halbe. Ich erinnere daran, von 132 Gemeinden in Kärnten sind 3 von Bürgermeisterinnen geführt. Das heißt, hier haben wir absolut Bedarf, die Frauen in die Pflicht zu nehmen und sie zu animieren, kommt in die Politik, entscheidet mit, was mit euch passiert, denn vor allem Gemeindepolitik ist ja eine sehr bürgernahe Politik, wo Frauen natürlich sehr viel mitgestalten könnten, was ihr unmittelbares Lebensumfeld betrifft. Das betrifft einerseits den öffentlichen Verkehr in Gemeinden, das betrifft vor allem auch die Kinderbetreuungszeiten oder die Schulen, die in den Gemeinden geführt werden, die Nachmittagsbetreuung, wie kann man die gestalten. Frauen könnten das sehr, sehr wesentlich mitgestalten.

Um Frauen auch den Mut zu machen und die Frauen mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten, gibt es die Initiative des Frauenreferates, Politikerlehrgänge anzubieten, respektive Politikerinnenlehrgänge anzubieten, wo wir in einem Kursystem in modularer Form verschiedenstes Rüstzeug und Grundlagen anbieten, um Frauen die Sicherheit zu geben, wirklich gut ausgebildet in politische Funktionen zu gehen. Was sehr erfreulich ist, wir haben über die letzten fünf Jahre insgesamt bereits 100 Teilnehmerinnen dieser Kurse erreichen können. Das ist ein sehr schönes Gefühl, dass wir hier wirklich viele Frauen mit Rüstzeug und mit Motivation ausstatten und wir geben ihnen auch die nötige Begeisterung mit, um an diesen Kursen aktiv teilzunehmen. Ich habe auch sehr positive Rückmeldungen von den Kursteilnehmerinnen. Hier handelt es sich um Teilnehmerinnen aus allen Fraktionen und letztendlich geht es ja darum, frauenpolitische Themen in den Vordergrund zu rücken. Da sind parteipolitische Interessen oft sehr weit hinten gereiht. Das heißt, wir müssen als Frauen natürlich auch unsere Interessen parteiübergreifend leben und durchsetzen, denn nur so können wir

Veränderung herbeiführen. Politik ist Veränderung, Politik kann gestaltet werden von jedem, der daran teilnimmt. Jeder, der sich da ausschließt und jede, die sich da ausschließt, vergibt eine wirklich potentielle Chance für die Zukunft. Und so ist es für mich ganz, ganz wichtig, die Frauen zu animieren, hier mitzutun, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Ich tu das gerade, indem ich in die Bezirke fahre, mit den Frauen in den Bezirken auch darüber rede. Es gibt ja derzeit den „Frauenaktionsplan“, wo ich in allen Bezirken Frauen und Männer einlade, wie können wir die Situation der Frauen in Kärnten verbessern, weil es vor allem darum geht, Perspektiven zu schaffen. Perspektiven für die Zukunft zu schaffen und hier geht es ganz wesentlich auch darum, Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, die familienfreundlich sind und die auch ein entsprechendes Einkommen haben, sodass es für Frauen auch attraktiv ist, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ich merke auch, dass das sehr gut ankommt, dass Frauen aus allen Regionen sehr rege daran teilnehmen und auch sehr interessiert sind am politischen Leben in Kärnten. Ich bin auch überzeugt davon, dass ein höherer Anteil an Frauen in der Politik auch die moralische Stärke der Politik wieder besser hervorheben könnte, sodass wieder Politik für die Menschen in diesem Lande gemacht wird. Die SPÖ hat bereits eine Quotenregelung eingeführt, dass 40 Prozent der Frauen (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Já, wo san denn die Frauen?*) auf den Listen der SPÖ (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist schon abgelaufen, Frau Landesrätin*) auch Frauen sein müssen und ich kann diesen Vorschlag nur allen anderen Parteien weitergeben, dies zu praktizieren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit kommen wir zur Anfrage 10:

10. Ldtgs.Zl. 244/M/30:**Anfrage des Abgeordneten Astner an Landesrätin Dr. Prettner**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Astner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Vom gesunden Wasser zu den Seen. Nachdem Kärnten ja ein Land der Seen ist, eine Frage an Sie, Frau Umweltreferentin:

Welche Maßnahmen setzen Sie als Umweltreferentin, um den ausgezeichneten gewässerökologischen Zustand der Kärntner Badeseen zu erhalten?

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, Sie sind am Wort!

Landesrätin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Regelmäßig mit der Zeugnisverteilung in den Schulen erfolgt auch die Zeugnisverteilung für unsere Kärntner Seen und diese ist auch wirklich herzeigbar und sehr stattlich. Wir verteilen hier praktisch ausschließlich Noten zwischen 1 und 2 und das ist natürlich sehr, sehr erfreulich. Die gute Wasserqualität und den guten ökologischen Zustand der Kärntner Seen zu bewahren und die Seen des Landes mit ihren Ufern, mit den Lebensgemeinschaften, ihren typischen Strukturen und Funktionen zu schützen und in einem möglichst naturnahen Zustand zu erhalten, sehe ich als Hauptaufgabe im Rahmen des Umweltschutzes und im Rahmen meiner Tätigkeit als Umweltreferentin. Maßnahmen, die von mir gesetzt wurden, umfassen zum Beispiel die Schwerpunkte Überwachung der Wasserqualität von Seen. Wir haben 43 Kärntner Badeseen mit einer Seengüteüberwachung, mit einem regelmäßigen Programm, das die Wasserqualität kontinuierlich dokumentiert und um gegebenenfalls rechtzeitig Sanierungsmaßnahmen zum Schutz der Gewässer setzen zu können. Zwei- bis viermal jährlich werden die Badeseen limnologisch, das heißt auf ihre Wasserqualität hin untersucht. Mehr als 1.000 Wasserproben werden gezogen und physikalisch-chemisch sowie auch biologisch in ihren verschiedensten Parametern analysiert. An den sieben größten Seen wird der ökologische Zustand nicht nur über die Wasserqualität beurteilt, sondern es werden auch Fischbestand und Makrophytenbestände, das sind mikrobiologische Lebewesen, für die Zustandsbewertung

entsprechend den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie kontrolliert. 36 Seen werden auf die Initiative des Landes überwacht. Der Schutz des Ökosystems See vor anthropogenen Einflüssen ist natürlich zu wahren. Der Schutz der natürlichen Ufervegetation, die vor allem an den großen Seen, zum Beispiel am Wörthersee durch Seeeinbauten, durch Stege, Bootshäuser, Ufersicherungen bereits großflächig beeinträchtigt ist, hat für mich eine vorrangige Bedeutung. Die uferbegleitenden Schilf- und Röhrichtbestände sowie die Flachwasserzonen haben eine wichtige ökologische Funktion als Lebensraum für eine vielfältige Flora und Fauna, die als Glied in der Selbstreinigungskette eines Sees sehr, sehr wichtig ist. Bewilligungen von Seeeinbauten oder Bootszulassungen – Motorboote oder Elektroboote – werden durch die Amtssachverständigen der Abteilung 15 - Umwelt in meinem Sinne besonders kritisch im Hinblick auf den aktuellen ökologischen Zustand beurteilt. Eingriffe werden nur in unbedingt notwendigem Ausmaß als bewilligungsfähig angesehen unter der Voraussetzung, dass keine nachhaltigen Schäden am Ökosystem See entstehen.

Hinweisen möchte ich auch auf die Verordnung zur Regelung der Schifffahrt mit Fahrzeugen, mit Elektrobooten auf Kärntner Seen, die aufgrund meiner Initiative im April 2011 erlassen wurde. Es geht auch darum, gewässerökologische Studien zu fördern, die vom Kärntner Institut für Seenforschung durchgeführt werden. Das unterstütze ich. Es steht hier umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung, das einerseits den Nutzungsdruck, dem unsere Gewässer ausgesetzt sind, belegt und andererseits das Gefährdungspotential für diese sensiblen Lebensräume ausweist. Die erhobenen Grundlegenden Daten stehen den Sachverständigen der Abteilung 15 für wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zur Verfügung und unterstützen so zielgerichtet die Bewertung von Angriffen in gewässerökologische Systeme. Es liegen Ergebnisse über den Verbauungsgrad der Ufer von größeren Seen, zum Beispiel Wörther See, Millstätter See, Ossiacher See vor. Ebenso stehen Kartierungen der Wasserpflanzenbestände, die den ökologischen Zustand dokumentieren, zur Verfügung. Derzeit laufen Studien zur Bewertung der Uferstrukturen der größeren Seen im Hinblick auf ihre natürliche Ausprägung bzw. auf das Maß ihrer Beeinträch-

Dr. Prettner

tigung (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) durch die Nutzung.

Natürlich ist ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, auch die Sanierungsprojekte zu fördern. Wir haben eines der größten Sanierungsprojekte, das es ja weltweit wahrscheinlich einzigartig und erstmalig gibt, nämlich das Sanierungsprojekt des Bleistätter Moores, wo es durch diese Untersuchungen, durch diese Grundlagen, die das Institut für Seenforschung bietet, immer wieder zu Verbesserungen kommt, die letztendlich die Seequalität des Ossiacher Sees (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) deutlich heben soll. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Herr Abgeordneter, dann haben Sie die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Astner** (SPÖ):

Danke, keine Zusatzfrage!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Keine Zusatzfrage. Somit kommen wir zur nächsten Anfrage, und zwar zur Anfrage 11:

11. Ldtgs.Zl. 245/M/30:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Cernic an Landesrätin Dr. Prettner**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Landesrätin:

Welche weiteren Maßnahmen planen Sie als Wasserwirtschaftsreferentin, um die Bevölkerung im Großraum Klagenfurt vor Hochwasserereignissen zu schützen? (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Falls die Sattnitz übergeht!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, Frau Landesrätin, ich erteile Ihnen das Wort!

Landesrätin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Geschätzte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Die Maßnahmen, die zu setzen sind, um Hochwasserereignisse zurückzuhalten oder die Bevölkerung vor Hochwasserereignissen zu schützen, basiert einerseits auf Gefahrenzonenplänen, die aus dem Großraum Klagenfurt vorliegen, aber auch aus den abgelaufenen Hochwasserereignissen der Vergangenheit, wo wir bei Eintreten des Hochwassers natürlich massive Schäden nachweisen konnten. Die Zuständigkeit der Hochwasserschutzmaßnahmen aufgrund der geltenden Rechtsordnung obliegt denen, deren Liegenschaft durch diese Ereignisse bedroht sind. Da es in vielen Fällen nicht möglich ist, für jeden einzelnen einen Schutz zu erwirken, treten Gemeinden oder Gemeindeverbände für die Nutznießer auf. Das bedeutet, dass seitens der Wasserwirtschaftsreferentin die notwendigen Grundlagen und die Fördermittel bereitgestellt werden können. Zuständig für die Planung und die Erlangung der notwendigen Bewilligung zum Bau solcher Anlagen sind bei den betroffenen Gemeinden einzureichen. Diese werden dabei von den Fachabteilungen unterstützt. (*Abg. Ing. Scheuch: Schöne Leseübung!*)

Bei der Glan gibt es aufbauend auf den Gefahrenzonenplan das Gewässerentwicklungskonzept, das die gesamte Glan betrachtet, die notwendigen Planungsarbeiten, die schon im Gange sind. Hier sind wir im betroffenen Siedlungsgebiet, das in diesem Bereich sehr, sehr ausgedehnt ist, nämlich das von Karnburg ausgehend über das Stadtgebiet von Klagenfurt bis hinunter in die Gemeinde Ebenthal reicht. Das heißt, dass einer der größten Siedlungsräume Kärntens hier von Hochwasser bedroht werden könnte. Natürlich hat ein Projekt dieser Größenordnung, das diese Anzahl von Bevölkerung betrifft, hohe Priorität. Wir planen hier bereits ein Projekt, das in der Gesamtkostensumme auf 23 Millionen Euro geschätzt wird. Der Stand ist derzeit so, dass wir wasserrechtliche Bewilligungsverfahren für den ersten Bauabschnitt schon abgeschlossen haben, dass der voraussichtliche Baubeginn bereits im nächsten Jahr sein könnte, so die finan-

Dr. Prettnner

ziellen Mittel vom zuständigen Finanzlandesrat auch zur Verfügung gestellt werden, weil dieses Projekt in dieser besonderen Ausdehnung, in dieser Größenordnung, wo es wirklich um eine hohe Anzahl von Bevölkerung geht, wo es wirklich um Werte in diesem Gebiet geht, natürlich eine Priorität hat und wir dieses Projekt ohne Sonderfinanzierung nicht durchbringen werden. Ich bin aber diesbezüglich mit dem Finanzreferenten auch schon in Gesprächen. Ich hoffe, dass trotz der budgetären Lage, trotz des engen budgetären Korsetts, dem Kärnten derzeit ausgesetzt ist, der zuständige Referent, in diesem Fall der Finanzreferent, eine zusätzliche Förderung ausschüttet, um dieses wichtige Projekt auch Realität werden lassen zu können, sodass wir dieses Hochwasserschutzprojekt für Klagenfurt in drei Jahren ab dem Jahr 2013 umsetzen können, um mehr Sicherheit im Lande Kärnten für die Bürgerinnen und Bürger herbeizuführen. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der freiheitlichen Fraktion eine Zu-

satzfrage? – Das ist nicht der Fall! Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Bitte, Frau Abgeordnete, dann können Sie eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Danke, das war für mich eine ausreichende Beantwortung! (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Das war wie an der Uni, eine richtige Vorlesung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit ist die Fragestunde wegen Zeitablauf beendet. Es gibt heute keine Aktuelle Stunde. Somit können wir zur Tagesordnung schreiten. Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 1 komme, möchte ich noch in Erinnerung rufen und darauf hinweisen, dass das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und Dringlichkeitsanfragen um 12.09 Uhr endet und die Behandlung solcher spätestens um 15.09 Uhr zu erfolgen hat.

Tagesordnung

Hohes Haus! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 8-3/30:

Wahl eines Landesrates und seines Ersatzmitgliedes gemäß Art. 49 Abs. 3 und 5 K-LVG

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Aufgrund des Ausscheidens von Landesrat Mag. Dr. Josef Martinz mit heutigem Tage aus dem Kollegium der Landesregierung wird eine Nachwahl in dieses Gremium erforderlich. Es liegt ein Wahlvorschlag der ÖVP vor, der lautet: Zum Landesrat wird Herr Mag. Achill Rumpold vorgeschlagen und zu seinem Ersatzmitglied Herr Mag. Thomas Goritschnig. Es gilt das Verhältniswahlrecht. Es sind amtliche Stimmzettel und neutrale Kuverts vorbereitet. Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen. Der Vorgeschlagene muss mindestens so viele gültige Stimmen erhal-

ten, als der Wahlvorschlag Unterschriften aufweist. Die Wahlzahl beträgt 4 entgegen anders lautenden Mitteilungen. Nach unserer Geschäftsordnung sind die drei jüngsten Abgeordneten der Klubs zur Mithilfe bei der Wahl bestimmt. Es ist dies für die Freiheitlichen Abgeordneter Peter Zwanziger, für die SPÖ Abgeordneter Günter Leikam und für die ÖVP Herr Klubobmann Stephan Tauschitz, die als Stimmzähler für diesen Wahlakt fungieren. Nun ersuche ich die Stimmzähler ihres Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Ich darf Sie um die Verlesung bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Herr Abgeordneter Anton – entschuldigt; Frau Abgeordnete Arztmann, Herr Abgeordneter Mag. Darmann, Herr Dritter Präsident Dipl.-Ing.

Mag. Weiß

Gallo, Herr Abgeordneter Grebenjak, Herr Abgeordneter Gritsch, Herr Abgeordneter Ing. Haas, Herr Erster Präsident Lobnig, (*Während der Stimmabgabe des Ersten Präsidenten Lobnig übernimmt Dritter Präsident Dipl.-Ing. Gallo den Vorsitz.*) Herr Abgeordneter Mandl, Frau Abgeordnete Rossmann, Herr Abgeordneter Ing. Scheuch, Herr Abgeordneter Stark - ist nicht hier; Herr Abgeordneter Suntinger, Herr Abgeordneter Trettenbrein, Frau Abgeordnete Warmuth, Herr Abgeordneter Zellot – ist nicht da heute; Herr Abgeordneter Zwanziger, Herr Abgeordneter Astner, Frau Abgeordnete Mag. Cernic, Herr Abgeordneter Ing. Ebner, Herr Abgeordneter Köchl, Herr Abgeordneter Leikam, Frau Abgeordnete Obex-Mischitz, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Zweiter Präsident Schober, Herr Abgeordneter Seiser, Herr Abgeordneter Strauß, Herr Abgeordneter Tiefnig; Frau Abgeordnete Adlassnig, Herr Abgeordneter Ing. Hueter, Herr Abgeordneter Poglitsch, Herr Abgeordneter Tauschitz, Herr Abgeordneter Wieser, Frau Abgeordnete Wolf-Schöffmann; Herr Abgeordneter Holub, Frau Abgeordnete Dr. Lesjak.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Der Wahlvorgang ist somit beendet und ich darf die Stimmzähler bitten, das Wahlergebnis zu ermitteln! (*Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne abgegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt. – Der Vorsitzende erhebt sich.*) Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf nun zunächst einmal die Familie Rumpold recht herzlich begrüßen hier im Hohen Hause und natürlich auch die Angehörigen sowie die Freunde, die heute hierher gekommen sind, (*Beifall im Hause.*) weil es natürlich immer wieder für Damen und Herren Abgeordnete, aber auch Landesräte, bei so einem Ereignis ein besonderer Tag ist und auch für die Familie! Also noch einmal ein herzliches Willkommen und viel Freude hier!

Hohes Haus! Ich darf das Wahlergebnis bekanntgeben: Für Herrn Mag. Achill Rumpold wurden bei der Wahl zum Landesrat 33 Stimmen abgegeben, davon 15 ungültige Stimmen und 18 gültige Stimmen. Die Wahlzahl ist 4, damit ist Herr Mag. Achill Rumpold zum Landesrat ge-

wählt. Ich darf ihm recht herzlich gratulieren und ihn bitten, seinen Platz hier im Hause einzunehmen und im Sinne der Kärntner Bevölkerung eine konstruktive Arbeit für die Menschen aufzunehmen! (*Starker Beifall im Hause.*) Für Herrn Mag. Thomas Goritschnig als sein stellvertretendes Mitglied wurden 33 Stimmen abgegeben, davon 16 ungültige Stimmen und 17 gültige Stimmen. Die Wahlzahl ist 4, damit ist Herr Mag. Goritschnig zum stellvertretenden Regierungsmitglied für Landesrat Mag. Achill Rumpold gewählt. Herzliche Gratulation! (*Starker Beifall im Hause.*) Ich darf nun für die Gratulationen und die Glückwünsche die Sitzung kurz unterbrechen. (*KO Abg. Tauschitz überreicht LR Mag. Rumpold und Mag. Goritschnig Geschenke und spricht Glückwünsche aus. Unter Anteilnahme von ORF und Presse erfolgen Gratulationen von allen anwesenden Regierungsmitgliedern und Abgeordneten.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 9-4/30:

Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes gemäß Art. 50 Abs. 1 K-LVG

Hohes Haus! Wir wollen nun die Angelobung des Mitgliedes der Landesregierung und seines Ersatzmitgliedes vornehmen. Diese haben vor dem Landtag das in der Landesverfassung vorgesehene Gelöbnis zu leisten. Ich ersuche Sie, sehr geehrte Damen und Herren, sich von den Sitzen zu erheben! Ich bitte den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen und ersuche das Mitglied der Landesregierung und sein Ersatzmitglied nach Namensaufruf das Gelöbnis zu leisten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Gelöbnisformel lautet:

Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und

Mag. Weiß

meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Ich darf nun das neu gewählte Mitglied der Landesregierung und sein Ersatzmitglied zur Gelöbnisleistung aufrufen.

Herr Mag. Achill Rumpold – Mag. Rumpold: „Ich gelobe!“; Herr Mag. Goritschnig – Mag. Goritschnig: „Ich gelobe!“

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Landesrat Mag. Achill Rumpold und sein Ersatzmitglied sind nun angelobt und er kann die Arbeit nun aufnehmen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Ich wünsche recht viel Glück und besonders auch Erfolg!

Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 5-6/30:**Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates gem. Art. 35 Abs. 1 und 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG)**

Es liegen ordnungsgemäß eingebrachte Wahlvorschläge vor. Ich darf sie Ihnen bekannt geben:

Es sind dies die Personen Thomas Goritschnig und Franz Kogler. Es wird wieder in einem Wahlgang gewählt. Ich bitte wieder, die Stimmzettel in das Kuvert zu legen. Ich bitte die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten zur Stimmabgabe aufzurufen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Frau Abgeordnete Arzmann, Herr Abgeordneter Mag. Darmann, Herr Abgeordneter Grebenjak, Herr Abgeordneter Gritsch, Herr Abgeordneter Ing. Haas, Herr Erster Präsident Lobnig, (*Während der Stimmabgabe des Ersten Präsidenten Lobnig übernimmt Dritter Präsident Dipl.-Ing. Gallo den Vorsitz.*), Herr Abgeordneter Mandl, Frau Abgeordnete Rossmann, Herr Abgeordneter Ing. Scheuch, Herr Abgeordneter Stark - entschuldigt, Herr Abgeordneter Suntinger, Herr Abgeordneter Trettenbrein, Frau Abgeordnete Warmuth, Herr Abgeordneter Zellot - entschuldigt, Herr Abgeordneter Zwanziger; Herr Abgeordneter Astner, Frau Abgeordnete Mag. Cernic,

Herr Abgeordneter Ing. Ebner, Herr Abgeordneter Köchl, Herr Abgeordneter Leikam, Frau Abgeordnete Obex-Mischitz, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Zweiter Präsident Schober, Herr Abgeordneter Seiser, Herr Abgeordneter Strauß, Herr Abgeordneter Tiefnig;

Herr Abgeordneter Wieser, Frau Abgeordnete Wolf-Schöffmann; Herr Abgeordneter Holub, Frau Abgeordnete Dr. Lesjak.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

(*Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne abgegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt.*) Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe Ihnen nun das Wahlergebnis bekannt und bitte um entsprechende Aufmerksamkeit. Es wurden insgesamt 33 Stimmen abgegeben. Für Herrn Bürgermeister Kogler wurden 21 gültige und 12 ungültige Stimmen abgegeben. Die Wahlzahl beträgt wiederum 4, Herr Bürgermeister Franz Kogler ist somit zum Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt. Ich gratuliere ihm im Namen des Hauses sehr herzlich (*Starker Beifall im Hause.*) und unterbreche die Sitzung für einen kurzen Moment, um die Gratulationen abhalten zu können. (*Unterbrechung der Sitzung von 11.50 bis 11.53 Uhr. – Die anwesenden Regierungsmitglieder und Abgeordneten gratulieren unter Anteilnahme von ORF und Presse.*) Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zum Punkt 4 unserer Tagesordnung:

4. Ldtgs.Zl. 174-5/30:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Generationen, Senioren, Arbeitnehmer betreffend barrierefrei in den Kärntner Landtag**

Ich bitte die Frau Berichterstatterin, die Kollegin Wilma Warmuth, um ihren Bericht!

Berichterstatterin Abgeordneter **Warmuth** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag wurde am 24.11.2011 eingebracht, am 17.1.2012 im Sozialausschuss einstimmig be-

Warmuth

geschlossen. Er bezieht sich darauf, dass das Kärntner Landhaus im Sinne der Barrierefreiheit behindertengerecht zu adaptieren ist und die dafür benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Als erstes erteile ich der Frau Kollegin Ines Obex-Mischitz das Wort.

Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Die Kollegin Warmuth hat schon gesagt, es ist am Dienstag ein einstimmiger Beschluss im Ausschuss erfolgt. Barrierefreiheit ist wichtig, es ist ein Zeichen, dass der Landtag barrierefrei umgebaut und adaptiert wird. Wir haben uns daher noch überlegt, dass es vielleicht auch im Sinne der Öffentlichkeitswirksamkeit ganz gut wäre, wenn wir den Rechnungshof dazu einladen oder bitten, dass der Rechnungshof als Organ des Landes die Kosten- und die Durchführungsüberprüfung vornimmt. Ich denke, dies ist ein gutes Zeichen nach außen, dass er da dabei ist, weil, wie wir wissen, in den Medien bald einmal steht, dass die Abgeordneten weiß Gott wieviel Geld brauchen oder die Politik im Land soviel Geld braucht. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen, wenn wir zu dem gemeinsamen Antrag, zu dem einstimmigen Beschluss vielleicht auch unserem Zusatzantrag, den ich hiermit einbringe, bitte, *(Die Rednerin überreicht dem Vorsitzenden den Zusatzantrag.)* einstimmig die Zustimmung erteilen, dass der Rechnungshof die Kontrolle vornimmt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Erste Präsident Josef Lobnig. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Erster Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Es ist für mich als Verwalter des Hauses natürlich ein erfreulicher Tag, wenn ich davon ausgehen kann, dass dem einstimmigen Beschluss im Ausschuss auch ein einstimmiger Beschluss hier im Hohen Hause folgen wird, um einen barrierefreien Landtag zu schaffen, der ja schon seit vielen Jahren in der Diskussion war, wenn es etwa um die behinderten Menschen geht, die hier in dieses Haus wollen, die an der Gestaltung der Politik teilnehmen wollen, an der Demokratie in diesem Hause mitwirken wollen, mithören, an den Entscheidungsprozessen teilnehmen. Erlauben Sie mir, dass ich etwas ausholen darf, weil dieses Haus ja wirklich etwas Bedeutendes ist, nicht nur von seiner Historie her, sondern auch von der Bauarchitektur eines der bedeutendsten, auch geschichtlich bedeutendsten Häuser des Landes Kärnten und insbesondere der Landeshauptstadt Klagenfurt, weil dieses Haus vor vielen Jahrhunderten, wie Sie wissen, in den Jahren von 1574 bis 1594 erbaut wurde in einer 20 Jahre langen Bauzeit, aber man auch wissen muss, dass auch dazwischen schon im Jahre 1581 die erste urkundlich erwähnte Sitzung des Landtages im großen Wappensaal stattgefunden hat. Das ist etwas Bedeutendes, weil man weiß, dass seit diesen Jahrhunderten die wichtigsten politischen und sachlichen Entscheidungen für das Land Kärnten in diesem Hause gefällt wurden. No na nit, dass dieses Haus während dieser Jahrhunderte auch ständig saniert werden musste, sonst hätten wir nicht eine so schöne Bausubstanz vorgefunden. Daher waren Sanierungsmaßnahmen im Innenbereich schon vor vielen Jahren notwendig. Wir haben bereits im Jahre 1994 begonnen, das Landhaus mit den Innenräumlichkeiten zu sanieren, als damals das Landesarchiv von hier weggegangen ist in ein eigenes Haus, eigene Räumlichkeiten bekommen hat und natürlich auch mit der Sanierung des Plenarsaales hier, der sich wirklich in einer schönen Form darstellt, im Jahre 2003 diese Innensanierungen abgeschlossen werden konnten. Denken Sie daran, wir oft wir aufgrund der natürlich immer wieder auftretenden Baumängel im Außenbereich Beschwerden von den Fußgeherinnen haben, von den Damen, wenn sie über die Pflastersteine gehen, Stürze haben, wie natürlich auch die Herren Abgeordneten oder die gesamte Be-

Lobnig

völkerung immer wieder damit konfrontiert wird. Auch Mängel an den Fassaden waren feststellbar, herunterfallende Dachziegel oder Teile von Dachziegeln, die natürlich auch uns, oder Gott sei Dank nicht uns auf den Kopf gefallen sind, aber es hat Verletzte gegeben und natürlich ist es dann immer sehr schwierig und das wollen wir nicht, daher sollen auch diese Maßnahmen gesetzt werden, um solche Vorfälle hintan zu halten, denn es ist eine große Verantwortung, die wir in diesem Bereich wahrnehmen sollten! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Und so haben wir natürlich, wie Sie erkennen konnten, bereits im vorigen Jahr mit großen Sanierungsmaßnahmen begonnen, dass etwa die gesamte Dachsanierung vorgenommen wurde, dass man die Fassaden neu gestaltet hat, mit eingeschlossen natürlich auch die thermische Sanierung des Dachbodens und der gesamten Fenster. Hier hat es natürlich auch ein großes Bauvolumen gegeben, Gesamtkosten von € 1.332.000,- wurden aufgewendet, die budgetär bedeckt werden konnten. Somit danke ich hier von dieser Stelle aus auch dem Finanzreferenten, Landesrat Mag. Harald Dobernig für die Zurverfügungstellung der finanziellen Mittel einerseits, aber ich danke auch den Baufirmen, allen, die hier mitgearbeitet haben, die Hand angelegt haben, die wirklich professionell gearbeitet haben, dass es zu keinen Unfällen gekommen ist, dass der Bauzeitplan eingehalten werden konnte und dass wir aus unserer Sicht diesen Bauabschnitt wirklich sehr günstig fertigstellen konnten. Und so haben wir, natürlich in Blickrichtung Gesamt-sanierungskonzept, eine zweite Bauphase einschieben müssen von insgesamt geplanten drei Bauetappen oder Bauphasen und diese zweite Bauphase ist eben der barrierefreie Landtag mit dem Lifteinbau im Nordtrakt natürlich und einem behindertengerechten Zugang und die Ausstattung insgesamt hier behindertengerecht im Landhaus. Das heißt, die WC-Anlagen, die Rampen und die Räumlichkeiten sollen allesamt so erreicht werden können. Damit aber einhergehend ist natürlich auch die Adaptierung der ehemaligen Hausmeisterräumlichkeiten, die sich oben im 2. Stock befinden, daher waren auch hier von der Kostensituation, von der Kostenschätzung her 1,5 Millionen Euro erforderlich. Das heißt, es ist einmal geplant, dass wir dieses Geld bekommen. Ich ersuche hier – und ich werde ganz sicher nicht auf taube Ohren stoßen – dass uns der Finanzreferent Landesrat Mag. Dobernig diese Mittel auch zur Ver-

fügung stellen wird können, damit wir diesen Bauabschnitt fertigstellen können. Wir haben auch eine europäische Gebäuderichtlinie zu vollziehen, die uns zwar noch Übergangsfristen erlaubt, aber der Einbau von behindertengerechten Zugängen, das heißt, Liftanlagen in solchen Gebäuden, ist vorgeschrieben. Damit kommen wir noch etwas früher dem nach, was uns der Gesetzgeber auferlegt hat. Daher, meine geschätzten Damen und Herren, möchte ich ganz, ganz herzlich für diesen Beschluss danken! Ich möchte schon jetzt vielleicht kurz einen Ausblick für die Maßnahmen im Jahr 2013 nehmen. Ich hoffe, dass es finanziell bedeckt werden kann und dass es möglich sein wird. Wir haben auch die Neugestaltung des Landhaushofes im Plan, weil wir wissen, dass die Infrastruktur, das heißt von der Wasserentsorgung, von der Kanalisation, die Dachwässer, Elektroleitungen und so weiter sich in einem katastrophalen Zustand befinden und die erneuerungsbedürftig sind und daher auch die Oberfläche im Gesamten neu gestaltet werden soll, die Sanierung des Brunnens, die Gestaltung des Bereiches um den Brunnen, damit man auch das mit hineinnimmt, jetzt mitadaptiert und neu gestaltet. Ich glaube, das sind Maßnahmen, die für uns alle, aber auch für die Bevölkerung von enormer Bedeutung sind.

Geschätzte Damen und Herren, ich habe im Hintergrund schon so durchsickern gehört, natürlich auch die eigenen Damen-WCs hier im Hohen Haus. Es wird versucht, dass wir auch dem nachkommen können. Das wird jetzt mit den Architekten geprüft, damit wir planen können und hier die Finanzierung aufstellen werden, damit es für die Damen, für die Frauen eigene Toilettenanlagen und für die Herren eigene Toilettenanlagen gibt. Damit haben wir dann wirklich ein wunderschönes Haus, das auch geschlechtsneutral hier vorkommen wird. (*Beifall von der F-Fraktion.*) In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren, danke ich wirklich heute und jetzt schon für diesen einstimmigen Beschluss! Freuen wir uns auf eine rasche Bauabwicklung. Wir wollen heuer im März, so es das Wetter erlaubt, im März, April beginnen und schauen, dass wir das in einer kurzen Bauzeit abwickeln können, damit der Betrieb hier nicht gestört wird, das heißt, der Ablauf in den Büroräumlichkeiten, aber auch die Gastronomie im Hofe hier jetzt nicht groß unter Umsatzeinbußen

Lobnig

leiden muss. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön! (*Beifall im Hause.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr.ⁱⁿ Barbara Lesjak.

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr über diesen Antrag, dem wir selbstverständlich auch die Zustimmung geben werden. Der Inhalt spricht für sich. Endlich ist es gelungen, hier im Kärntner Landtag barrierefreie Eingänge und Zugänge zu schaffen. Es ist ein sehr schönes symbolisches Zeichen für das Land Kärnten. Menschen mit Behinderungen brauchen nicht nur einen barrierefreien Zugang zur Politik, sondern sie brauchen ein barrierefreies, chancengleiches Leben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erinnern oder in Erinnerung rufen, dass wir Ende 2009 in Kärnten ein Chancengleichheitsgesetz beschlossen haben, das reparaturbedürftig ist, weil dort keine ausreichenden Rechtsansprüche auf die Leistungen festgeschrieben sind. Ich möchte auch erinnern, dass wir in der letzten Zeit dramatische Kürzungen auch im Behindertenbereich hinnehmen mussten. Das ist nicht vertretbar. Ich hoffe mit diesem Ereignis heute, dass wir positiv auf das Chancengleichheitsgesetz zugehen und es auch dementsprechend verändern, weil es soll ja nicht nur das Kärntner Landhaus barrierefrei sein, Barrierefreiheit soll nicht nur für Politiker und Politikerinnen gelten, sondern für alle Menschen im Land Kärnten! Danke schön! (*Abg. Holub: Bravo! – Beifall von Abg. Holub und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zu Wort gemeldet hat sich auch die Frau Kollegin Annemarie Adlassnig. Ich bitte sie ans Pult!

Abgeordnete **Adlassnig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörer! Dieser Antrag zeigt, dass, wenn wir es als Politiker wollen, dann bringen wir über Fraktionsgrenzen hinweg Dinge in Bewegung und schaffen es, für die Menschen Beschlüsse zu fassen, die uns allen etwas bringen. Wichtig ist aber – und das freut mich ganz besonders – dass es mit diesem Antrag ermöglicht wird, dass Menschen mit Behinderung, vor allem die Rollstuhlfahrer, endlich die Möglichkeit haben, die Politik, die Kärntner Landespolitik hier vor Ort persönlich wahrnehmen zu können und sich selber ein Bild darüber zu verschaffen, was hier im Landtag geleistet wird und wie wir uns als Abgeordnete zu den einzelnen Themen zu Wort melden und unsere Wortmeldungen hier darstellen. Was aber noch wichtig ist – und unser Präsident hat ja schon die ganze Historie dargestellt, wie das Landhaus saniert wurde. Es ist schon sehr viel passiert. Aber ich sage ganz offen, als Frau ist es mir ganz besonders wichtig – und es wurde ja auch gesagt, dass es passieren wird – dass bei den Toiletteanlagen hier vor Ort – und das resultiert eben noch aus der Vergangenheit, wo im Landtag vermutlich keine Frauen tätig waren – eine klare Trennung für Damen- und Herrentoiletten nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz vonstatten geht, daher werden wir auch hier dem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Es sind alle eingeladen, die Baufortschritte entsprechend zu beobachten und sich auch einzubringen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Ing. Scheuch, bitte!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt hier zu diesem gemeinsam gefundenen Antrag ein Zusatzantrag der SPÖ vor, dessen Intention wahrscheinlich ist – wenn man ihn liest und für jeden, der ihn mit Sachverstand liest, ist es auch leicht zu erkennen – dass der Rechnungshof

Ing. Scheuch

sozusagen hier diese Tätigkeit mit begleitet. Wir können dem natürlich folgen. Nur dürfte hier ein Druckfehler oder ein Sinnfehler aufgetreten sein. Man schreibt hier: „Im Sinne der gebotenen Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wird die Landesregierung aufgefordert.“ In dem Sinn müssten wir dieses Wort durch „Kärntner Landtag“ ersetzen. Wenn – und ich sehe hier Kopfnicken bei allen Zuständigen – das so gemacht, wird auch der Zusatzantrag meines Erachtens ein sehr vernünftiger sein. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Ing. Rohr meldet sich zur Geschäftsbehandlung.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Danke schön! Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung. Klubobmann Ing. Rohr, bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist natürlich so, dass der Kärntner Landtag dafür verantwortlich ist, dass die entsprechende Begleitung der Rechnungshofkontrolle bei den Baumaßnahmen hier wahrgenommen werden sollte. Bitte den Wortfehler zu entschuldigen und durch „der Kärntner Landtag wird aufgefordert“ zu ersetzen. (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Ausgesprochen? – Ja, danke schön! Damit ist die Generaldebatte geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Warmuth** (F):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Bitte, die Plätze einzunehmen! Wer dieser Spezialdebatte die Zustimmung gibt, den oder die bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt. Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Warmuth** (F):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Barrierefreiheit das Kärntner Landhaus behindertengerecht zu adaptieren und die dafür benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Annahme ist beantragt. Bitte auch hier um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist wieder einstimmig erfolgt. Damit kommen wir zum Zusatzantrag. Herr Landtagsdirektor, darf ich bitten, jetzt den endgültigen, richtigen Text vorzutragen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Zusatzantrag lautet wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Im Sinne gebotener Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wird der Kärntner Landtag weiters aufgefordert, bei der Planung, Ausschreibung und Ausführung der zur Herstellung der Barrierefreiheit des Landhauses notwendigen Bauarbeiten den Landesrechnungshof (als Organ des Landtages) zu ersuchen, die Kosten- als auch die Durchführungsüberprüfung vorzunehmen und dem Kärntner Landtag nach Fertigstellung einen schriftlichen Bericht des Landesrechnungshofes vorzulegen.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sie haben den Zusatzantrag gehört. Wer mit diesem einverstanden ist, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist wieder einstimmig so beschlossen. Damit ist der Punkt 4 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 88-4/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Generationen, Senioren, Arbeitnehmer zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Die Berichterstatterin hat sich bereits eingefunden. Es ist die Frau Kollegin Ines Obex-Mischitz. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Familie, Soziales, Generationen, Senioren, Arbeitnehmer ist die 1. Lesung erfolgt. Damit hat die Frau Berichterstatterin das Wort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Bei dieser Änderung handelt es sich weitgehend um Gesetzesanpassungen an die Grundsatzbestimmungen des Bundes, Änderungen der Bestimmungen über Arbeitskräfteüberlassung, Anpassung an das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz zum Beispiel.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Es liegt mir als erstes die Wortmeldung des Abgeordneten Harald Trettenbrein vor. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Kollege hat es anscheinend eilig, aber ich werde mich kurz halten. Die Kärntner Landarbeitsordnung ist ja eine Never-Ending-Story. In den letzten fünf Jahren haben wir diese Landarbeitsordnung, glaube ich, schon sieben- oder achtmal geändert. So wie mir die Verfassungsabteilung mitgeteilt hat, ist die nächste Änderung schon wieder in Planung und in Ausarbeitung. Das heißt, wir werden uns bald wieder damit beschäftigen. Die Landarbeitsordnung – womit beschäftigt sie sich grundsätzlich? Wer ist Betroffener von der Landarbeitsordnung? Es sind insgesamt nach Auskunft des Präsidenten 5.000 Personen, die hier vertreten werden, hauptsächlich Forstarbeiter, Gärtnerinnen und Gärtner, Lagerhausmitarbeiter und auch die Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer. Die sind hier sozusagen in der Landarbeitsordnung vertreten. Wie die Berichterstatterin berichtet hat, geht es hier hauptsächlich um die Anpassung in bestimmten Bereichen, ganz besonders im Bereich der Diskriminierung und auch im Bereich des Lohndumpings. Ich glaube, das ist als Arbeitnehmervertreter nur zu begrüßen, dass diese Änderung so schnell wie möglich hier Einfluss findet, daher werden wir dem auch zustimmen. *(Abg. Gritsch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Damit liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Die Generaldebatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte, sowie bitte um die ziffernmäßige Abstimmung.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Ich lasse zuerst über das Eingehen in die Spezialdebatte abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen!

Dipl.-Ing. Gallo

– Das ist einstimmig so beschlossen bei Abwesenheit der Grünen. Es ist weiters ziffernmäßiges Aufrufen beantragt. Ich bitte auch hier um ein zustimmendes Handzeichen, wenn Sie mit dem einverstanden sind! – Das ist wieder so einstimmig erfolgt. Jetzt bitte ich, zu berichten! (*Den Vorsitz übernimmt 1. Präsident Lobnig.*)

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Artikel I

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6. (*Vorsitzender: Die Kärntner Landarbeitsordnung.*)

Artikel I

Die Kärntner Landarbeitsordnung 1995, LGBl. Nr. 97, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 64/2011, wird wie folgt geändert.

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme von Artikel I wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so angenommen. Bitte, weiter!

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Artikel II

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme von Artikel II wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Kopf und Eingang!

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Gesetz vom 19.1.2012, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat in Ausführung des Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl. I Nr. 66/2004, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 7/2011, des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetzblatt BGBl. I Nr. 7/2011, sowie des Landarbeitsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 287, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 37/2011, beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme von Kopf und Eingang wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Bitte die 3. Lesung!

Berichterstatterin Abgeordnete **Obex-Mischitz** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landarbeitsordnung 1995 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme der 3. Lesung wurde beantragt. Bitte, wer dem zustimmt, ein Handzeichen! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Geschätzte Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 64-11/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten betreffend Vorteilsnahme durch Landesrätin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner

Lobnig

Berichterstatter ist der Dritte Präsident Dipl.-Ing. Gallo und ich erteile ihm nun das Wort. Bitte zu berichten!

Berichterstatter Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Zuhörer hier und Hörerinnen und Hörer irgendwo an den Bildschirmen! Eine geplante 110-kV-Leitung im Bereich Fürnitz – Villach – Maria Gail schlägt hohe Wellen. Durch Medienberichte ist bekannt geworden, dass die Frau Landesrätin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner einen Bescheid zurückhält, welcher auch Grundstücke betrifft, die in ihrem Eigentum stehen. Sollten sich diese Behauptungen bewahrheiten, würde eine persönliche Befangenheit der Landesrätin im gegenständlichen Amtsgeschäft vorliegen. Darüberhinaus könnte sogar auch Amtsmissbrauch im Sinne des Deliktes der Vorteilsnahme nach § 305 StGB im Spiele sein. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, den Sachverhalt zu prüfen, die Vorwürfe, die gegen die Frau Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettnner erhoben worden sind, genauest zu prüfen und dann zu entscheiden. Ich beantrage die Durchführung der Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte ist somit eröffnet und ich darf als ersten Redner dann Herrn Klubobmann Ing. Rohr das Wort erteilen. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wer selbst mit Skandalen, bis im Hals im Sumpf steckt (*Abg. Ing. Rohr: Wo? Im Hals oder im Sumpf?*) – im Sumpf steckt! – wer selbst bis zum Hals gerade noch den Kopf heraus hat – gerade noch, Herr Kollege Scheuch! – im Sumpf steckt, (*Abg. Ing. Scheuch: Hät ma bei die Umfrägewerte jetzt g'sehgn!*) der versucht natürlich, durch entsprechendes Ablenken und entsprechendes Anschwärzen anderer von seinen eigenen Skandalgeschichten abzulenken. (*Abg. Mag. Darmann: Faymann und Pelinka!*) Meine

sehr geschätzten Damen und Herren, nur soviel auch zum demokratischen Verständnis der Mehrheit, die durch die FPK-/ÖVP-Koalition in diesem Haus repräsentiert wird und natürlich auch im Ausschuss. Im selben Ausschuss, als der Antrag der Kollegin Prettnner in Verhandlung genommen wurde, habe ich beantragt, einen zum gleichen Zeitpunkt eingebrachten Antrag betreffend die Vorteilnahme durch den Landeshauptmann Gerhard Dörfler auf die Tagesordnung zu nehmen, die Berichterstatterwahl vorzunehmen und gleichzeitig auch die materielle Behandlung vorzunehmen. Was hat der Ausschussvorsitzende Darmann gemacht? – (*Abg. Mag. Darmann: Berichterstatterwahl!*) Er hat die Berichterstatterwahl und die materielle Behandlung im Falle des FPK-Antrages Prettnner betreffend, in einem abstimmen lassen, er hat allerdings den SPÖ-Antrag betreffend den Landeshauptmann Dörfler abstimmen lassen und die Berichterstatterwahl wird in einem getrennten Abstimmungsvorgang vorgenommen und dann in der materiellen Behandlung hat es für die materielle Behandlung keine entsprechende Mehrheit (*Abg. Mag. Darmann: Aber nach der Geschäftsordnung! Nach der Geschäftsordnung!*) mehr gegeben. Ich sage nicht, dass es nicht geschäftsordnungskonform ist, Herr Kollege Darmann, aber ich sage, wie hier mit zweierlei Maß bewertet und gemessen wird. (*Abg. Mag. Darmann: Vorsicht!*) Und das ist natürlich, sage ich einmal, der Beweis dafür, dass man einfach versucht, die Dinge, wo man im eigenen Bereich Dreck am Stecken hat, (*Raunen in der F-Fraktion. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) wirklich im wahrsten Sinne des Wortes im eigenen Bereich Dreck am Stecken hat, wegzubiegen mit, ich sage einmal, geschäftsordnungsgemäßen Instrumenten, aber dort, wo es um die politisch anders Gesinnte geht, nehmen wir dann sozusagen das Recht der Mehrheit in Anspruch und fahren halt drüber. Wir sind ja nichts anderes gewohnt, das ist in der Regierung so, das ist im Landtag so. Ich erinnere nur an die entsprechenden Beschlussfassungen KABEG, Kindergartenförderung und, und, und. Und das haben wir halt im konkreten Fall wieder erlebt. Allerdings, und das treibt es ja weiter an die Spitze, in der nächsten Rechts- und Verfassungsausschusssitzung, als der Antrag Prettnner betreffend schon lange im Ausschuss erledigt war, habe ich den Ausschussvorsitzenden schriftlich ersucht, auch den Dörfler betreffenden Antrag erweitert auf die Tagesordnung zu

Ing. Rohr

nehmen und damit die materielle Behandlung zu ermöglichen. Was ist passiert? Natürlich haben mein mündlicher und davor schriftlicher Antrag in der Sitzung nicht gefruchtet, die Mehrheit hat wieder zugeschlagen (*Abg. Mag. Darmann: Schlechter Antrag!*) und hat blockiert und abgelehnt. Und jetzt frage ich Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil jemand Grundbesitzerin ist und eine Stromleitung diesen Grundbesitz auch in einem bestimmten Bereich betrifft, konstruiert ihr eine Befangenheit? (*Abg. Trettenbrein: Wenn sie den Bescheid z'rückhältet!*) Der Bescheid, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist fristgerecht ohne entsprechendes Fristversäumnis ergangen. Der Bescheid ist noch nicht rechtskräftig, weil natürlich entsprechende Einspruchsfristen damit verbunden sind. Da muss ich sagen, ihr versucht da eine Konstruktion zu entwickeln, um der Frau Landesrätin Prettnner das zu unterstellen, wofür der Herr Erste Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch in erster Instanz verurteilt, allerdings noch nicht rechtskräftig verurteilt ist, und da muss ich sagen, also da versucht ihr, die Dinge wohl an den Haaren herbeizuziehen.

Und jetzt zur Causa Dörfler. Es gibt ja entsprechende Briefe „Kärnten baut“ – Magazin für moderne Mobilität, 29. Jänner des Jahres 2007, inzwischen schon ein paar Jahre her, aber da schreibt der Herr Dörfler an Straßenbaufirmen, (*Abg. Astner: Hört, hört!*) unter Beilage der vorherigen Auflage „Kärnten baut“ – Magazin für moderne Mobilität, am Sonntag, dem 25. Februar 2007 soll ein Journal zum dritten Mal in einer Auflage von einer bestimmten Stückzahl der Kärntner Krone und der Kärntner Tageszeitung beigelegt sein. Der Termin ist so gewählt, dass man möglichst viele Leser erreicht und die regionalen Themenschwerpunkte sind natürlich in Zusammenhang mit Bauen, Winterdienst Koralmbahn, Tunnelprojekte, Parkhausbau, Holz- und Brückenbau, Lärmschutzberichte diverser Baustellen, Straßen- und Schienenverkehr, Gewinnspiel – Hauptgewinn ein Ford Fiesta. Wer hat denn den Ford Fiesta finanziert, frage ich einmal, in dieser Straßenbaubroschüre? War das sozusagen Vorteilsnahme durch den zum damaligen Zeitpunkt Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler? Und wenn man dann den Satz weiterliest, ist zwar schön höflich geschrieben: „Wir bitten Sie, als Partner der Kärntner Landesregierung, im Besonderen des Straßen-

baus, um einen Druckkostenbeitrag für dieses Journal in der Höhe von pauschal € 1.000,-- netto, im Gegenzug kommt dann das Firmenlogo und so weiter, und so fort, hinein. Ich bedanke mich schon jetzt für die Unterstützung.“ Und dann ist der Mitarbeiter des Landeshauptmannes auch der Inseratenkeiler für die Straßenbaubroschüre „Kärnten baut“, nämlich der Herr Peter Kuss und dessen Handynummer ist da für entsprechende Rückfragen angeführt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, also da wird ja nachvollziehbar und öffentlich und transparent gemacht, dass eigentlich genau die Firmen die Partner des Landes sind, das heißt, die die Landesaufträge im Straßenbau erhalten, wo Steuergeld der ÖsterreicherInnen und KärntnerInnen zum Einsatz kommt. Diese Firmen werden also dann sozusagen im Wege der „Umwegrentabilität“ zur Selbstbeweihräucherungsbroschüre des Herrn Dörfler herangezogen. (*Abg. Trettenbrein: Und du hast Inserate geschaltet!*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich sage euch eines: Wenn ihr das ernst meint mit entsprechenden Anträgen im Landtag, dann hättet ihr zumindest der Anständigkeit halber jedenfalls auch diesem Antrag, sowohl was die Berichterstattungswahl, als auch was die materielle Behandlung hier im Hohen Haus betrifft, eure Zustimmung erteilt. Aber ich weiß schon, das hört ihr natürlich nicht gerne. Der Herr Dörfler hat mir ja am 27. Jänner des Jahres 2010, als ich ihm gesagt habe, er gibt Bestellscheine an die Kärntner Firmen, an die Kärntner Bauwirtschaft, die öffentliche Aufträge haben, auf – das ist ein Prinzip, das dort schon über Jahre funktioniert – da hat er mir angedroht, wenn ich diese böse Behauptung nicht binnen zwei Tagen zurücknehme, dann wird er mich gemeinsam mit allen Baufirmen, die in Kärnten öffentliche Aufträge bekommen, klagen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich warte heute noch (*Abg. Grebenjak: Wer ma eh in der Zeitung les'n! Wie däs letzte Mål!*) auf die Klage. Ich habe dieses Ultimatum verstreichen lassen in der Hoffnung, dass die Klage kommen wird. Nur, die Klage ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeblieben. Daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird natürlich dieser Versuch, die Frau Landesrätin Prettnner anzuschwärzen und anzupatzen von uns nicht mitgetragen und selbstverständlich unsere Zustimmung nicht bekommen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Holub.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte zwei Zuhörer auf der Tribüne! Liebe Menschen an den Empfängern zu Hause! Sollte der Ton oder das Bild nicht gehen, bitte uns das wissen zu lassen! Vorteilsnahme Beate Prettner – Im Antragstext ist zu lesen, „die Landesregierung solle feststellen, ob hier eine Vorteilsnahme besteht.“ Ein kleiner Hinweis dazu: Der Landesregierung obliegt es nicht, strafrechtliche Tatbestände festzustellen. Hier war es wieder einmal das Sammelsurium der Gewaltenteilung, wo wir uns nicht auskennen. Das soll das Gericht feststellen und wenn da irgendjemand Bedenken hat, soll er das bitte mit einer Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft machen, dann hätten wir es wieder so aufgedröselst, wie es sich gehört. Sollte das wirklich der Fall sein, ich weiß nicht, kann ich mir fast nicht vorstellen von der Beate Prettner, aber wenn sie jetzt zu den Umweltaktivisten wechseln will, wir hätten noch einige Möglichkeiten. Das Gasdampfkraftwerk zum Beispiel, da könnten wir dann vielleicht Bescheide zurückhalten oder auch bei der Tauerngas-Leitung, die uns wieder ins Haus droht. Hier könnten wir gemeinsam das Gebiet besetzen, also „Occupy“ mit Beate Prettner. Ich bin gern dazu bereit, sobald sich mein Schnupfen gelegt hat. Aber wie gesagt, Vorteilsnahme – ich habe jetzt so eine schöne Broschüre von den Landtagspräsidenten von Österreich „Mit Transparenz gegen Korruption“. Also Österreich kriegt ein Triple Z bei Transparenz und Parteienfinanzierung – „Zumutung, Zumutung, Zumutung“. Wir haben hier beinahe die höchste Parteienfinanzierung der Welt pro Kopf, auch wenn nichts drin ist und wir haben die geringste Transparenz. Das heißt, niemand außer dem Portier muss uns beim Nationalrat etwas ins Ohr flüstern und wenn wir nicht gemeinsam dagegen arbeiten werden, werden wir auf keinen grünen Zweig kommen. Ich denke mir, in Kärnten haben wir genug Sümpfe trocken zu legen, da sind alle Parteien dabei. Es wird immer gesagt, Korruption ist das, was der andere macht. Das ist nicht so. Wir haben einige, die sich schon daran

gewöhnt haben, dass bei allen Geschäften alle mitkassieren. In Silizien heißt das „pitto“ und ich werde natürlich einige Sachen in den nächsten Monaten ansprechen und ich freue mich schon darauf, wenn ich die ganzen Wirtschaftsförderungen mit den Connect-Rechnungen vergleiche. Bis zum nächsten Mal! Danke schön! *(Beifall von Abg. Dr. Lesjak.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Tauschitz und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch zu Hause vor den Bildschirmen der Internetgeräte! Es geht hier offensichtlich um eine Diskussion, ob oder ob nicht eine Landesrätin etwas richtig oder falsch gemacht hat. Die Klärung dieses Sachverhaltes ist auch juristisch nicht so einfach. Wer kann das Ganze machen? Es gibt hier einen Antrag, es möge die Landesregierung doch Prüfungsschritte einleiten. Es gibt eine ganz klare Regel: Prüfen kann man immer. Denn erstens, derjenige, der die Prüfungsgeschichte verlangt, kann dann wissen, ob er es tatsächlich hat und derjenige, der beschuldigt wird, kann im Zuge so einer Prüfung auch beweisen, dass er es nicht ist. Im Zuge dessen habe ich auch überhaupt kein Problem mit diesem Antrag, wenngleich ich dem Rolf Holub schon recht gebe, man könnte so etwas von den Gerichten prüfen lassen. Nur, wo ich dem Rolf Holub nicht recht gebe, ist, dass man alles zu den Gerichten bringen muss, weil wenn sich der Reinhart Rohr da herausstellt und sagt, ich warte auf eine Klage, wo er vor 14 Tagen gerade eine verloren hat, *(Abg. Ing. Scheuch: Vor drei Wochen auch schon!)* wie auch immer. Wenn ich mir anschau, wie viele Klagen es von Politikern gibt, nur um das als Inszenierungsinstrument der medialen Darstellung zu verwenden, dann muss ich euch ehrlich gesagt eines sagen, da sollten wir schon überlegen, ob wir dieses Instrument brauchen, dass Politiker Politiker klagen, weil sie gegenseitig glauben, irgendetwas nicht abstellen zu können. Ich war selbst als junger Abgeordneter mit 25

Tauschitz

Jahren in diesem Haus, da bin ich ausgeliefert worden, weil ich es gewagt habe, am Sockel des großen Herrn Landeshauptmannes Haider zu kratzen. Ich weiß, was das kostet, was das an Mühsal mit sich bringt et cetera. Ich bin geklagt worden von der SPÖ, von der FPÖ, von allen. Ich habe selber nie, nie jemanden geklagt. Ich werde das auch nicht tun, weil ich dieses Instrument für nicht richtig halte. Für solche politischen Dinge, wo man zum Beispiel klären muss, ob eine Energiereferentin eine Leitung, die über ihr Grundstück geht, beeinflusst oder nicht, brauchen wir auch Instrumente abseits der Gerichte, wo wir das klären können. Da bin ich dafür. Ich weiß nicht, ob wir die Gerichte mit solchen Dingen zumüllen sollten.

Und noch etwas, das möchte ich auch noch der Notwendigkeit halber erwähnen: Ich finde es bemerkenswert, wenn der Rolf Holub versucht, seine Aufdeckertätigkeit zu machen und in Wahrheit ist es eine Anschüttertätigkeit. In vielen Bereichen wird es vielleicht eine Aufdeckertätigkeit sein. Beim Hypo-U-Ausschuss ist die Bilanz nicht so rosig, wie du glaubst. (*Einwand von Abg. Holub.*) Warte den Prozess einmal ab, dann schauen wir da weiter. Wenn du aber zum Rednerpult hergehst und sagst, ach, wenn die liebe Beate Prettner auf die Umweltseite wechseln würde, da hätten wir einiges zu tun. Da könnten wir ein paar Bescheide beim GDK hintanhaltend. Ich bin ein Gegner vom GDK und würde mich freuen, wenn ein Bescheid nicht kommen würde. Nur eines ist klar, Rolf: Das ist Amtsmissbrauch! Das, was du da sagst, ist Anstiftung zu Amtsmissbrauch! Natürlich kann ich dir das nicht und werde ich dir das nicht zum Vorwurf machen. Nur, wir müssen schon aufpassen, wie wir hier sprechen. Wenn du auf der einen Seite den großen Saubermann gibst, dann kannst du jetzt nicht hergehen und da gaudihalber der Beate Prettner sagen, sie soll eine Anstiftung zum Amtsmissbrauch begehen, weil es dir gerade in den Kram passt oder in dem Fall mir auch beim GDK. Da gibt es Regeln, da gibt es Linien, da gibt es Werte, die übertreten wir nicht. Insofern werden wir dem Antrag natürlich die Zustimmung geben. Soll es geprüft werden, es komme heraus, was herauskommen soll. Ich bin in der Sache nicht eingearbeitet. Das ist in dem Fall eine Sache der Beate Prettner und derer, die von der Sache wissen. Nur, passen wir bitte auf, dass wir die Trennlinie zwischen poli-

tischer Argumentation, zwischen medialer Darstellung und Verstärkung von politischen Argumenten und Missbrauch des Rechtsstaates, indem man sinnloserweise die Gerichte einschaltet, dass wir diese Grenze sauber halten und dass wir die nicht überziehen. Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Darmann. Ich erteile dir das Wort! Bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseher auf der Galerie und zu Hause im Internet! Klar ist, in der gegenständlichen Debatte ist es seit Ende des letzten Jahres notwendig, nämlich konkret seit Beginn Dezember 2011, uns hier im Kärntner Landtag mit der Thematik der Vorwürfe gegen die Umwelt- und Energiereferentin aus dem Hause der SPÖ, Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettner, auseinanderzusetzen. Das aus dem Grund zu allererst auch an die Adresse von Herrn Klubobmann Rohr, der das nicht verstanden hat, dass wir diesen Schritt mit unserem Antrag auf Überprüfung der Tätigkeiten der Landesrätin Prettner gesetzt haben aufgrund der Notwendigkeit, da wir auch ein Kontrollrecht gegenüber der Landesregierung haben, gegenüber den Landesregierungsmitgliedern hier im Kärntner Landtag, einen Auftrag, den wir wahrzunehmen haben. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir werden im Gegensatz zur SPÖ nicht unsere Augen verschließen und dieser Kontrolle entsagen. (*Zwischenruf von Abg. Astner.*) Denn wir von den Freiheitlichen haben hier ganz klar gesehen, dass es einen Verdacht gibt, einen Verdacht der Befangenheit und des Gesetzesbruchs der SPÖ-Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettner, einen Verdacht, den es zu überprüfen gilt, geschätzte Damen und Herren! Zu allererst, wie ich meine Rede vorbereitet und mir zu diesem Tagesordnungspunkt Gedanken gemacht habe, wollte ich diesen Punkt auch sehr unaufgeregt diskutieren, da es auch sehr unaufgeregt zu diskutieren geht, denn es liegen Fakten auf dem Tisch, die es ganz einfach zu überprüfen gilt. Wenn hier der Herr Klubobmann Rohr versucht,

Mag. Darmann

künstlich Stimmung zu machen und künstliche Skandalisierungsversuche in unsere Richtung loslässt, um abzulenken von klaren, auf dem Tisch liegenden Vorwürfen und einer Faktenlage, die nicht unbedingt für die Landesrätin aus dem Hause der SPÖ spricht, dann ist das seine Sache. Tatsache ist, dass sich die Landesregierung, aber vor allem wir im Kärntner Landtag uns sehr wichtig nehmen, was die Kontrolle der Landesregierung betrifft. Von diesem Weg lassen wir uns sicherlich nicht abbringen, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der F-Fraktion. – Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*)

Geschätzte Damen und Herren! Tatsache ist nämlich – und ich möchte diese Punkte jetzt nach und nach aufführen, um die in Erinnerung zu rufen, auch den Kollegen aus den Reihen der SPÖ, die, wie wir alle wissen, nicht unbedingt zu allem stehen, was ihr eigener Klubobmann immer wieder so von sich gibt, deswegen noch einmal eine Zusammenfassung für euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus der SPÖ, aber auch für die Damen und Herren zu Hause und auf der Galerie. Tatsache ist, dass es eine fragwürdige Rolle der Landesrätin in dem Zusammenhang mit dem vorhin zitierten Bescheid um eine 110-KV-Leitung im Raum Villach gibt. Tatsache ist, dass die Energierreferentin Dr.ⁱⁿ Prettnner den ordnungsgemäß zustande gekommenen Bescheid verhindert hat, einen Bescheid, der durch hohe Fachbeamte des Landes Kärnten entsprechend ausgefertigt wurde und sie die Inkraftsetzung des Bescheides kraft ihres Amtes hinausgezögert und verhindert hat. Ein Faktum, das sich nicht leugnen lässt, geschätzte Damen und Herren! Fakt ist, dass die SPÖ-Landesrätin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner vom von ihr verhinderten Bescheid persönlich mit einem eigenen Grundstück im Raum Villach betroffen ist bzw. wäre, ein Faktum, das sich auch nicht von der SPÖ verleugnen lässt. (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) Geschätzte Damen und Herren, Fakt ist, dass die SPÖ-Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettnner ihre persönliche Befangenheit in dieser Angelegenheit sofort hätte melden müssen (*Abg. Ing. Scheuch: Pfui!*) und dies nicht getan hat! (*Abg. Ing. Scheuch: Pfui! – Beifall von der F-Fraktion.*) Das ist auch in euren eigenen SPÖ-Reihen bekannt und daran lässt sich nicht rütteln, geschätzte Damen und Herren! Fakt ist, dass die SPÖ-Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettnner selbst

die Öffentlichkeit via Medien informiert hat, ich zitiere: „dem Bescheid keine Zustimmung zu geben.“ Das waren ihre eigenen Worte, nicht von irgendwem politisch motiviert unterstellt, sondern ihre eigenen Worte, wie sie in die Öffentlichkeit gegangen sind! Geschätzte Damen und Herren, auch das ist nicht zu leugnen, denn sie selbst hat das ja auch bereits zugegeben, diesen Weg in die Medien beschritten zu haben, diesen Schritt gesetzt zu haben. Fakt ist auch des weiteren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren zu Hause und auf der Galerie, die SPÖ-Landesrätin Dr.ⁱⁿ Prettnner hat in der letzten Landtagssitzung, wo wir diese Thematik ganz ruhig und sachlich hier erörtern wollten in Ausübung unseres Kontrollrechtes im Kärntner Landtag, jegliche Beantwortung einer Frage der Abgeordneten dieses Hohen Hauses verweigert! Aus welchem Grund denn? Hat sie ein schlechtes Gewissen gehabt? Hat sie nicht Bescheid gewusst in der Materie? Das ist die Frage, die wir uns in weiterer Folge oder auch die Landesregierung nach Abstimmung über diesen heutigen Antrag, den wir jetzt diskutieren, auch zu stellen haben. Denn Fakt ist des weiteren, so komme ich schon langsam dem Ende entgegen, dass die SPÖ in Person ihres Klubobmannes Ing. Rohr im Ausschuss, im Rechts- und Verfassungsausschuss des Kärntner Landtages, der sich im Vorfeld dieser heutigen Sitzung mit dieser Thematik beschäftigt hat, gegen eine Überprüfung der Vorwürfe betreffend Landesrätin Beate Prettnner gestimmt hat, sich geweigert hat, seine Kontrollrechte entsprechend auszuüben, die normalerweise die Verfassung des Landes Kärnten auferlegen, wenn es hier schon darum geht, Kontrolle als Landtagsabgeordnete hier in Kärnten gegenüber der Landesregierung auszuüben. SPÖ-Klubobmann Ing. Reinhart Rohr hat diese Kontrolle verweigert! Das ist ein Faktum, das zur Kenntnis zu nehmen ist und tief blicken lässt! Denn, geschätzte Damen und Herren, im selbigen Ausschuss – und jetzt komme ich zu den Vorwürfen, die Herr Ing. Rohr vorhin in seiner Wortmeldung hier versucht hat, zum Besten zu geben – hat Kollege Rohr tatsächlich gedacht, er wird mit einem billigen Ablenkungsmanöver im Zuge der Ausschusssitzung von den erheblichen Vorwürfen gegen die Landesrätin Prettnner ablenken können, indem er – und das ist noch einmal die Betonung, der hat das vorher so salopp am Rande erwähnt – eine anonyme Anzeige aus dem Jahr

Mag. Darmann

2007 zitiert hat, ich betone, aus dem Jahre 2007 gegen den damaligen Verkehrsreferenten und Straßenbaureferenten Dörfler, (*Abg. Ing. Scheuch: Ein bisschen spät!*) dass hier Vorwürfe im Raum stehen würden? Er hat es erneut hier und heute bekräftigt – und das wird ja beim Protokoll nachzulesen sein – dass er gesagt hat, wir, die aktuell mit unserem Landeshauptmann Gerhard Dörfler Dreck am Stecken in dieser vorgehaltenen anonymen Anzeige haben, würden die Kollegin Prettnner angreifen und beschmutzen. Tatsache ist, und das ist jetzt das Wichtigste in dieser ganzen Angelegenheit, dass diese von ihm aus dem Jahre 2007 aus dem Ärmel gezauberte anonyme Anzeige von der Staatsanwaltschaft behandelt wurde und die Ermittlungen eingestellt wurden! (*Abg. Ing. Scheuch: Aha! Ach so!*) Das im Jahre 2007, geschätzte Damen und Herren! Das, um der Wahrheit hier auch ans Licht zu helfen und auch die Bevölkerung zu informieren, was hier wieder einmal mit künstlicher Skandalisierung von Seiten des SPÖ-Klubs passiert, geschätzte Damen und Herren! Schlecht recherchiert, eingefahren, wie es im Buche steht, geschätzte Damen und Herren! (*Abg. Astner: Wo denn? Wo denn! Das stimmt ja nicht! – Vorsitzender: Herr Abgeordneter Astner, bitte keine unqualifizierten Zwischenrufe, bitte! Ich schaue schon lange zu!*) Danke, Herr Präsident, aber das hätte mich auch nicht aus der Rede herausgebracht. Das kann er ruhig tun. Aber natürlich haben Sie das letzte Wort, Herr Präsident, und es ist natürlich dementsprechend zu handeln.

Klar ist auch, im zuständigen Rechts- und Verfassungsausschuss hat es schlussendlich, sonst würden wir ja nicht heute hier stehen und diese Thematik diskutieren, eine Zustimmung von Seiten der Freiheitlichen und auch der ÖVP gegeben, die wir ganz klar erkannt haben. In einem ersten Schritt soll die Landesregierung einmal selbst die Vorwürfe gegen ein Landesregierungsmitglied aufdecken, einmal genau in den entsprechenden Regierungssitzungen nachfragen, recherchieren, was hier geschehen ist, um auch dann damit die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. Denn es wird für uns alle sehr interessant sein, was bei dieser Recherche in einem ersten Schritt herauskommt, welche weiteren Schritte dann in Richtung Staatsanwaltschaft zu setzen sind bzw. diese ja selbst aktiv werden sollte, wenn hier entsprechende Ergebnisse zutage kommen, die das für notwendig

befinden lassen. Dann wird es diese Schritte auch geben, ganz klar, aber das wissen Sie alle selbst am besten. Denn die Aufgeregtheit in der letzten Landtagssitzung, wie dieses Thema das erste Mal aufgekommen ist, welche Versäumnisse oder welche Befugnisüberschreitungen hier von Seiten der Landesrätin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner gesetzt worden sind im Klub der SPÖ, hat ja ganz eindeutig gezeigt, welche Problemstellung auch von Ihnen selbst in diesem Zusammenhang erkannt worden ist. Diese Aufgeregtheit wäre ja nicht gegeben gewesen, wenn Sie nicht ganz genau wüssten, dass Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner hier entgegen dem Gesetzeswortlaut gehandelt hat. (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*)

Meine Damen und Herren! Um einen schon geschehenen Imageschaden und auch mögliche Schadensersatzforderungen (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) gegen das Land Kärnten in diesem Zusammenhang auch zurückzudrängen oder zu reduzieren, ist es notwendig, hier von unserer Seite auch Schritte zu setzen und ganz klar zu zeigen, dass wir uns ein solches Vorgehen in Ausübung des Amtes in der Landesregierung natürlich nicht gefallen lassen, auch nicht als Kärntner Landtag. Ich darf schließend Dr.ⁱⁿ Prettnner mit auf den beruflichen Weg geben, geschätzte Damen und Herren, (*Zwischenruf von Abg. Ing. Rohr.*) im Hinblick darauf, wie heute mehrfach geschehen, nicht von notwendiger Moral in der Politik zu reden, wenn sie selbst alles andere als moralisch hier in dieser Causa gehandelt hat. Und gesamt an die Adresse der SPÖ: Mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und selbst Moral zu Grabe zu tragen, ist wohl auf das Tiefste verwerflich! Geben Sie sich einen Ruck, geschätzte Damen und Herren, es geht heute um nichts anderes bei diesem Antrag, als eine Kontrolle eines im Raum stehenden Vorwurfes zu ermöglichen. Diese Kontrolle wird wohl hoffentlich eine einstimmige Zustimmung erfahren. Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes ist Herr Abgeordneter Köchl gemeldet. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Köchel** (SPÖ):

(*Abg. Suntinger: Denk an Liebenfels!*) Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Die SPÖ hat den Antrag eingebracht, Vorteilsnahme Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Geschrieben haben wir das am 15. Dezember. Die Freiheitlichen haben eine Anfrage eingebracht, geschrieben am 16. Dezember. Wie es demokratiepolitisch so üblich ist in diesem Haus, wird der Antrag dann um 09.15 Uhr von den Freiheitlichen gemacht und der von den Sozialdemokraten halt um 12.06 Uhr, sodass es so aussieht, dass wir dem hintennach sind. Das entspricht nicht unserem, das entspricht nur eurem Demokratieverständnis. Davon bin ich felsenfest überzeugt, denn das hat mir der Vorsitzende des Ausschusses, der Darmann, (*Abg. Trettenbrein: Der Herr Darmann! Soviel Zeit muss sein!*) ganz deutlich gezeigt: Wenn zwei gleiche Anträge gleich lauten, nur mit zwei verschiedenen Personen, geschätzte Damen und Herren, eingebracht werden, dann ist das doch das Undemokratischste, was es überhaupt gibt! (*Abg. Mag. Darmann: Die Staatsanwaltschaft hat das schon eingestellt! Das ist fünf Jahre her!*) Schau, ich sage dir das noch einmal. Das ist undemokratisch, ganz egal, wie du das siehst, ob das eingestellt ist oder nicht. Der Kollege Tauschitz hat es gesagt. Selbstverständlich ist alles zu überprüfen. Das geht in dem Hohen Haus nicht. Wenn wir Sozialdemokraten etwas einbringen wollen, können wir das nicht prüfen, weil ihr ganz einfach taktische Sachen anwendet, um das zu verhindern! Ihr seid undemokratisch, ihr seid unfair und in dieser Beziehung würde ich sagen, seid ihr ganz einfach eine Fraktion, die letztendlich in dieser Richtung nicht passt. Und wenn der Herr Landeshauptmann beim Jahresempfang öffentlich erklärt, dass Parteisekretäre in den Medien nicht so über sich selbst und über die anderen Parteien herziehen sollten, ruhig arbeiten sollten, denn diese Auseinandersetzungen und diese gegenseitigen Anschuldigungen in den Medien schaden dem Image dieses Landes, schaden der Politik und er selbst hat sich Besserung gelobt, er hat gesagt, er wird sich bessern, er wird eine andere Politik machen, ja wo ist denn der Herr Landeshauptmann? Wo ist denn der große „Macher“ von Kärnten, dass er hier seiner Fraktion und seinen Gesinnungsfreunden Einhalt gebietet, dass so etwas nicht vorkommt, dass demokratische Verhältnisse hier herrschen, dass hier genau

gleiche Dinge vorkommen sollten, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) dass man hergehen und sagen kann, wenn zwei gleiche Anträge eingebracht werden, dann sind sie auch gleich zu behandeln. Wo ist denn das jetzt, sind die guten Vorsätze schon wieder vorbei? Von eurer Partei ist das zur Perfektion gemacht worden: Anpatzen, denunzieren, verklagen, verspotten. Das habe ich heute schon wieder gemerkt – wenn die Frau Landesrätin Beate Prettner redet, dann wird gelacht, wird höhnisch geredet, (*Abg. Mag. Darmann: Das ist eine Unterstellung!*) weil sie wahrscheinlich halt eine Frau ist und ihr gestörte Verhältnisse zu Politikerinnen habt, ich weiß es nicht, um was es euch geht. Ihr macht 2012 das munter weiter, genau das, was der Herr Landeshauptmann sagt, was für Kärnten nicht sein sollte! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und ihr fordert von der politischen Referentin, von der Beate Prettner, dass sie bei dieser Sache politische Konsequenzen zieht. Ihr fordert das allen Ernstes, ihr fordert aber nicht, vor allem der Landeshauptmann fordert das nicht, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Wir fordern eine Überprüfung!* – *Abg. Mag. Darmann: Lies einmal den Antragstext!*) dass der Jugendreferent und der Wirtschaftsreferent Uwe Scheuch, der angeklagt ist – wenn auch noch nicht rechtskräftig – dass er zurücktritt. Das fordert ihr nicht, aber ihr fordert bei so einer Elektroleitung, wo sie hergeht und sagt, ich habe da 2.000, 3.000 Meter Grund, ich möchte mein Ding geschützt wissen, ich will da keine Stromleitung drüber, das ist ihr gutes Recht, ich möchte auch keine Stromleitung – die KELAG hat die Möglichkeit, das durchzusetzen, dafür gibt es gesetzliche Richtlinien, die sollen sie ausschöpfen und die Beate Prettner hat das Recht, das so zu machen, wie sie es macht – aber ihr fordert da den Rücktritt und Konsequenzen. Wo sind denn eure Konsequenzen beim Uwe Scheuch? Wo sind denn die? Was ist denn damit der Wirtschaft Kärntens, dass wir dann letztendlich da stehen? (*Abg. Mag. Darmann: Du redest ja von ganz was anderem! Lies den Antragstext! Wir fordern ja nur eine Überprüfung und nichts anderes!*) Ja, ihr fordert, das zu überprüfen, aber die eigenen Sachen lasst ihr nicht überprüfen! Das ist ja schlimm, das ist ja einfach schlimm! (*Abg. Mag. Darmann: Das ist ja schon niedergelegt!* – *Abg. Zwanziger: Das ist von der Staatsanwaltschaft schon niedergelegt!*) Und ich glaube auch, dass sich ein Macher wie der Herr Landeshauptmann Gedanken machen sollte hier

Köchel

in diesem Land, was die schlechten Wirtschaftsdaten betrifft, anstatt sich mit dem zu befassen, was die Beate Prettner bei der KELAG zu tun hat, dass die höchste Verschuldung Kärntens da ist mit 2,56 Milliarden. Eine grausliche Quote, muss ich schon sagen, haben wir, was die Arbeitslosen betrifft und deshalb glaube ich, dass es endlich an der Zeit ist, dass ihr den Weg freimacht. Ihr habt euch in etwas hineinmanövriert in diesem Land, wo man jetzt letztendlich auch beim Rücktritt von der Hypo, vom Landesrat Martinz sieht, das hat lang gebrodelt, wir haben lange darüber geredet. Der Verputz, der bröckelt. Martinz hat die Konsequenzen gezogen, sodass es für seine Familie und für die Politik in Kärnten letztendlich nicht schädlich ist. Das war sehr gut so, sicherlich auf Druck der ÖVP in Wien, davon bin ich auch felsenfest überzeugt. Und ich glaube, dass das auch für den Uwe Scheuch gelten muss. Ich glaube, dass das ein wirtschaftlicher Schaden für Kärnten ist, für alle Kärntnerinnen und Kärntner und da müsste der Herr Landeshauptmann hergehen und ein Machtwort sprechen und sagen, dass die Gesinnungsfreunde hier zur Vernunft kommen. Und wie schaut denn das letztendlich aus, geschätzte Damen und Herren hier im Hohen Haus? Wie schaut das aus? Wie werdet ihr damit umgehen, wenn es zur Connect-Affäre kommt, wenn die Staatsanwaltschaft näher ermitteln wird? Wenn es jetzt bei diesem Parteiball – was ja für mich überhaupt das Größte ist, dass man in einer Zeit wie dieser einen Parteiball zu einem Landesball erklärt, das mit zigtausenden Euro sponsert und letztendlich sagt, das ist jetzt unsere Geschichte, wir machen das ganz einfach. Das ist einfach beschämend und ich hoffe, dass die Medien darüber sehr berichten werden. Es ist eh schon teuer genug, dass es bei uns in Kärnten nicht einen Landeshauptmann gibt, sondern drei Landeshauptleute, weil drei Mal Empfänge in Kärnten stattfinden. Einmal beim Oberkärntner Landeshauptmann, einmal beim Unterkärntner Landeshauptmann und dann gibt es noch einen Empfang vom Herrn Landeshauptmann Dörfler, (*Abg. Zwanziger: Von euch kommt ja keiner! Kommt ja keiner hin!*) der letztendlich, würde ich sagen, bei diesem Empfang ganz einfach sonst nichts sagen kann, als dass politische Moral eingefordert gehört und er bringt diese politische Moral in den eigenen Reihen nicht durch. Das, glaube ich, ist der eigentliche Skandal! Ich glaube, dass hier Rückgrat und Anstand zu fordern sind, dass das

Ansehen der Kärntner Politik letztendlich hier am Ding steht und ich frage mich schon, wie ihr damit umgehen werdet und wie der Herr Landeshauptmann damit umgehen wird. Wie wird die Verantwortung, wie wurden und werden unzählige Vergabeverfahren des Landes Kärnten abgewickelt? Das frage ich mich! Wie können Sie ausschließen – das frage ich jetzt den Herrn Landeshauptmann – dass nicht auch bei anderen Projekten, auch ohne Ihr Wissen, Zahlungen an die FPK als „Part of the Game“ geleistet worden sind? Das sind die Fragen, die wir heute stellen müssen, die wichtig sind in Zukunft. Was erwartet uns hier noch alles, hier gehört alles auf den Tisch. Warten Sie nicht immer, meine Herren, bis der Staatsanwalt alles beweisen kann, sondern geht in die Offensive, sagt, was nicht passt und macht dieses Land frei für Neuwahlen, es wäre wichtig für die Kärntnerinnen und Kärntner! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich schon festhalten, Herr Abgeordneter Köchel, Sie haben eingangs in Ihrer Wortmeldung erwähnt, die zeitliche Abfolge der Antragseinbringung 9.15 Uhr und der gleiche Antrag von Ihnen 12.00 Uhr. Das hat seine Richtigkeit. Oder wollen Sie wirklich in Zweifel ziehen, dass der Präsident, der vorsitzführende Präsident bei der Uhrzeit manipuliert? Dies gehört bitte hier nicht ins Haus! Wenn ein Antrag um 9.00 Uhr eingebracht wird, so findet sich diese Uhrzeit und wenn Sie später dran sind, dann wird auch diese Uhrzeit vermerkt, wann Sie abgegeben haben. Nur zur Klarmachung, zu Ihrem Verständnis bitte! Als nächster Redner hat sich Zweiter Präsident Schober gemeldet und ich erteile dir das Wort. Bitte!

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

(*Abg. Suntiner: I hoff, dass der mehr woafß!*) Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt gar nicht auf die Taktik, die jetzt vom Herrn Präsidenten erwähnt wurde, aber auch schon früher zur Sprache gekommen ist, eingehen, ob im Ausschuss hin oder her, wie auch immer das war. Was ich verwerflich finde, das ist die ungleiche Behandlung und da möchte

Schober

ich schon einmal die FPK-Funktionärinnen und -Funktionäre ansprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FPK-Fraktion, ihr habt einen Antrag eingebracht, wo der Frau Landesrätin eine Vorteilsnahme und ein Amtsmissbrauch vorgeworfen wird, zumindest zur Überprüfung. Heute hat der Herr Klubobmann Darmann gesagt, na ja, zumindest die Fragwürdigkeit muss einmal überprüft werden. Das heißt, ein Faktum ist es ja ohnedies nicht, ein dünnes Argument, wie ich sage. Jetzt bin ich doch einer, der schon ziemlich lang in diesem Haus sitzt, aber das ist genau die Strategie der FPK-Funktionärinnen und -Funktionäre, früher war es das BZÖ, wie auch immer ihr geheißt habt, es war immer so. Beispiele gibt es genug. Immer dann, wenn bei euch selbst der Hut brennt, dann versteht ihr es, an der anderen Ecke ein neues Feuer zu entzünden, um alles dorthin abzulenken. Das ist eure Strategie, da geht ihr über Menschen hinweg, das ist euch völlig wurscht! (*Abg. Süntinger: Na, stimmt nit!*) Da geht ihr auch über die persönlichen Verhältnisse der Menschen hinweg, das interessiert euch auch nicht. Ich weiß, wovon ich spreche, lieber Kollege Süntinger, ich weiß, wovon ich spreche! Du hast es wahrscheinlich nicht miterlebt, ich bin aber gerne bereit, mit dir in dieser Causa ein Gespräch zu führen. (*Abg. Süntinger: Undenkbar!*) Ich behaupte einmal, während sich die Frau Landesrätin genau in dieser Causa für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt, weil sie den Akt studiert hat und keine Absicht gehabt und das sicherlich auch nicht getan hat, dass sie sich irgendwo für Eigeninteressen einsetzt und vielleicht gar für die Interessen einer Partei, da gibt es aber zum anderen Beispiele genug und täglich kommen sie neu heraus. Die jüngste Geschichte war erst der Fall Gastinger – Telekom, ihr kennt das alle, wo die ehemaligen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der sogenannten schwarzblauen Bundesregierung in massive Skandale verwickelt sind. Und auch dort geht der Vorwurf in die gleiche Richtung: Amtsmissbrauch und Vorteilsnahme zum Teil für ihre eigene Person. (*Abg. Trettenbrein: So wie beim Verzetnitsch!*) Staatsvermögen ist verkauft, verscherbelt worden und die Kassen der Partei, aber auch die eigenen Säcke sind wahrscheinlich mit diesem Geld gefüllt worden. Es ist alles noch im Ermittlungsstadium, deswegen sage ich dazu, es gilt für alle die Unschuldsvermutung. (*Abg. Holub: Unmutsverschuldung!*) Das geht von der Abfangjägergeschichte Scheibner bis hin zur jungs-

ten Geschichte, Telekom, wo eine ehemalige Ministerin aus Kärnten verwickelt sein soll. (*Abg. Grebenjak: Den Faymann hältst vergesssen!*) Und jetzt kommt es, meine geschätzten Damen und Herren, ihr spielt euch (*Abg. Mag. Darmann: Den Faymann vergisst er!*) als sogenannte Saubermacher auf – ja, dann soll von mir aus der Faymann, wenn du eine Freude hast, auch noch dazukommen, das ist ja wurscht – ihr spielt euch als Saubermacher auf, aber bitte schön, ich habe noch keinen einzigen Antrag – keinen einzigen Antrag! – von der FPK gesehen oder davon gelesen, wo ihr genau diese Skandale, die ich euch jetzt vorgeworfen habe und es gäbe noch genug Beispiele, (*Abg. Ing. Scheuch: ARBÖ zum Beispiel!*) zur Überprüfung eingebracht hättet. Lieber Herr Klubobmann Scheuch, ich sage dir eines auch ganz offen: Nimm das Wort ARBÖ in meinem Zusammenhang nicht in den Mund, denn du weißt, du bist schon einmal eingefahren! Und ich habe auch den Herrn Landeshauptmann vor Gericht gezerrt, den verstorbenen Landeshauptmann und den derzeitig amtierenden und beide haben die Geschichte verloren. Das heißt, ich würde dich warnen, dieses Wort mit mir in Verbindung zu bringen! Das nur einmal dazu. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Meine geschätzten Damen und Herren, in Anbetracht dieser vielen Skandale, die sich heute auf-tun und die Bevölkerung ist nicht umsonst frustriert, (*Abg. Grebenjak: Bist für a Überprüfung?*) da frage ich mich schon, lieber Kollege Grebenjak, und du musst dich das auch fragen, ich war 40 Jahre lang bei der Polizei, ich war Kriminalbeamter, ich habe sehr viele Menschen in Haft genommen, ich frage mich jetzt, soll ich mich bei denen vielleicht entschuldigen, denn wenn ich mir denke, was die angestellt haben im Verhältnis zu dem, was da heute herauskommt, dann waren das ja „Hascherln“ muss ich euch sagen! Meine geschätzten Damen und Herren, ich sage euch nur eines, redet ihr nicht von Moral, redet ihr nicht von fragwürdigen Vorgängen, schaut einmal auf die eigene Situation, dort gibt es Beispiele genug. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Grebenjak: Aber da bist jetzt dafür, dass wir überprüfen?*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

(*Ein Zuhörer auf der Tribüne applaudiert.*) Ich darf den Zuhörer auf der Tribüne hinweisen,

Lobnig

nachdem er vielleicht heute erstmals im Hohen Hause ist, ein Applaus oder Beifall ist nicht erlaubt! *(Der Zuhörer erhebt sich und salutiert lautstark rufend: Ich möchte mich bedanken, hier gewesen zu sein und werde mich sofort verabschieden! Kärnten ist das schönste Land dieser Erde!)* Die nächste Wortmeldung hat Herr Klubobmann Scheuch eingebracht und ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Der Zuseher verlässt die Tribüne mit den Worten: Feffernitz grüßt! Auf Wiedersehen! – Der Redner lachend:)* Gott sei Dank folgt meine Rede erst jetzt, weil sonst hätte ich gemeint, ich habe so schlecht geredet, dass er gegangen ist, aber das kann in diesem Fall nicht so gewesen sein. Ich hätte auch einen endlos langen Zettel geschrieben, was heute hier in eine Debatte alles hineingeheimnist und hineininterpretiert wurde. Das ist hochinteressant, anscheinend ist das Streitbedürfnis der Abgeordneten heute nicht wirklich befriedigt worden und deswegen haben Leute wie der Herr Köchl sozusagen die Inhalte der eigenen SPÖ-Propaganda hier zum Vortrag bringen müssen. Zum Präsidenten Schober: Ja, Präsident Schober, das stimmt, ich bin wirklich schwer eingefahren, weil eine Presseaussendung hinausgegangen ist, wo dein Name mit deinem Geschäftsführer Schober – der allerdings gleich heißt wie du – letztendlich sozusagen vertauscht worden ist. Ja, das ist richtig, ich habe die Namen vertauscht oder der Pressesprecher hat die Namen vertauscht. Aber nachdem ich kein Feigling bin, wie man weiß, habe ich natürlich auch gesagt, ich habe das getan. Deswegen, glaube ich, solltest du jetzt nicht den Inhalt verwechseln zu meinem Zwischenruf „ARBÖ“, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass du mit allen Dingen, die im ARBÖ Kärnten passiert sind, einverstanden bist. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Das ist es, das ist jetzt genau der Punkt! Genau das ist der entscheidende Punkt.

Und zu den wirklich völlig unqualifizierten Äußerungen, die der Köchl heute wieder einmal von sich gegeben hat, weil er halt das herunterbetet, damit er irgendein Stricherl auf einer Liste mehr bekommt irgendwie als Verteidiger, scheint es eigentlich wirklich verhältnismäßig

eine ganz eigenartige Situation, die hier entsteht, weil da sollte doch eine gewisse Qualität herrschen hier herinnen. Dass der Herr Köchl hier herausgeht und sagt, man hat einem Antrag nicht zugestimmt, der Überprüfung vom Herrn Dörfler, ist richtig. Und zwar deswegen, weil eine obere Instanz wie der Kärntner Landtag, weil eine obere Instanz wie die Landesregierung, nämlich eine Staatsanwaltschaft, überprüft hat und eine Staatsanwaltschaft niedergelegt hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und jetzt nehme ich einmal an, das wird ja wohl auch der SPÖ genügen müssen oder sollen oder wollen. Oder will man sagen, die Staatsanwaltschaft hat hier etwas falsch gemacht?

Dann soll man den Mut haben und soll heraustreten und soll das sagen, dass die Staatsanwaltschaft einen Murks gedreht hat. Das kann man ja machen, dann traut euch! Aber das traut ihr euch nicht, sondern man versucht krampfhaft, einen schweren Fehler und wahrscheinlich auch eine schwere Gesetzesübertretung der Landesrätin irgendwie zu kaschieren, indem man eine alte Geschichte vom Herrn Dörfler ausgegraben hat. Das ist ja bezeichnend, dass die Staatsanwaltschaft die Geschichte 2007 niedergelegt hat.

Jetzt aber zum Inhalt. Noch einmal, auch ganz klar und ohne Emotion: Fakt ist, dass es hier im Antrag um eine Überprüfung geht, nicht mehr und nicht weniger. Das ist auch kein Zurückrudern, weil wir glauben, dass es überprüfungswürdig ist, wenn eine Landesrätin, die selbst Grundstücke in diesem Bereich besitzt, per Weisung einen Bescheid zurückhält! Das ist der Punkt, auch auf den einen oder anderen Zwischenrufer von vorhin gemünzt. Nein, die Frau Prettner ist rechtmäßige Besitzerin dieser Grundstücke. Die Frau Prettner hat auch das Recht, gegen diese Leitung zu sein, weil ihre Besitzansprüche auf gar keinen Fall geschmälert werden sollen. Ich habe auch einen Besitz. Nur, erstaunlicherweise waren es einige SPÖ-Funktionäre, ein paar, nicht alle, wie immer, ein paar sitzen auch hier, die gesagt haben, der Scheuch darf keine landwirtschaftlichen Förderungen bekommen, deswegen muss er seinen Besitz verschenken. Das sagen wir nicht. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, das ist der Fehler, der passiert ist, aber auf diesen Fehler werden wir auch hinweisen: Die Frau Prettner hätte gut daran getan und richtig gehandelt, wenn sie gesagt hätte, ich bin befangen, das soll

Ing. Scheuch

wer anderer machen, nicht mehr und nicht weniger, *(Beifall von der F-Fraktion.)* genau wie es in vielen Fällen mein Bruder und ich auch gemacht haben! Sie hat das nicht getan. Sie hat – und das ist nicht von uns aufgebracht worden, sondern von der Frau Prettner höchst selbst – sie ist in die Medien gegangen und hat gesagt, ich werde diesen Bescheid bekämpfen. Das war ja keiner von uns. Das heißt, man sollte das überprüfen, insbesondere überprüfen, weil einer der höchsten und letztendlich auch wichtigsten Beamten dieses Landes und immerhin auch der SPÖ sehr nahestehend, nicht uns, einen Bescheid erlassen hat, der richtig gewesen ist, daher glaube ich, ist hier letztendlich Klarheit zu schaffen. Noch eine letzte Frage für alle diejenigen von der SPÖ, die es noch immer nicht verstanden haben: Warum hat denn die Frau Prettner das dann letztendlich abgegeben? Weil sie einsehen musste, dass die Handlungen hier nicht richtig gesetzt werden! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vielleicht noch etwas: Irgendwie finde ich das lustig, wenn der Herr Köchl da herausgeht und irgendwas von Neuwahlen herumkrawallisiert. Ich habe ja gedacht, dass die Lust etwas weniger sein wird, in Neuwahlen zu gehen, wenn ich jetzt zumindest den einen oder anderen Pressebericht gelesen habe, wenn ich mir vorstelle, dass die Bevölkerung im Wahlkreis/West trotz unserer fürchterlichen Skandale anscheinend zumindest noch hinter uns steht und wir zum Beispiel dort bei einer Umfrage mit 43 Prozent ausgestattet sind, dass man dann ein wenig leiser treten wird. Aber das ist ja genau die Geisteshaltung, der Köchl und ein paar andere haben die Realität zur Wirklichkeit verloren! Das ist es, was man heute hier gehört hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und die Realität hat man natürlich auch verloren, weil man sich aufregt, dass es hier Empfänge im Kärntnerland gibt. Das verstehe ich schon, wenn der Herr Kaiser mit 200 Getreuen einen Empfang macht und dass man da nicht so wirklich zufrieden ist, dass die Eigenen nicht mehr dorthin fahren. Wenn der ach so böse Oberkärntner Teufel einen Empfang macht und da sind dann 700 Leute quer durch alle Schichten, schaut die Geschichte halt ein bisschen anders aus, und das Gleiche beim Herrn Ragger und das Gleiche beim Herrn Dörfler und das Gleiche beim Herrn Dobernig. Das heißt, die Bevölkerung stimmt dem schon zu.

Ein Letztes: Ich würde auch unwissenden Leuten wie dem Herrn Köchl – und er ist sehr unwissend in diesen Dingen, weil er halt vielleicht noch zu kurz da ist – ins Stammbuch schreiben, nicht so viel über Ballveranstaltungen zu quatschen, weil die SPÖ hat lange einen wirklichen Parteiball gemacht, den Ball der SPÖ, bis keine Leute mehr gekommen sind, was natürlich für die SPÖ tragisch war. *(Dies wird humorvoll vorgetragen.)* Aber, und jetzt, Kollege Schober, wirst du mir zustimmen – ich meine, die Redoute und euren SPÖ-Ball können wir von den Besucherzahlen her schön vergleichen, das ist eine spannende Geschichte. Ich glaube, so werden sich auch zukünftige Wahlergebnisse widerspiegeln. Aber der entscheidende Punkt ist derjenige: Die SPÖ hat sehr wohl über ihre Regierungsmitglieder zum Beispiel diesen Ball, nämlich den SPÖ-Ball damals, mit vielen Inseraten auch letztendlich unterstützt. Das war gang und gäbe. Nur war es kein großer Aufreger, weil man es selber gemacht hat. Jetzt ist das auf einmal die größte Sünde aller Zeiten. Statt dass man sich freut, dass eine tolle Ballveranstaltung, immerhin die größte Ballveranstaltung oder eine der größten Ballveranstaltungen Österreichs in Kärnten stattfindet, dass sich die Leute dort letztendlich freuen, *(Beifall von der F-Fraktion.)* versucht man das zu thematisieren! Aber das passt schon, wir werden mit den Menschen feiern. Wir werden mit den Menschen letztendlich auch den Weg in die Zukunft gehen. Die Umfragen lassen letztendlich die Vermutung zu, dass der Hut nicht bei uns brennt, sondern ganz woanders. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion. – KO Abg. Ing. Rohr meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte, zur tatsächlichen Berichtigung! Eine kleinen Moment wegen der Technik, wegen der Mikrofone. Einen kleinen Moment, bitte! Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Wenn vom Herrn Klubobmann Scheuch behauptet wird, dass die SPÖ ihre SPÖ-Bälle in der Vergangenheit auf Steuerzahlerkosten, mit Regierungsgeldern finanziert hat, dann

Ing. Rohr

muss ich diese Behauptung als unrichtig zurückweisen, denn diese Inserate wurden immer aus dem Portfolio der Landespartei finanziert. (*Abg. Mag. Darmann: Das sind ja Steuergelder!*) Ich weise diese Behauptung des Herrn Abgeordneten Scheuch auf das Schärfste zurück! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Herr Präsident, das war überhaupt keine tatsächliche Berichtigung, weil eine tatsächliche Berichtigung nur die eigene Person betreffen darf!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Das wird so im Protokoll drinnen vermerkt. Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Cernic. Ich ersuche, zu sprechen, bitte!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! Irgendwie sind dieser Antrag und die Begründungen, wie sie vom Herrn Kollegen Darmann oder auch vom Herrn Klubobmann Scheuch gegeben wurden, schon fast mitleiderregend, (*Abg. Ing. Scheuch: Stimm' aus Mitleid zu!*) diese krampfhaften Verrenkungen, die sie da unternehmen, um von ihren eigenen Problemen abzulenken und davon abzulenken, dass ihre eigenartigen Umgangsweisen mit öffentlichen Mitteln in den letzten Wochen und Monaten in den verschiedensten Medien die Schlagzeilen füllen. Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist etwas, wo man sich denkt, nein, jetzt steht euch das Wasser aber wirklich schon bald bis zum Hals, (*Abg. Ing. Scheuch: Wie die Umfragen beweisen!*) wenn nicht noch weiter obenhin. (*Abg. Ing. Scheuch: Wie die Umfragen beweisen!*) Herr Kollege Scheuch, Umfragen sind in den letzten Jahren nicht immer so zutreffend gewesen. (*Abg. Ing. Scheuch: Die waren immer schlechter als unser Ergebnis! Die waren immer schlechter als unser Ergebnis!*) Ich bin durchaus zuversichtlich, dass die Kärntner Bevölkerung nach und nach erkennt, auf welche Art und Weise Sie agieren. Da fürchte ich mich nicht vor den nächsten Wahlen. Es wäre ja, wenn Sie sich so sicher sind, durchaus möglich, dass Sie dem Neuwahlantrag zustimmen. (*Abg. Ing. Scheuch: 43 Prozent! 43 Prozent!*) Dann könnten wir den

Beliebtheitsgrad feststellen lassen und zwar sehr schnell feststellen lassen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Es ist so, dass man angesichts von Telekom, angesichts von Connect und vor allem auch angesichts Ihrer Begründung für die ungleiche Behandlung von zwei Anträgen, dass die Staatsanwaltschaft das schon einmal niedergelegt hat, nur lächeln kann. Bekannterweise hat die Staatsanwaltschaft schon öfters etwas niedergelegt, das dann wieder aufgegriffen wurde. Ich glaube, wir sind gerade in einer Phase, wo genau das passiert ist. Sie hat wieder etwas aufgenommen, was sie schon niedergelegt hat. Es ist offensichtlich sehr wohl ausreichend Material da, die Causa zu verfolgen, daher kann ich dieser von Ihnen so heftig vorgebrachten Argumentation nicht folgen, weil sie von den derzeitigen Verhältnissen schon widerlegt wird.

Interessant ist für mich auch, wie Sie die eigenen Problematiken ignorieren. Sie haben da ein Schreiben angesichts Ihres Weihnachtsinrates oder das Ihrer Regierungsmitglieder bekommen, das vier FPÖ-Regierungsmitglieder zeigt, wie man hier so schön sieht, (*Die Rednerin hält ein Plakat in die Höhe. – Abg. Ing. Scheuch: Das ist schön! Mir gefällt das!*) die im Namen der Kärntner Landesregierung fröhliche Weihnachten wünschen und die sich Ihre FPÖ-Werbung auf diese Art und Weise zahlen lassen, denn die Regierung besteht nicht aus vier FPÖ-Mitgliedern, sondern insgesamt aus sieben Personen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das sieht man jetzt an einem Schreiben der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftssachen und Korruption, die bei den anderen Regierungsmitgliedern anfragt, wie es denn möglich sei, dass so ein Plakat in Umlauf gelange und ob denn das Regierungsteam nicht aus mehr Personen bestünde. (*Abg. Ing. Scheuch: Jetzt müssen wir wieder zurücktreten oder was?*) Man sieht also, dass die Staatsanwaltschaft sehr aufmerksam geworden ist und sich diesen Dingen entsprechend widmet. (*Abg. Ing. Scheuch: Dafür sorgt schon die SPÖ!*) Insofern können wir davon ausgehen – das ist das, was der Herr Kollege Rohr vorgebracht hat – dass es nämlich eine ungleiche Behandlung von zwei Anträgen in diesem Ausschuss gegeben hat und dass der Herr Kollege seinen Kontrollzwang nur dann hat, wenn es andere betrifft, aber nicht, wenn es die eigenen Leute betrifft, (*Beifall von der SPÖ-*

Mag. Cernic

Fraktion.) dass das damit schlagend bewiesen wurde! In dieser Causa ist der Frau Landesrätin Prettnner nichts vorzuwerfen! (*Abg. Ing. Scheuch: Wohl! Wohl! – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Denn Sie wissen ganz genau, welche Position, welche Möglichkeiten die Frau Landesrätin in ihrer Funktion in dieser Causa hat. Der Bescheid wird nicht von ihr unterzeichnet. Sie hat aber die Möglichkeit, das Konvolut zu überprüfen. Sie hat die Möglichkeit, das Konvolut auf die Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Dieses Recht, das sie hat, hat sie sich genommen, weil immerhin handelt es sich dabei um eine Causa, wo es eine Bürgerinitiative gegeben hat, wo sich sehr, sehr viele Menschen dagegen ausgesprochen haben, wo – und das möchte ich hier auch explizit sagen – von der Kelag nicht richtig argumentiert wurde. Es wurde behauptet, dass keine Erdkabelverlegung möglich ist. Das ist nicht richtig. Um alle diese Dinge festzustellen, zu klären, wie das anderswo ist, stimmen die vorgebrachten Argumente. Das ist allerdings das Recht der Frau Landesrätin in ihrer Funktion. Dafür hat ein circa 100 Seiten umfassendes Konvolut sie 14 Tage in Anspruch genommen. Dann ist der Bescheid rechtmäßig ergangen. (*Abg. Ing. Scheuch: Hat sie die Leute angelogen? Sie hat gesagt, sie wird sparen!*) Der Projektwerber, der der Einzige wäre, der das Recht hätte, hier entsprechend zu reagieren, hat also nicht reagiert. Damit ist alles in Ordnung. Was Sie machen, ist ein Riesenwind, um von Ihrem eigenen Schlamassel abzulenken, aber mein Gott, das werden wir auch noch aushalten! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Es ist nicht so, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ, dass die SPÖ das Gefühl für die Realität verloren hat, wie Sie uns ausgerichtet haben, Herr Scheuch! (*Abg. Ing. Scheuch: Wohl! Ganz vollkommen!*) Es ist eher so, dass Ihre Fraktion jedes Unrechtsbewusstsein verloren hat! (*Abg. Ing. Scheuch: Siehe Umfragen! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes hat sich Abgeordneter Suntinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort, bitte!

Abgeordneter **Suntinger** (F):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Es ist schon recht interessant, dieser Debatte in einigen Bereichen zuhören zu müssen. Weil wenn ich mir jetzt den Herrn Köchl als Bürgermeisterkollegen vorstelle, wenn du so in deiner eigenen Gemeinde agierst, dass du auf Zurufe irgendwelche Geschichten in die Welt setzt und es vielleicht verabsäumst zu hinterfragen, lieber Bürgermeister, was eigentlich der Wahrheit entspricht, dann wirst du über kurz oder lang wahrscheinlich auf verlorenem Posten in deiner Gemeinde sein. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Tatsache ist und bleibt, dass es sich beim Herrn Landeshauptmann Gerhard Dörfler um eine anonyme Anzeige gehandelt hat. Wenn selbst die Staatsanwaltschaft zur Überzeugung gelangt ist, dass nichts dran ist, wirst auch du gut beraten sein, das zur Kenntnis zu nehmen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Auf der anderen Seite hat auf alle Fälle die Frau Landesrätin Dr. Beate Prettnner selbst gesagt, dass sie das beeinspruchen wird und auch selbst mitgeteilt, dass sie als Grundeigentümerin dort betroffen ist. Wenn ich in meiner Gemeinde irgendwo als Grundeigentümer betroffen wäre, würde ich mich selbst für befangen erklären. Und das würde ich mir auch von der Dr. Beate Prettnner als Landesrätin so wünschen, dass man sich, wenn man selbst davon betroffen ist, vertreten lässt in dieser Angelegenheit. Aber das zeigt auch, welchen Charakter einzelne Regierungsmitglieder hier im Hohen Haus mitbringen. So weit, so gut.

Und dann geht es etwas weiter. Wenn man dann (*Zwischenruf von Abg. Köchl.*) einfach noch, lieber Bürgermeister Köchl, ich verstehe dein Lächeln, aber ich sage, wenn man dann einfach nur ausschüttet ohne selbst in der Lage zu sein, das auch wieder aufzutrocknen und einzufangen, dann sage ich, nehmen wir einmal die € 25.000,- - Euro für den Landesball „La Redoute“ her. (*Abg. Köchl: Das ist kein Landesball, das ist ein Parteiball!*) Die „Redoute“ war über mehr als fünf Jahre immer der sogenannte Landesball (*Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion.*) und dort sind € 25.000,- als Beitrag jetzt eine Kleinigkeit (*Abg. Strauß: Nå já, klår!*) im Gegensatz zum Herrn Bürgermeister und Nationalratsabgeordneten Köfer, der nämlich für sein Hallenbad seit über drei Jahren nicht einmal einen gültigen

Süntinger

Baubescheid hat, (*Abg. Köchl: Wås hat sowås mit der Partei z'tuan?*) obwohl er gebaut hat. Und jetzt wird angeboten, € 20.000,-- als Einmalabfindung zu zahlen, (*Abg. Strauß: Nit der Bürgermeister!*) damit der Herr Nachbar dort schweigt. (*Raunen in der SPÖ-Fraktion. – Zwischenrufe von Abg. Mag. Cernic und Abg. Astner. – Der Vorsitzende läutet die Glocke.*) Selbst die Aufgeregtheit des Herrn Siegmund Astner bestätigt, dass die SPÖ da eigentlich selbst wohl Handlungsbedarf hat. Der Herr Bürgermeister und Nationalratsabgeordnete Köfer ist ja niemand Geringerer als der, der eigentlich die SPÖ Kärnten anführen wollte, für einen geringen Teil vielleicht auch hätte sollen, aber Tatsache ist, er hat jetzt, damit der Nachbar nach drei Jahren Ruhe gibt auf gut Deutsch gesagt, € 20.000,-- Einmalabfindung angeboten. In welchem Rechtsstaat befinden wir uns? Er ist nicht in der Lage, dort einen Baubescheid so zu erstellen, dass letztendlich auch irgendwann eine Rechtskraft erwächst. Hier sieht man, mit welchem Maß gemessen wird und daher sage ich, ihr könnt euch nur schämen diesbezüglich. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor, der Berichterstatter hat das Schlusswort. Bitte!

Berichterstatter Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Hohes Haus! Der Ausschuss für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten hat sich in seiner 49. Sitzung am 20. Dezember des Vorjahres mit diesem Antrag beschäftigt und diesen Antrag mit 4 : 1 Stimmen und damit gegen die SPÖ-Stimme angenommen. Ich fühle mich aber verpflichtet, hier auch noch einige Richtigstellungen anzuführen. Alles, was der Herr Klubobmann Rohr aus dem Ausschuss berichtet hat und Vorwürfe gegen Herrn Landeshauptmann Dörfler betrifft, war nicht Gegenstand der Ausschussberatungen. Im Vorfeld, als es um die Erweiterung der Tagesordnung gegangen ist, wurde klar dokumentiert, dass der Antrag, der jetzt zur Beschlussfassung vorliegt, ein aus aktuellem Anlass gestellter Antrag ist,

während der SPÖ-Antrag Gegenstände aus dem Jahre 2007 zum Inhalt hat. Er hat also lange gewartet, er wird dadurch etwas länger warten können. Ebenso sind keine Vorwürfe, die der Herr Abgeordnete Köchl gegen den Herrn Landeshauptmann und gegen den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch vorgebracht hat, beraten worden. Ebenso wenig war irgendein Ball Gegenstand von Beratungen im Ausschuss. Der Antragstext verlangt ausdrücklich nur eine Überprüfung. Der Text wurde von Anfang an so gewählt, hier eingebracht und wurde auch im Ausschuss nicht verändert, also eine Überprüfung, wie sie jede Fraktion hier dutzende Male, beispielsweise bei Rechnungshofüberprüfungen, bereits gestellt hat. Damit habe ich mein Schlusswort abgeschlossen und bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist mit Mehrheit so beschlossen. Bitte zu berichten!

Berichterstatter Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, umgehend festzustellen, in welchem Zusammenhang Landesrätin Dr.ⁱⁿ Beate Prettnner in Wahrung von Eigeninteresse wichtige Projekte in Kärnten verhindert, somit in ihrer Entscheidungsfindung behindert ist, und ob in Zusammenhang mit einer festzustellenden Wahrung von Eigeninteresse durch Dr.ⁱⁿ Prettnner in Ausübung der Regierungsfunktion das Delikt der Vorteilsnahme gem. § 305 StGB vorliegt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit Mehrheit so beschlossen. (*KO Abg. Ing. Rohr meldet sich zur Geschäftsordnung.*) Zur Geschäftsordnung! Bitte Herr Klubobmann Ing. Rohr! Bitte sehr!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Ein Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages. Ich weise darauf hin, dass der SPÖ-Landtagsklub am 14. April und am 15. September 2011 Anträge eingebracht hat, Zuordnung von Anwaltschaften der Landesregierung zum Landtag und Verfassungsgesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung erlassen wird. Am 20. Dezember 2011, also vor einem Monat, haben wir zu diesen Anträgen jeweils Fristsetzungsanträge eingebracht. Der Vorsitzende, FPK-Abgeordneter Darmann, hat den Fristsetzungsanträgen innerhalb der gesetzlichen Frist nicht Folge geleistet, weshalb ich Sie als Präsidenten ersuche, den Vorsitzenden auf diese gesetzliche Verpflichtung zur Behandlung dieser beiden Anträge entsprechend hinzuweisen und ich darf Ihnen das auch schriftlich überreichen. *(Der Redner überreicht dem Vorsitzenden den Antrag.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich nehme diesen Antrag zur Kenntnis, werde prüfen und werde dann selbstverständlich meine Aktivitäten setzen. So, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7:

7. Ldtgs.Zl. 197-2/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Bestattungsgesetz geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist der Klubobmann Abgeordneter Ing. Rohr. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten ist die 1. Lesung bereits erfolgt und nun darf ich den Klubobmann bitten, zu berichten. Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Gegenständliche Materie hat auch einen entsprechenden Antrag, ich glaube, der ist seinerzeit von der FPK eingebracht, im Ausschuss entsprechend behandelt und ist im Landtag dann auch einstimmig verabschiedet worden, dass man in Kärnten ein neues Bestattungsgesetz wünscht. Der zuständige Referent, Landeshauptmann-Stellvertreter Kaiser hat dem Auftrag des Landtages umgehend entsprochen und gemeinsam mit der Verfassungsabteilung ein neues Gesetz ausgearbeitet. Seit 1971 hat das alte Gesetz Bestand gehabt. Im Wesentlichen geht es darum, dass über die Grab- und Feuerbestattung hinausgehend letztlich Friedenshaine in Ergänzung zur Feuerbestattung eingerichtet werden können, die in Naturräumen, die eigens gekennzeichnet sind, auch Bestattungsmöglichkeiten für Verstorbene schafft. Ich denke, dass das ein ganz neuer Zugang ist, der aber durchaus auch den Erfordernissen und den Trends der Zeit entspricht. Bisher gibt es derartige Friedensforste oder Friedenshaine bereits in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und es hat sich eigentlich gezeigt, dass das eine sehr gut angenommene Initiative ist. Es hat auch umfassende Beratungen gegeben, sowohl seinerzeit zum Antrag wie auch jetzt in der gesetzlichen Verabschiedung durch den Ausschuss. Es waren alle kompetenten Herren, die mit dem Bestattungswesen in Kärnten zu tun haben und die auch sehr viel an Erfahrung einzubringen haben, mit dabei. Ich glaube, das ist ein Thema, das man gern verdrängt, denn wer beschäftigt sich schon gern damit oder wer beschäftigt sich gern mit dem Sterben, aber letztlich ist es doch etwas, was uns allen sicher ist. Daher ist es einfach wichtig, hier Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch gerade in solchen Situationen dann einen pietätvollen Umgang mit den Verstorbenen sicherstellen und auf der anderen Seite auch den Hinterbliebenen entsprechende Möglichkeiten der Trauer, des Abschiednehmens einräumen. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Die Generaldebatte ist somit eröffnet und als erstes zu Wort gemeldet hat sich der Dritte Präsident Dipl.-Ing. Gallo. Bitte!

Dritter Präsident **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das Stück „Jedermann“ ist nicht nur seit Jahrzehnten fixer Bestandteil der Salzburger Festspiele, sondern es handelt vom Leben und Sterben des reichen Mannes. Über die Frage der Bestattung schweigt sich der Autor – für die, die nicht so bewandert sind, Hugo von Hofmannsthal – im Stück aus. Den reichen Mann habe ich bewusst gewählt, denn nicht nur das Leben, auch das Sterben und damit die Bestattung ist mit relativ hohen Kosten verbunden. Aber davon etwas später, zuerst der Reihe nach. Diese Novelle hat als wesentlichen Inhalt die Naturbestattung als Teil der Feuerbestattung und ich habe jetzt mit Interesse gemerkt, wie der Herr Berichterstatter eingeleitet hat, denn in den letzten Tagen war davon die Rede, dass dies eine Initiative des zuständigen Landesrates Dr. Peter Kaiser gewesen wäre. Der primäre Teil, nämlich dass das auf einen Initiativantrag zurückgeht, der bereits hier im Landtag beschlossen worden ist, genau am 26. Mai des Vorjahres, ist nicht eingegangen worden. Heute habe ich das sehr wohl gehört und das ist auch gut so, denn ich glaube, der Dr. Kaiser hat es nicht notwendig, sich mit fremden Federn zu schmücken, Referent bleibt er und er wird von mir noch eine Aufgabe bekommen. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Überhaupt ist aber das Verhalten der SPÖ, gerade was diesen Antrag betrifft, im Ausschuss ein bemerkenswert unkonventionelles gewesen, um nicht zu sagen verwirrendes oder setzen Sie andere Worte in dieser Bedeutung hier ein, denn wir haben die Kostenfrage in der ersten Ausschusssitzung angeschnitten. Der Herr Berichterstatter als Vertreter der SPÖ hat dies als unpassend empfunden, das war sein Originalwort. Er hat dann selbst Auskunftspersonen in diese Richtung nominiert, bei der Abstimmung war er aber dann dagegen. Und dann beim nächsten Mal im Ausschuss, als die Auskunftspersonen zumindest teilweise hier waren, hat er sehr viele Fragen gestellt. Ich vergleiche das jetzt ein bisschen mit dem, was ganz aktuell ist, ich habe den

Medien entnommen, er bewirbt sich um den Vorsitz im Aufsichtsrat der Landesholding, ist auch sehr interessant, hat einen Antrag dazu angekündigt, der tatsächlich gekommen ist, das ist so ähnlich, als ob wir beschließen sollten, dass morgen Freitag ist, nämlich dass aufgefordert wird, das Ganze nachzubersetzen und schnell einen Vorsitzenden zu wählen. No na! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Ich möchte nur dazu sagen, damit wir das gleich abhandeln, *(Abg. Ing. Rohr: Dazu kommen wir heute noch mit einem Dringlichkeitsantrag!)* ja, ja, ich möchte das abkürzen, weil das ist nicht so wichtig, aber wenn sich jemand selbst bewirbt, was ja schon peinlich genug ist, der beispielsweise die eigene Partei in den Ruin geführt hat, in das schlechteste Wahlergebnis und auch finanziell in den Ruin, dann ist das keine unbedingte Medaille für den Vorsitz im Aufsichtsrat der Landesholding. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Aber das nur nebenbei. *(Abg. Ing. Rohr: Jå, jå!)*

Ich bleibe lieber bei den Kosten der Bestattung und des Sterbens. Die Durchschnittskosten, so ist uns mitgeteilt worden, betragen € 2.800,--. Die Bandbreite ist ungefähr von € 2.600,-- bis € 3.500,--, es gibt aber ein sogenanntes Sozialbegräbnis. Da verzichten die Bestatter auf einen Teil dessen, was sie sonst an Kosten vorschreiben, auch den Gemeinden wird so etwas gewährt, es werden sogar, wenn es sein muss, einfache Säрге dazu geschenkt. *(Abg. Holub: Fichte! Echte Fichte!)* Ich habe als guter Beobachter im Ausschuss bei der Kostendiskussion den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Kaiser beobachtet und habe, wie soll ich sagen, ein wissendes Lächeln gesehen. Ich möchte dich daher bitten, das Gesetz gibt nicht mehr her, als diese Debatte, die wir im Ausschuss geführt haben, aber doch als Vertreter einer Partei, die einmal die „Partei des kleinen Mannes“ war, den Bestattern ein bisschen auf die Finger zu schauen, ob alles, was da so in dieser Höhe in Rechnung gestellt wird, den Menschen auch verträglich, zuträglich ist. Es gibt sehr viele Klagen, nur wird unter dem Deckmantel der Pietät nicht sehr gerne darüber gesprochen. Es gibt andere Möglichkeiten, aber offen gesagt, Sterben ist viel teurer als auf die Welt zu kommen. Da gibt es Geschenke sonder Zahl von allen Möglichen, beim Sterben und dann bei der Bestattung wird kräftig eingenommen. Soviel zu dem. Die Bestatter haben schon glaubhaft versichert, dass die

Dipl.-Ing. Gallo

Bestatter so etwas wie regionale Versorger seien und ständig in Bereitschaft sein müssen, daher haben sie hohe Kosten. Das ist also alles in Ordnung. Im Übrigen wird mit einem Stundensatz von etwa € 40,- kalkuliert. Das ist auch nicht übertrieben hoch. Ich möchte noch hinzufügen, dass es in Kärnten aktuell circa 36 Bestatter gibt, ungefähr die Hälfte öffentlich, die Hälfte privat. Durch das, was wir jetzt beschließen, werden die Kosten bedauerlicherweise kaum oder sicher nicht niedriger werden. Das zu dem.

Zum Gesetzesinhalt möchte ich auf das verweisen, was ich bereits am 26. Mai des Vorjahres gesagt habe, dass wir – ich möchte das abgekürzt bringen – so etwas wie einen Paradigmenwechsel erleben. Es geht alles in Richtung ein bisschen Anonymisierung, zu Staub, dass also nichts mehr vom Menschen bleibt. Sogar wenn wir die Friedensforste in der Form, wie sie auch möglich sind, hernehmen, wo nur mehr eine Ziffer, eine Zahl, eine Nummer auf den Verstorbenen hinweist, ist das eine ziemliche Anonymisierung. Vor allem schöpfen wir und die Generationen vor uns viel von dem Wissen der Vergangenheit, eben aus Grabbeigaben, aus Grabinschriften aber auch aus Knochen und dergleichen mehr, sodass sich das Ganze jetzt auf den Nullpunkt hinbewegt. Wir haben auch über andere Bestattungsformen anderer Glaubensgemeinschaften diskutiert. Ich habe das das letzte Mal schon gesagt. Es gibt problematische Bereiche und weniger problematische Bereiche. Im Buddhismus zum Beispiel sind bestimmte Waschungen vorgesehen. Das ist auch heute und bei uns kein Problem. Über Wünsche der islamischen Glaubensgemeinschaft, was die Ausrichtung der Toten Richtung Mekka und dergleichen betrifft, wird es weniger Probleme geben. Dagegen der Transport und die Bestattung in Tüchern – es sind fünf an der Zahl, die da in Frage kommen, das ist das, was man im Fernsehen immer sieht, wenn Tote in islamischen Ländern durch die Gegend getragen werden – ist etwas, was bei uns eher nicht zum Tragen kommen wird.

Jedenfalls ist bei uns der Bedarf nach veränderten Bestattungsformen vorhanden, nach wie vor ungebrochen im Steigen. Denn immer mehr Menschen leben in der Sorge, ob denn ihre eigenen Nachkommen dereinst auch auf die Gräber schauen können oder schauen werden wollen. So bleibt die Frage, wie das zu lösen ist. Das, was jetzt durch das Gesetz ermöglicht ist, ist sicher

ein guter, ein praktikabler Weg dazu. Über allem aber ist auch so etwas wie eine Art philosophische Frage, denn bei uns schließen viele Trauerredner mit den Worten: Die Heimat Erde werde dir leicht. Das ist vielleicht dann eine neue Art der Definition der Heimatlosigkeit, nicht zu wissen, wo man einst endet. Denn wenn die Asche entweder anonymisiert in einer Urne vergraben oder irgendwo verstreut wird, diese Regelungen sind auch im Gesetz enthalten, natürlich unter bestimmten Regeln, ist das mit der Heimat im traditionellen Begriff nicht mehr ganz in Einklang zu bringen. Aber so, wie das Leben vielfältig ist, so werden es zunehmend die Bestattungsformen. Das Gesetz trägt dem Rechnung. Nachdem wir seinerzeit die Urheber einer Gesetzesänderung waren – und das ursprüngliche Gesetz stammt ja aus dem Anfang der 70er-Jahre – werden wir diesem Gesetz zustimmen, denn sterben müssen wir alle. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Holub. Ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Es waren sehr viele interessante Sachen für mich dabei. Ursprünglicher Antrag der FPK, 26.5., dann Gesetzeswerdung im Referat von Peter Kaiser. Es ist hauptsächlich darum gegangen, dass jetzt einmal die Naturbestattung stattfinden kann, die es schon in anderen Ländern gibt. Ich kann dem auch einiges abgewinnen. Gerade für Grüne würde ich sagen, suchen wir uns jetzt einen Platz aus, weil wenn man tot ist, sind die besten Plätze weg, wenn man jetzt nicht vorzeitig darauf schaut. Übrigens habe ich auch eine Bestattungsversicherung, weil ich mir schon ausgerechnet habe, was das einmal kosten wird. 22,- Euronen sind es im Monat. Je länger man lebt, desto mehr kommt da zusammen. Das heißt, die Familie kann dann noch ein bisschen was verdienen, wenn sie einen günstigen Sozialversicherungsfichtensarg aus sucht, der bei uns, glaube ich, der billigste ist. Das Sozialbegräbnis macht durchaus Sinn, weil früher einmal musste man sich genießen. Die

Holub

Leute haben sich nicht mehr getraut zu sterben, weil es so teuer ist.

Wir haben dann auch erfahren, dass es 36 Bestattungsinstitute gibt. Einer der schönsten Sätze des Chefs der Bestattung war für mich doch: Die Bestattung kämpft ums Überleben. Das kommt vielleicht dann anders an, als sie es gemeint haben. Das heißt, sie meinen schon auch, dass sie wirklich nur das verlangen, was sie brauchen. Wir haben uns das ausgerechnet: Bei € 2.200,-- bis € 2.400,-- kostet es grundsätzlich, glaube ich, so durchschnittlich. Alles andere, da wird schon, und ich kann mich aus eigener Erfahrung daran erinnern, ein bisschen mit der Trauer der Menschen gespielt, weil gerade, wenn jemand verstorben ist, man nicht knauserig sein will. Ich würde sagen, es ist ziemlich egal, was da jetzt verbrannt wird, ob das Hartholz oder Weichholz ist, das sind nur ein paar Stunden. Ich würde sagen, man muss sich da nicht unbedingt von der Bestattung noch was aufzwingen lassen, was man nicht braucht. Aber wie gesagt, mir ist es selber passiert, dass da mit den Gefühlen gespielt wird. *(Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Schober.)* Das muss nicht sein. Wir werden dem natürlich zustimmen.

Interessant war für mich noch, was hier alles an Restmensch herausgekommen ist, nämlich die ganzen Schwermetalle, die hier übrigbleiben und die dann entsorgt werden sollten, Selen und viele andere Sachen, die in größeren Mengen nicht unbedingt ungiftig sind. Wie gesagt, wir werden dem zustimmen. Eines noch: Auch das Verstreuen der Asche, was oft in Filmen sehr heroisch dargestellt wird, ist, glaube ich, auch geregelt, Gott sei Dank, weil hier vermischen sich dann oft einmal verschiedene Aggregatzustände von verschiedenen Lebensformen. Es ist doch nicht sehr pietätvoll, wenn man seine Verwandten im Haar hat, deswegen ist das so geregelt, dass es durchaus Sinn macht und mehr nach unten geht und der Wind von der richtigen Richtung kommt. Ich werde sicherlich eine Naturbestattung wählen, mir den Baum aussuchen und in dem Sinn: Leben wir alle noch lange! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Gesundheitsreferent Dr. Peter Kaiser. Ich bitte dich, zu sprechen!

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte in ein paar Punkten auf dieses Bestattungsgesetz, die Möglichkeit der Naturbestattung eingehen, um ein komplettes Bild zu liefern, was dieses Gesetz eigentlich bezweckt, was es regelt, aber auch welche Fragen – Kollege Gallo hat das ja bereits angesprochen – es zudem auch aufwirft. Mit dieser Gesetzeswerdung bzw. seiner Verlautbarung wird die Beerdigung auf naturbelassenen Flächen möglich. Das Gesetz benennt diese Form der Bestattung Naturbestattung. Naturbestattung ist derzeit ein Teil der Feuerbestattung, die die eine Bestattungsform neben der Erdbestattung ist. Es wird auch in dem Sinne, und das zeigt, dass Gesetze gesellschaftliche Entwicklungen nachvollziehen, eine Neuerung geben, die wir eigentlich aus anderen Bereichen kennen. Nämlich im Bereich der Urnenbestattung gibt es zwei Typen von Urnen, eine Urne, die fest ist und immer fest bleibt. Für den Zeitraum von 90 Jahren, solange ist die Gräberdauer in den meisten durchschnittlichen Beerdigungsinstituten ausgewählt worden, verbleibt diese dann auch in der Erde. Der zweite Bereich, der aber ab jetzt auch gestattet ist, weil dem vorangehend hygienische Kriterien, sprich Verbrennungsgrade, im Krematorium sichergestellt sind, ist eine verrottbare Urne. Also auch hier ein gewisser ökologischer Zugang, um den Kollegen Holub mit in diese Debatte hereinzuziehen, wo die Urne mit der darin beinhalteten hygienisch einwandfreien Asche verrottet und daher keine gegenständliche Erdverwahrung über einen längeren Zeitraum notwendig ist. Die Verweildauer in diesem Grab ist auch weiterhin so wie vorher mit 90 Jahren.

Das Bestattungsgesetz, das wir hier jetzt novellieren, stammt aus dem Jahr 1971. Meine Damen und Herren, das zeigt, dass in diesen mittlerweile 41 Jahren einiges an Veränderungen stattgefunden hat und dass daher aus meiner Sicht auch Wünschen der Bevölkerung, die sich entwickelt haben, mit Rechnung zu tragen ist. Insofern, als

Mag. Dr. Kaiser

damit auch Hygiene, Sicherheit, der entsprechende pietätvolle Respekt gegenüber den Toten gewahrt bleibt. Es wird daher so sein, dass die gewidmeten Flächen nicht x-beliebig wo sein können. Schlagwort: Der Kastanienbaum bei mir im Garten wäre meine Lieblingsstätte. Diese Möglichkeiten gibt es jetzt bereits, aber im Sinne des Delegationsprinzips, der Rechte auf Gemeindeebene, wo es bei Sonderbestattungen die Möglichkeit der Gemeinde gibt, wenn Voraussetzungen erfüllt sind, auch andere Bestattungsformen bereits jetzt zu wählen. In diesem Naturbestattungsgesetz ist es aber notwendig, dass ganz klar bezeichnete Flächen dafür gewidmet werden, dass diese im Unterschied zu Friedhöfen nicht eingefriedet werden müssen, dass es auch nicht den klassischen Grabstein zwingend gibt, was vielleicht ökonomisch in manchen Bereichen wieder Verwunderung auslösen mag, aber dass Wege dafür eingezeichnet werden, Wege vorgesehen sind und dass eine Kennzeichnung als Friedhof und damit verbundene Verhaltensnormen und Regeln aufzustellen sind.

Wichtig ist mir bei diesem Gesetz auch – und danke dem Initiativantrag der FPK diesbezüglich – dass wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass den Intentionen des Verstorbenen, so sie noch zu Lebzeiten willentlich festgehalten werden oder aber jenen der Nachkommen Rechnung getragen wird. Ich nehme gerne mit, Herr Präsident Gallo, dass es endlich einmal auch hier so etwas wie einen klassenlosen Gesellschaftsappell – zumindest im Sterben – seitens der FPK gibt, und das ist auch für mich aus Hugo Hoffmannsthal's „Jedermann“ ersichtbar, dass es einen einzigen Zeitpunkt gibt, wo wirklich alle gleich sind. Das ist nicht die Geburt, das sind nicht die sozialen Umstände, in die man hineingeboren wird, sondern es ist der Zustand dann, wenn man stirbt. Wenn wir hier im Wesentlichen Gleichheit vor dem so genannten höchsten Richter oder wo auch immer fordern, dann wäre das ein Ansatz. Aber gleichzeitig sage ich, muss ökonomisch sichergestellt werden, dass bei Bestattungsinstituten, die eine hohe Verantwortlichkeit haben, wenn man die Sache etwas konsequenter beleuchtet, was Hygiene, was auch die Umgänge in dem Bereich mit Toten oder mit leblosen Körpern betrifft, mit Riesenanforderungen, Auflagen und gesetzlichen Kriterien verbunden sind, wenn daher gewährleistet werden kann, dass diese Institutionen

abgesichert werden, weil es im öffentlichen Interesse ist, dann würde ich diesen Appell nach einer klassenlosen Begräbnisgesellschaft von mir aus uneingeschränkt unterstützen, werde aber, wie bereits im Ausschuss angekündigt, weil es hier viele Facetten gibt, die auch aufgezeigt wurden, beispielsweise unterschiedliche Glaubenszugehörigkeit mit unterschiedlichen Sitten, Gebräuchen, auch religiösen Normen, denen sich Österreich in manchen Staatsverträgen auch angeschlossen hat, fordern, dass entsprechende Verordnungen, entsprechende Vorkehrungen auf Friedhöfen diesbezüglich getroffen werden. Insofern denke ich, dass wir uns im Verlauf dieses Jahres in einer Enquete den verschiedensten Aspekten dieser Problematik, dieser Thematik zuwenden werden. Ich bedanke mich beim Ausschuss, beim Berichterstatter, bei den Mitgliedern des Ausschusses, beim Ausschussvorsitzenden für die rasche Arbeit! Ich möchte dieses Dankeschön, das mir die Beerdigungsinstitute übermittelt haben, Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Landtages weitergeben, denn es war doch eine für eine Gesetzgebung in einer solch komplexen Materie sehr, sehr schnelle Arbeit, insbesondere der Verfassungsabteilung, dass das, was Wille ist, jetzt den Menschen zumindest zu Lebzeiten angetan wird, damit sie dann in ihrer gewünschten Form die letzte Ruhestätte finden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Stephan Tauschitz. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

(Abg. Ing. Scheuch: Wirst du auch eine Grabrede halten?) Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon alles gesagt, nur nicht von jedem. Wir stimmen auch zu. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der letzte Redner zu diesem Punkt ist der Abgeordnete Peter Zwanziger. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Zwanziger** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Klagenfurter Abgeordneter möchte ich mich dazu natürlich auch ganz kurz melden, denn der Antrag ist ja als erstes von unserem Friedhofsreferenten gekommen, vom Stadtrat Germ, der die Idee gehabt hat. Natürlich sind sehr viele Menschen an ihn herangetreten und haben den Wunsch dafür gehabt. Ich glaube, das ist wirklich eine tolle Sache und wir stimmen dem Gesetz natürlich auch zu. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit ist die Rednerliste erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich werde nicht in Reaktion auf Gesagtes noch reagieren, sondern dazu wird es noch Gelegenheit geben. Ich beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, das ist einstimmig so angenommen. Ich ersuche weiters (*Abg. Ing. Rohr: Ziffern- und artikelmäßiges Abstimmen!*) um ziffern- und artikelmäßige Abstimmung. Bitte, wer die Zustimmung gibt, nochmals ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Bitte zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Artikel I

Das Kärntner Bestattungsgesetz – K-BStG, LGBl. Nr. 61/1971, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 50/2008, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1 § 13 lautet:

§ 13 Bestattungsart

Ziffer 2 § 14 Abs. 3 lautet:

Ziffer 3 § 15 Abs. 1 lautet:

Ziffer 5 § 15 Abs. 4 lautet:

Ziffer 6 § 17 lautet:

§ 17 Arten von Bestattungsanlagen

Ziffer 7 § 19 und § 20 lauten:

§ 19 Lage und Ausstattung

§ 20 Bewilligung zur Errichtung, wesentlichen Änderung, Stilllegung oder Auflassung

Ziffer 8 § 21 Abs. 2 lautet:

Ziffer 9 § 23a Abs. 2 lautet:

Ziffer 10 § 24 Abs. 4 lautet:

Ziffer 11 § 24 Abs. 5 entfällt

Ziffer 12 § 26 lautet:

§ 26 Friedhofs- oder Urnenstättenordnung

Ziffer 13 § 26 wird folgender § 26a eingefügt:

§ 26a Bestattungsbuch, Übersichtsplan

Ziffer 14 In § 27 Abs. 1 wird das Zitat „BGBl. I Nr. 112/2003“ durch das Zitat „BGBl. I Nr. 111/2010“ ersetzt.

Ziffer 15 § 29 Abs. 1 lautet:

Ich beantrage die Annahme bis einschließlich Ziffer 15.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

(*Einwand von Schriftführer Dir. Mag. Weiß.*) Herr Klubobmann, Sie sollten angeblich in der Auszählung die Ziffer 4 vergessen haben. Bitte auf Seite 2 nochmals die Ziffer 4 zu wiederholen!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Entschuldigung, wenn das in der Hitze des Gefechtes geschehen sei!

Ziffer 4 § 15 Abs. 2 erster und zweiter Satz lauten:

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Danke! Somit ist die Annahme beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Bitte fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich beantrage die Annahme des Artikels II.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Artikel II wurde zur Annahme beantragt. Wer dem zustimmt, ein ... (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Zuerst muasst du lesen „Artikel II“ und dann die Annahme beantragen!*)

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Muss ich den gesamten lesen? (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Na! Nur „Artikel II“!*) Entschuldigung! Ah so! (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Einfach „Artikel II“!*) Artikel II, ja, habe ich ja gesagt, ich beantrage die Annahme von Artikel II. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Vorher muasst „Artikel II“ sägn! – Vorsitzender: Ja, okay!*) Okay! Artikel II. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Ihr wert's ja nit däs eigene Gesetz hinmâch'n woll'n?*) Ich beantrage die Annahme des Artikels II.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit sind die Formalismen, denke ich, auch geklärt. Artikel II wurde zur Annahme beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Kopf und Eingang!

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Kopf und Eingang!

Gesetz vom 19.1.2012, mit dem das Kärntner Bestattungsgesetz geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

(3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: *Beântragen muasst ja*

ah!) Ich beantrage die Annahme von Kopf und Eingang.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, das ist einstimmig so angenommen! (*Der Berichtstatter verlässt das Rednerpult. – 3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: 3. Lesung! – Abg. Zwanziger: Soll der Präsident lesen!*) Stopp, stopp! Wir sind noch nicht fertig! Die 3. Lesung, das letzte Blatt! Der Landtag wolle beschließen.

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

(*Vorsitzender: Das Gesetz, mit dem ...*) Wo, bittschön? (*Schriefführer Dir. Mag. Weiß: Ganz vorne!*) Ah so, ja! (*Abg. Zwanziger: Brauchst an Einsäger?*) Ja, ja, Entschuldigung! Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Bestattungsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Danke, einstimmig so angenommen! Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 215-1/30:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist Abgeordneter Mag. Darmann.

Schober

Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss, den ich bereits erwähnt habe, ist bereits die 1. Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort. Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Somit erstatte ich Bericht zur Ldtgs.Zl. 215-1/30, Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten zur Regierungsvorlage betreffend das Gesetz, mit dem das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz geändert wird. Hierbei ist einleitend festzuhalten, dass im Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz die sogenannte Blue Card-Richtlinie umzusetzen ist, durch welche eine generelle Gleichstellung aller durch das Unionsrecht begünstigten Personen umgesetzt wird. Es sind weder für das Land noch für die Gemeinden Mehrkosten zu erwarten. Ich ersuche um Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als erstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mares Rossmann. Bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Mit diesem Gesetz wird die sogenannte Blue Card-Richtlinie der EU umgesetzt. Dies ermöglicht nun das Recht auf Anerkennung der Berufsqualifikation von Drittstaatsangehörigen, wenn sie die nötige Qualifikation aufweisen. Man sieht anhand dieser EU-Richtlinie, wie weit mittlerweile das EU-Recht auch auf unser Bundesland übergreift und wenn man so will, verflochten ist, denn mit dieser Richtlinie wird 1 : 1 das unmittelbare Europarecht auch hier in Kärnten in der Vollziehung zur Anwendung gebracht. Da kann man jetzt sagen, das ist nicht unbedingt befriedigend, es ist aber die einzige Möglichkeit, dass die legistische Effizienz gewährleistet wird, damit es nicht immer wieder kleiner Anpassungen bedarf, letzten

Endes kommt man dann erst wieder auf die EU-Richtlinie. Problematisch aus meiner Sicht sehe ich aber natürlich – und das werden sich viele denken – die Nachvollziehbarkeit des Nachweises, vor allem aus jenen Drittstaaten, die nicht dieselben Berufsqualifikationsstandards aufweisen wie europäische Staaten sie haben. Und da muss ich sagen, habe ich natürlich das große Vertrauen in unsere Behörden, in unsere Verwaltung, dass man Missbrauch hintan stellt und dass die Behörden so ermitteln, dass der Nachweis dementsprechend erbracht werden muss, dass diese Qualifikation auch von Drittstaatsangehörigen nachvollziehbar ist und dass diese Qualifikation gewährleistet ist. In diesem Sinne vertraue ich voll auf unsere Behörden und hoffe, dass Missbrauch hintan gestellt wird. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke, Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Spezialdebatte wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Weiters ersuche ich um die ziffernmäßige und artikelmäßige (*Berichterstatter: Ich lese das schon durch!*) Okay, der Berichterstatter will das zur Gänze durchlesen. Bitte dann, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Danke! Das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz – K-BQAG, LGBl. Nr. 10/2009, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1 § 1 Abs. 3 lit. b und c werden durch folgende lit. b ersetzt:

Mag. Darmann

„b) Drittstaatsangehörige, die nach den Rechtsvorschriften der Europäischen Union das Recht auf Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikationen haben.“

Ziffer 2 Im § 21 Abs. 2 werden folgende Fundstellen ersetzt:

lit. a; „5/2008“ durch „111/2010“;

lit. b: „2/2008“ durch „135/2009“ und

lit. d: „99/2007“ durch „76/2011“.

Ziffer 3 § 21 Abs. 2 lit. c entfällt.

Ziffer 4 Im § 22 werden in der lit. c der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und nach der lit. c folgende lit. d angefügt:

„d) Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, ABl. Nr. L155 vom 18.6.2009, S. 17.“

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Kopf und Eingang!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Gesetz vom 19.1.2012, mit das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme von Kopf und Eingang.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme von Kopf und Eingang wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Die 3. Lesung!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Darmann** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem das Kärntner Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! – Ich danke! Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 9:

9. Ldtgs.Zl. 64-5/30:

Mündliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Ragger zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak betreffend Putzmittelwerbung des Landesrates für Soziales auf Briefpapier des Landes Kärnten

Herr Landesrat Ragger ist nicht hier, somit kommt dieser Punkt auf die nächste Tagesordnung.

10. Ldtgs.Zl. 125-8/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Dienstanweisung

Die schriftliche Beantwortung ist Ihnen zugegangen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 11:

11. Ldtgs.Zl. 117-11/30:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dobernig zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr betreffend adäquate Entlohnung von Hebammen im Vertragsbedienstetengesetz

Schober

Auch hier ist Ihnen die schriftliche Beantwortung bereits zugegangen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Ist auch nicht der Fall. Somit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 12:

12. Ldtgs.Zl. 104-5/30:**Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Holub betreffend Tiertransporte**

Auch diese ist Ihnen bereits schriftlich zugegangen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? (*Abg. Holub meldet sich zur Geschäftsbehandlung.*) Moment einmal! (*Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon.*) Bitte, Herr Abgeordneter Holub!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Nach § 23 stelle ich den Antrag auf Abstimmung über eine Debatte über diese Anfragebeantwortung bei der nächsten Landtagssitzung bei der nächsten Landtagssitzung.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Der Antrag hat gelaute, diesen Punkt bei der nächsten Landtagssitzung zu debattieren. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand! – Ich stelle hier Einstimmigkeit fest.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Danke schön! Im Namen der Tiere und des Holubs!

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

(*Abg. Suntinger wendet sich an den Vorsitzenden.*) Bitte, ich habe das nicht verstanden! Bitte das noch einmal zu wiederholen!

Abgeordneter **Suntinger** (F):

Ich habe eine Wortmeldung abgegeben und die Wortmeldung ziehe ich zurück, weil es das nächste Mal debattiert wird. Da werde ich mich zu Wort melden.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Danke, ist somit erledigt! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13:

13. Ldtgs.Zl. 117-12/30:**Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr betreffend Entlohnungen von Hebammen laut Vertragsbedienstetengesetz**

Diese ist Ihnen bereits schriftlich in Beantwortungsform zugegangen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Nicht der Fall. Somit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 14:

14. Ldtgs.Zl. 125-9/30:**Schriftliche Anfragebeantwortung von Landesrat Mag. Dr. Martinz zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Zellot betreffend EU-Aktivitäten des zuständigen Referenten Mag. Dr. Martinz**

Auch die hier erfolgte die schriftliche Beantwortung bereits. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Ist nicht der Fall. Somit ist die Tagesordnung erschöpft.

Wir kommen zum Einlauf und hier zur Behandlung des einzigen Dringlichkeitsantrages. Ich bitte den Herrn Landtagsdirektor, diesen zu verlesen!

Schober

Mitteilung des Einlaufs

A) Dringlichkeitsantrag:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**Ldtgs.Zl. 75-4/30:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärntner Landesholding – sofortige Nachbesetzung des Aufsichtsrates und Neuwahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass sowohl das durch das Ausscheiden von Dr. Josef Martinz freigewordene Mandat im Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding nachbesetzt wird und auch darauf Einfluss zu nehmen, dass umgehend ein neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates gewählt wird.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Ing. Reinhart Rohr gemeldet. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! In dem Zusammenhang ist vielleicht festzuhalten, wenn der Herr Kollege Gallo über Erfolgsfaktoren redet, dann soviel zum Erfolgsmenschen Dipl.-Ing. Gallo. Da wird sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht äußerst unterschiedlich diskutiert. Wenn ich das öffentliche Meinungsbild richtig beurteile, Herr Kollege Gallo, der Sympathiefaktor hat wahrscheinlich nicht dazu beigetragen, dass die Wahlen bei euch so erfolgreich gelaufen sind. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Steht das im Antrag drinnen?)

Was den Erfolg betrifft, so gibt es ganz unterschiedliche Meinungen, aber die überwiegende öffentliche Mehrheit sagt eigentlich im konkreten Fall, offensichtlich ist das politische Geschäft einträglicher als der mäßige wirtschaftliche Tatendrang eines Zivilgeometers. Nur soviel zur Richtigstellung, was die Fakten betrifft, meine sehr geschätzten Damen und Herren! (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Mit 68 darf ich in Pension gehen! Im Gegensatz zu dir schaue ich nicht so aus!)

Die Landesholding hat also aktiven Handlungsbedarf. Es wird von uns mit dem Dringlichkeitsantrag beantragt, dass eine sofortige Nachbesetzung des freigewordenen Aufsichtsratsmandats von Dr. Martinz vorgenommen wird. Die Landesregierung wird also aufgefordert, das unverzüglich zu tun. Die Begründung liegt darin: Wir wissen, Dr. Martinz als Aufsichtsratsvorsitzender ist ausgeschieden. Es gibt zwei Stellvertreter, die sich sozusagen vice versa vorgeschlagen und gewählt haben. Der eine ist vom Landeshauptmann selbst, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch, aufgrund seines erstinstanzlichen Urteiles zwar noch nicht rechtskräftig als Aufsichtsratsvorsitzender ausgeschlossen worden. Der Zweite Kurt Scheuch beweist, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender im Krankenhaus ja nicht gerade für Ruhe und ruhige See sorgt, sondern in Wahrheit genau für das Gegenteil. (3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Für die gilt auch die Unschuldsvermutung!) Das sollte in der Landesholding vermieden werden, weil dort geht es immerhin um 500 Millionen Euro, die zumindest im Zukunftsfonds liegen und dann etliche weitere, wichtige Entscheidungen. Wenn der Herr Scheuch meint, dass sozusagen eine Alternative Rohr oder Stauber als Aufsichtsratsvorsitz wegen Erfolglosigkeit in der Vergangenheit oder schlechter Arbeit aus seiner politischen Sicht dort ausgeschlossen sind, so darf ich ihn schon daran erinnern, dass viele, viele, viele Fakten, die von uns im Aufsichtsrat vorhergesagt wurden und wo wir dagegen gestimmt haben, uns in Wahrheit im Nachhinein recht gegeben haben. Es war nicht nur so, dass wir uns als Privatbeteiligte im Verfahren, in einem jeweiligen

Ing. Rohr

Verfahren anschließen. Da hat es einen einstimmigen Beschluss gegeben. In der Folge dann nach dem letzten Forschungsprojekt, sprich Gutachten des Prof. Jud, haben sich ja alle reingewaschen gefühlt, Herr Kollege Scheuch, inklusive dir, dass ja eh alles in bester Ordnung ist, daher hat man diesen Beschluss wieder aufgehoben. Siehe da, jetzt auf einmal gibt es augenscheinlich die Anklage gegen den Dr. Martinz, und wenn die Zeitungsberichte stimmen, auch gegen den Dr. Megymorez und den Mag. Xander und auch gegen den Herrn Birnbacher. Wenn das alles eintritt, dann denke ich, haben wir eigentlich in weiser Voraussicht schon seinerzeit, und das schon im September des Jahres 2011, die entsprechenden richtigen Vorschläge getätigt. Aber natürlich, was nicht sein darf, (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) ist natürlich am Ende dann immer nicht konstruktiv, ist unpassend, ist daneben. Ich verstehe das schon, selbstverständlich, Fehler, dir ihr macht, werdet ihr nicht eingestehen. Aber es wäre zumindest ein Zeichen, dass man vielleicht einmal versucht, jemandem den Aufsichtsratsvorsitz zu geben, der zumindest für Transparenz, zumindest für Ordnung in dem Gremium sorgt, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Aber eine fesche Krawatte hast du!*) daher denke ich, ist jetzt einmal wichtig, dass die Regierung sofort nachbesetzt und die weiteren Schritte dann natürlich entsprechend folgen. Ich hoffe, dass unser Antrag eine entsprechende Zustimmung finden wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Kurt Scheuch. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Schöne am Kärntner Landtag ist, man kann immer wieder überrascht werden. Ich habe echt nicht gedacht, dass die SPÖ in der Lage ist, einen solch ärmlichen!!, wirklich ärmlichen und überflüssigen Antrag einzubringen, wie er heute hier zur Diskussion steht. Aber vielleicht zuerst zwei Sätze zur Chronologie. Die FPK hat von vornherein gesagt, als rufbar war, dass Sepp

Martinz zurücktritt, dass wir nicht!! auf das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden in der Holding reflektieren. Das heißt, die SPÖ war mit ihrer Forderung, den Herrn Rohr dort zu installieren nicht nur etwas hintennach, etwas langsam, wie man das sonst auch letztendlich von ihnen gewohnt ist, (*3. Präs. Dipl.-Ing. Gallo: Das war nicht die SPÖ, das war er selber! – Beifall von der F-Fraktion.*) sondern sie haben wirklich den Bezug zur Realität verloren. Als Oberster hat dort wieder einmal der Oberrealitätsverweigerer Reinhart Rohr zugeschlagen. Die Realität ist nämlich eine völlig andere, lieber Reinhart Rohr! Es ist ja geradezu peinlich, peinlich würde ich sagen, wenn es gar keinen mehr gibt, der dich als Aufsichtsratsvorsitzenden vorschlägt. Du hast dich selbst vorschlagen müssen, schlägen hätte ich jetzt beinahe schon gesagt. (*Abg. Ing. Rohr: Die Bereitschaft war da!*) Ja, die Bereitschaft bekunden – das ist ja noch peinlicher. Das heißt, du machst die Bereitschaft, das heißt, du erklärst die Bereitschaft zu kandidieren und deine ganze Partei und dein ganzer Klub macht dann einen Dringlichkeitsantrag, wo ich aber den Namen Rohr nicht lesen kann. (*Dies wird humorvoll vorgetragen.*) Das heißt, das tut mir wirklich besonders leid, dass du dich anscheinend zu früh über ein neues Amt gefreut hast! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Lieber Reinhart Rohr, du tust mir beinahe, nicht nur beinahe, sondern aus tiefstem Herzen leid, weil wenn man sich selber vorschlägt und dann die eigene Partei dem Vorschlag nicht einmal folgen kann, lässt das schon recht tief blicken.

Jetzt könnte man noch darüber reden, dass insbesondere deine Person die Holding mehrfach beschmutzt und in der Holding mehrfach Kredit- und Rufschädigung betrieben hat. (*Einwand von Abg. Ing. Rohr.*) Das sagt nicht der Kurt Scheuch, sondern das sagen die Vorstände der Holding in Protokollen, die auch dem Kärntner Landtag vorliegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deine besondere Inkompetenz wird hier auch öfters dargestellt, nämlich mit den Worten, man muss dem Herrn Rohr und dem Herrn Stauber immer alles dreimal erklären und sie kapieren es noch immer nicht. (*Abg. Mag. Darmann: Das ist die Wahrheit!*) Das stammt nicht von mir, das stammt von den Holdingvorständen. Ich bin hier auch ein Zeuge, dass du letztendlich nicht einmal bereit gewesen bist, Schriftführer in der Holding zu werden. Du hast

Ing. Scheuch

das abgelehnt. Das heißt, in Wirklichkeit – und das ist es – ist auch dein Stimmverhalten, lieber Reinhart Rohr, hier absolut parteipolitisch. Dich als Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen, wäre ja wohl wirklich für die Holding ein Kollateralschaden, den wir Kärnten und der Holding nicht zumuten können! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wobei auch deine Zwischenrufe, lieber Reinhart, nichts daran ändern werden, dass dein politisches Gewicht ähnlich einer Daunenfeder ist und wahrscheinlich in der eigenen Partei dieses Gewicht noch weniger sein dürfte.

Weil wir dann noch gerade bei der Inkompetenz waren: Fakt ist, dass es ein Holdinggesetz gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Gesetz, das die SPÖ mitbeschlossen hat. Das heißt, es gibt ein Holdinggesetz, das beschlossen wurde mit den Stimmen der SPÖ! Das dürfte der Reinhart Rohr nicht gelesen haben, nicht verstanden haben, (*Vorsitzender: Noch eine Minute, Herr Klubobmann!*) nicht gewusst haben, um was es geht, aber zugestimmt hat er. In diesem Gesetz ist eines ganz glasklar in der Geschäftsordnung: Scheidet ein Mitglied aus, hat die Landesregierung unverzüglich nachzubersetzen. Das wird sie auch bei der nächsten Sitzung heute Nachmittag schon machen. Und letztendlich ist in diesem Gesetz klargelegt, dass der Aufsichtsrat aus seiner Mitte den Aufsichtsratsvorsitzenden wählt. So wollen wir das haben und deswegen können Sie sich diesen Antrag in die Haare schmieren! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Stephan Tauschitz. Ich bitte dich zum Rednerpult!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Danke vielmals, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, die sich die Landtagssitzung live anschauen und alle jene, die zu Hause sind und das über die Computerbildschirme tun. Es ist bemerkenswert, was hier passiert, wenn die SPÖ einen Dringlichkeitsantrag einbringt, der halt thematisch medial gut dazu passt. Man muss in der Holding etwas tun, weil der Landesrat Martinz als einziger wirklich bewiesen hat, was

es heißt, mutig zu sein und auch zu etwas zu stehen. So! Der Antrag ist, wie vieles andere, leider Gottes nur Schall und Rauch! Ich habe jetzt nur die Sachen mitgezählt und geschrieben, die der Herr Klubobmann Rohr da als Fakten aufgezählt hat, wo die FPÖ weise Voraussicht bewiesen hat. Das Erste war, dass sich die Holding als Privatbeteiligte beim Prozess anschließt. Das ist weise Voraussicht und es ist unglaublich gescheit. Komischerweise macht das jeder. Das ist der stinknormale Vorgang, um im österreichischen Justizsystem Akteneinsicht zu bekommen. So machen das halt Gesellschaften, die so konstruiert sind, aber eine großartige Idee der SPÖ! (*Abg. Ing. Rohr: Deswegen haben wir es jetzt aufgehoben!*)

Die zweite Geschichte ist die Bilanzfälschung, der Bilanzfälschungsvorwurf, wo der Reinhart Rohr und der Peter Stauber sich in der Aufsichtsratssitzung protokollarisch dazu hinreißen haben lassen, von Bilanzfälschung und Kreditbeschädigung zu sprechen (*Abg. Ing. Rohr: Pass auf, was du sagst!*) und 15.000,- Euro Steuergeld verwendet werden mussten, um diesen völlig hanebüchenen, irren Vorwurf, der genauso realistisch wäre, wie wenn ich jetzt behaupten würde – keine Ahnung – ich stehe gerade am Wörthersee und nicht im Landtag, um ihn von einem Gutachter widerlegen zu lassen. Ich meine, das ist hirnrissig, wo jeder Hausverstand reichen würde zu sagen, lieber Reinhart, Bilanzen lesen und dann ist die Geschichte erledigt. Ja, da hat man 15.000,- Euro für einen Gutachter gebraucht, damit man die Anschuldigung des Reinhart Rohr, der es gebraucht hat für eine Pressekonferenz, widerlegen hat können. Die Geschichte, zu behaupten, dass das Jud-Gutachten widerlegt worden sei, weil der Landesrat Martinz gemeint hat, er wird zurücktreten und weil der Landesrat Martinz die Konsequenzen für sich gezogen hat, ist schlicht und ergreifend nicht in Ordnung, weil, lieber Reinhart, auch das ist ein ganz normaler Vorgang, dass die Justiz ihre Gutachten in Auftrag gibt und aufgrund ihrer Meinungsfindung die Staatsanwaltschaft aktiv wird und das, wenn Betroffene Privatgutachten haben, in den staatsanwaltlichen Ermittlungen schlicht und ergreifend keinen Einfluss findet. Das ist aber in Österreich so geregelt. Das ist nichts Besonderes. Das ist keine Erkenntnis der SPÖ oder kein bössartiger Akt oder ein Fehler der anderen, das ist österreichi-

Tauschitz

sches Rechtssystem! Wenn man das nicht akzeptiert, dann muss man halt ein bisschen zurückschrauben. Weil ich muss schon eines sagen, wenn da heraußen dann Vorwürfe kommen, dass man die Vorstände attackiert und dann als Begründung, als Zwischenruf – und das ist alles nachzulesen im Protokoll – sagt, ja, ja, und deswegen werden sie jetzt angeklagt, dass man – eine mögliche Anklage, die in den Medien kolportiert wird – (nach meinen Informationen, die wir haben, wird es die auch geben) hergeht und dann pauschal drüberfährt, zeigt aber auch einen ganz besonderen Umgang mit dem Rechtsstaat, den gerade die SPÖ gerne anderen Parteien vorwirft. Deswegen: Bitte zuerst vor der eigenen Türe kehren, dann soviel Mut zu haben wie der Landesrat Martinz und soviel Charakterstärke wie die ÖVP, um zu sagen, wenn es da nur einen Hauch von etwas gibt, dann ziehen wir die Konsequenzen, aber nicht selber auf dem Sessel picken bleiben, selbst wenn der Wähler einen abstraf sagen, nein, ich bewege mich nicht, und dann den großartigen Moralapostel spielen. Der einzige Moralapostel und der einzige Mensch, der bewiesen hat, dass er dazu steht, ist der Sepp Martinz und der hat sich aus der Landesholding zurückgezogen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Dieser Antrag ist lächerlich und das Papier nicht wert, auf dem er steht! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Ing. Rohr meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Herr Klubobmann Ing. Rohr meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung, bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Zur tatsächlichen Berichtigung. Ich weise den Vorwurf des Abgeordneten Tauschitz, der offensichtlich der Legendenbildung einiger Aufsichtsratsmitglieder folgt, auf das Schärfste zurück, dass ich den Vorständen Bilanzfälschung vorgeworfen habe. Ich habe allerdings in der Sache selbst selbstverständlich meinen Diskussionsbeitrag in eine Richtung gelenkt, wo ich gesagt habe, wenn es Auffassungsunterschiede in der Bilanzierung gibt, dann ist es notwendig, dass man diese Dinge auch entsprechend klärt. *(Abg. Mag. Darmann: Das ist keine*

tatsächliche Berichtigung!) Von mir persönlich als Mitglied des Aufsichtsrates der Kärntner Landesholding wurde nie der Vorwurf der Bilanzfälschung gegenüber den Vorständen der Landesholding erhoben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

(Abg. Tauschitz meldet sich zur Geschäftsordnung.) Also wenn es keine tatsächliche Berichtigung geben sollte, dann könnte ich dir das auch nicht genehmigen. Aber bitte!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

(Der Redner schmunzelnd:) Danke! Ich will mich nur zur Geschäftsordnung melden und festhalten, dass die tatsächliche Berichtigung vom Kollegen Rohr bemerkenswert ist, aber meine Aussage sich ausschließlich auf die Aussageprotokolle des Untersuchungsausschusses stützt, die unter Wahrheitspflicht hier in diesem Haus gemacht wurden und die Protokolle der Landesholding, die diesem Haus vorliegen. *(Abg. Ing. Rohr: Dås schau ma uns jetzt ân!)* Ich bitte alle, dort einfach nachzusehen. Danke!

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit kommen wir zum Abstimmungsvorgang. Ich darf ersuchen, die Plätze einzunehmen! Es ist die Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPÖ die Zustimmung gibt, bitte ein Zeichen mit der Hand! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen in der Minderheit geblieben. *(Abg. Ing. Rohr: Wår já ka Überraschung!)* Somit ist dieser Punkt erledigt *(1. Präs. Lobnig: Zuweisung!)* und wird der Antrag an den Ausschuss für Budgetangelegenheiten weitergeleitet. Ich darf den Landtagsdirektor ersuchen, mit dem weiteren Einlauf fortzufahren!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

Mag. Weiß

1. Ldtgs.Zl. 63-2/30:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Umsetzung der Empfehlungen des Kärntner Landesrechnungshofes LRH/23/B/1/2010 mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die im Bericht des Landesrechnungshofes LRH/23/B/1/2010 getroffenen Empfehlungen, insbesondere die transparente Darstellung der im Bereich des Flüchtlingsreferates anfallenden Kosten, Trennung von Aufgaben und Zuständigkeiten des Flüchtlingswesens der Abteilung 1-LAD und des Bereiches 3 der BH „Soziales, Jugend und Familie, Sicherheitswesen, Pass- und Fremdenrecht“, Einführung einer adäquaten dienstrechtlichen und fachlichen Kontrolle des LFB umzusetzen.

Ferner wird die Landesregierung aufgefordert, die Leitung des Flüchtlingsreferats unverzüglich an eine nachweislich fachlich qualifizierte und persönlich geeignete Person zu übertragen.

Zuweisung: Ausschuss für Budget, Landeshaushalt und Finanzen, unter Beiziehung des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten

Bitte, darüber abstimmen zu lassen!

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört, diesen einem Ausschuss zur Bearbeitung zuzuweisen. Wer dem zustimmt, ein Zeichen mit der Hand! (*Schriftführer Dir. Mag. Weiß: Beiziehung! – Abg. Ing. Scheuch: Beiziehung!*) Unter Beiziehung dieses Ausschusses! Wer ist damit einverstanden? – Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

2. Ldtgs.Zl. 147-4/30:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Auflösung des Kärntner Landtages vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Der Kärntner Landtag beschließt gemäß Art. 14 Abs. 2 der Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996 idgF., seine Auflösung vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Föderalismus-, Volksgruppen-, Flüchtlings- und Immunitätsangelegenheiten

C) Resolutionen:

Ldtgs.Zl. 95-38/30:

Resolution gegen Verschlechterungen in der Kärntner Kinderbetreuung der Marktgemeinde Eisenkappel-Vellach/Zelezna Kapla-Bela, überreicht durch Abgeordneten Holub

Vorsitzender Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Somit ist die Tagesordnung für heute erschöpft. Ich darf mit dem Hinweis, dass die nächste Landtagssitzung programmgemäß am 9.2. abgehalten wird, die heute 36. Sitzung, somit aus aktuellem Anlass verlangte Sitzung, schließen. Ich bedanke mich für die Mitarbeit und wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen! Danke!

Ende der Sitzung: 14.19 Uhr